RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

08 2022

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Demografischer Wandel
Handel und Dienstleistungen 2021
Baugewerbe 2021

Fotonachweis

Titelfoto: © Jürgen Fälchle – stock.adobe.com

Infolge der höheren Geburtenrate und deutlichen Wanderungsüberschüssen könnte die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz auf mittlere Sicht leicht zunehmen. Davon profitieren jedoch nicht alle Regionen gleichermaßen. In einigen wird die Einwohnerzahl zurückgehen. Das zeigt die Sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes. Neben der regional sehr unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung ist auch die Alterung der Gesellschaft ein bedeutsames Problem. Die Altersstruktur verschiebt sich zugunsten der Älteren und zulasten der jüngeren Bevölkerungsgruppen.

08 2022

STATISTISCHE MONATSHEFTE

75. Jahrgang

kurz + aktuell 517

Industrie ■ Baugewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Außenhandel ■ Handel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bildung ■ Gesundheitswesen ■ Umwelt ■ Verkehr Finanzen

Verbraucherpreise 537

Rheinland-Pfalz in Karten: Übernachtungsintensität 2021 538

Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung – Ergebnisse der Projektion auf Landesebene bis 2040 539

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021 – Handel und unternehmensnahe Dienstleistungsbereiche 552

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021 – Mehr Auftragseingänge und Baugenehmigungen aber leichter Umsatzrückgang im Bauhauptgewerbe 559

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 565

Neuerscheinungen 581

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2022

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

kurz + aktuell

Rückgang der Industrieproduktion im Mai

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion nahm im Mai 2022 ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte fiel der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 4,5 Prozent.

Die drei industriellen Hauptgruppen entwickelten sich uneinheitlich: Der Output der Investitionsgüterproduzenten lag im Mai über dem Niveau des Vormonats (+2,6 Prozent). Einen kräftigen Rückgang der Güterausbringung mussten die Konsumgüterproduzenten hinnehmen (–16 Prozent). Die Produktion der Vorleistungsgüterhersteller sank ebenfalls (–3,1 Prozent).

Von den drei umsatzstärksten Industriebranchen konnten zwei den Güterausstoß im Mai steigern: Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und nach den Umsätzen die drittgrößte Branche ist, stieg die Produktion um 4,2 Prozent. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die ebenfalls zu den Investitionsgüterherstellern gehört und die zweitgrößte Industriebranche ist, nahm der Output um 1,7 Prozent zu. Die Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die umsatzstärkste Branche ist, verzeichnete dagegen einen Rückgang der Güterausbringung um 6,1 Prozent gegenüber dem Vormonat.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Mai 2022		Jan bis Mai 2022
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Apr 2022	Mai 2021	Jan bis Mai 2021
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-4,5 %	-3,2 %	2,8 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-3,1 %	-7,5 %	-1,1 %
Investitionsgüterproduzenten	2,6 %	3,3 %	-2,5 %
Konsumgüterproduzenten	-15,8 %	-0,2 %	21,2 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-6,1 %	-9,7 %	-0,7 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1,7 %	8,9 %	-4,7 %
Maschinenbau	4,2 %	-1,7 %	-1,1 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-4,2 %	-8,3 %	2,6 %
Inland	-6,3 %	-8,7 %	10,7 %
Ausland	-2,8 %	-8,1 %	-2,3 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	0,7 %	-5,0 %	-6,8 %
Investitionsgüterproduzenten	-5,7 %	-25,4 %	-6,7 %
Konsumgüterproduzenten	-11,9 %	57,0 %	90,5 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	5,7 %	-5,2 %	-10,2 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-9,9 %	-33,4 %	-9,5 %
Maschinenbau	-1,8 %	-15,7 %	-4,9 %

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Die Industrieproduktion lag in Rheinland-Pfalz im Mai um 3,2 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Ausschlaggebend für den Rückgang war die Drosselung des Outputs der Vorleistungsgüterproduzenten (–7,5 Prozent). Der Güterausstoß der Investitionsgüterproduzenten erhöhte sich um 3,3 Prozent. In der Konsumgüterindustrie blieb die Güterausbringung gegenüber dem Vorjahresmonat nahezu unver-

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:

ändert (–0,2 Prozent). Die beiden großen Branchen der Investitionsgüterindustrie entwickelten sich gegenläufig: Einem deutlichen Plus der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie stand ein Rückgang der Produktionsleistung des Maschinenbaus gegenüber (+8,9 bzw. –1,7 Prozent). Der Output der Chemieindustrie sank gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich (–9,7 Prozent).

Auftragseingänge in der Industrie sinken im Mai

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten war im Mai 2022 rückläufig. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 4,2 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland gingen weniger Bestellungen ein als im April (–6,3 bzw. –2,8 Prozent).

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen sank die Nachfrage. Die Konsumgüterhersteller, deren Ordervolumen in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte, mussten Einbußen von zwölf Prozent hinnehmen. Die Hersteller von Investitionsgütern nahmen 5,7 Prozent weniger Bestellungen entgegen als im Vormonat. In der Vorleistungsgüterindustrie stiegen die bereinigten Auftragseingänge hingegen leicht um 0,7 Prozent.

Zum Zuwachs in der Vorleistungsgüterindustrie trug ein Nachfrageanstieg in der Chemieindustrie bei. Die Chemiebranche verbuchte einen Anstieg des Ordervolumens um 5,7 Prozent. Die beiden größten Teilbereiche der Investitionsgüterindustrie verzeichneten dagegen ein Minus. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie gingen im Mai 9,9 Prozent weniger Bestellungen ein als im Monat zuvor. Im Maschinenbau nahm die Nachfrage um 1,8 Prozent ab.

Die bereinigten Auftragseingänge lagen im Mai 2022 um 8,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Dabei schwächelten Inlands- und Auslandsgeschäft gleichermaßen (–8,7 bzw. –8,1 Prozent). Die Nachfrage nach Investitionsgütern war deutlich geringer als im Mai 2021. In der Vorleistungsgüterindustrie sank das Ordervolumen ebenfalls. Die Konsumgüterindustrie verbuchte dagegen eine kräftige Steigerung der Bestellungen. Die drei größten Industriebranchen mussten allesamt Einbußen hinnehmen: In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie war der Rückgang am stärksten (–33 Prozent). Im Maschinenbau nahmen die Auftragseingänge um 16 Prozent ab und die Chemieindustrie verzeichnete ein Minus von 5,2 Prozent.

Industrieumsätze im Mai unter Einfluss von Preissteigerungen

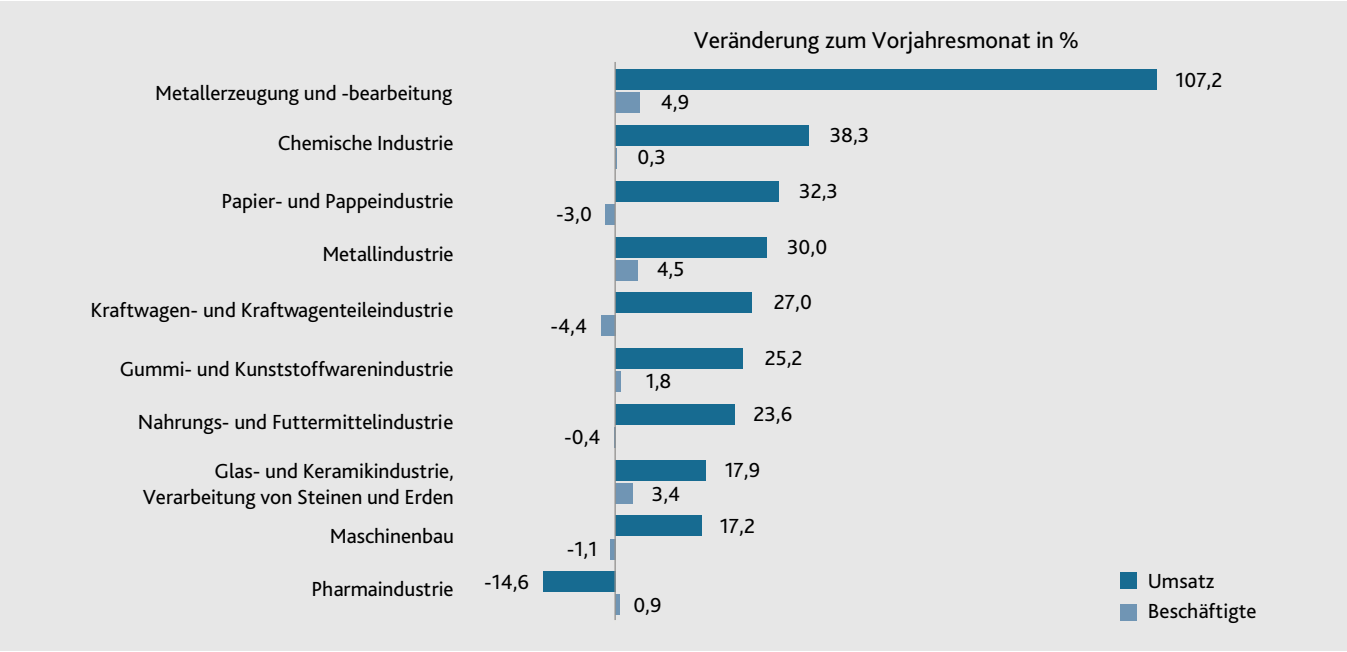
Die Umsätze in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben legten im Mai 2022 deutlich zu; ein wesentlicher Teil der nominalen Zuwächse ist auf die spürbaren Preisanstiege zurückzuführen. Die Umsätze lagen rund 28 Prozent über denen des Vorjahresmonats (Deutschland: +25 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stieg um ein Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent).

Im Mai 2022 setzten die Industriebetriebe Waren im Wert von 10,3 Milliarden Euro um. Mit einem Plus von 33 Prozent stiegen die Umsätze aus dem Ausland deutlicher an als die aus dem Inland (+22 Prozent). Zum Vergleich: In Deutschland nahmen die Erlöse aus dem Ausland um 24 Prozent und die aus dem Inland um 26 Prozent zu. Die Exportquote stieg um 2,2 Prozentpunkte auf 57,2 Prozent.

Neun der zehn umsatzstärksten Wirtschaftszweige steigerten ihre Erlöse. Die Umsätze in der Metallerzeugung und Metallbearbeitung verdoppelten sich gegenüber dem Vorjahresmonat (+107 Prozent). Mit deutlichem Abstand folgten die Umsatzzuwächse in der Chemischen Industrie, in der Papier- und Pappeherstellung sowie bei der Herstellung von Metallerzeugnissen (+38, +32 bzw. +30 Prozent). Den letzten Platz im Ranking der Umsatzgewinner belegte der Maschinenbau (+17 Prozent). Die Pharmaindustrie setzte 15 Prozent weniger um.

Im Mai 2022 erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 2 400 auf rund 257 900 (+1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat). Die höchsten Zuwächse gab es in der Metallbranche: Die Metallerzeuger und -bearbeiter erhöhten den Mitarbeiterstamm um 4,9 Prozent und die Hersteller von Metallerzeugnissen um 4,5 Prozent. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gab es den höchsten Personalabbau (–4,4 Pro-

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Mai 2022 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



zent). Weitere Beschäftigungsverluste verbuchten die Papier- und Pappehersteller sowie der Maschinenbau (–3 bzw. –1,1 Prozent).

In den ersten fünf Monaten 2022 erwirtschaftete die rheinland-pfälzische Industrie gegenüber dem Vorjahreszeitraum 27 Prozent mehr Umsatz. Auslands- und Inlandsumsätze nahmen jeweils deutlich zu (+26 bzw. +29 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stieg um 0,9 Prozent.

Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe steigen im Mai

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verbuchte im Mai 2022 einen kräftigen Anstieg der Auftragseingänge. Das Ordervolumen lag kalender- und saisonbereinigt um 45 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Die baugewerblichen Umsätze legten um 2,9 Prozent zu. Zugleich waren die Auftragseingänge 52 Prozent und die Umsätze 7,9 Prozent höher als im Mai 2021.

Der Anstieg des Ordervolumens erstreckte sich über alle Teilbereiche des Bauhauptgewerbes. Im Hochbau erhöhten sich die Bestellungen im Mai um 20 Prozent. Dazu trug insbesondere ein kräftiger Zuwachs im gewerblichen Hochbau bei (+41 Prozent), der mit der Vergabe von Großaufträgen zusammenhängt. Aber auch im Wohnungsbau und im öffentlichen Hochbau lagen die Auftragseingänge um zehn bzw. acht Prozent über dem Niveau des Vormonats. Im Tiefbau wuchs das Ordervolumen um 69 Prozent, was auf eine kräftige Nachfragesteigerung im Straßenbau zurückzuführen ist. In diesem Bereich war das Ordervolumen infolge von Großaufträgen mehr als doppelt so groß wie im April (+131 Prozent). Der gewerbliche Tiefbau verbuchte ein Plus von 23 Prozent. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau blieben die Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert (+0,3 Prozent).

Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat waren deutliche Nachfragesteigerungen zu verzeichnen. Im Tiefbau fiel das Ordervolumen um 83 Prozent höher aus als im Mai 2021. Im Hochbau gingen 22 Prozent mehr Bestellungen ein als ein Jahr zuvor. Es ist allerdings davon auszugehen, dass dabei neben der Vergabe von Großaufträgen auch Preissteigerungen bei Vorprodukten eine Rolle spielen, die die Unternehmen über Preiserhöhungen an die Abnehmer weitergaben.

Die baugewerblichen Umsätze waren ebenfalls in der Mehrzahl der Teil-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Mai 2022		Jan bis Mai 2022
	Veränderung des Wertes[1] zu		
	Apr 2022	Mai 2021	Jan bis Mai 2021
Auftragseingang	45,4 % ↑	52,4 % ↑	14,3 % ↑
Hochbau insgesamt	19,9 % ↑	21,6 % ↑	5,4 % ↑
Wohnungsbau	10,1 % ↑	34,5 % ↑	2,9 % ↑
gewerblicher Hochbau	41,0 % ↑	-9,3 % ↓	-2,4 % ↓
öffentlicher Hochbau	8,0 % ↑	114,3 % ↑	36,7 % ↑
Tiefbau insgesamt	68,9 % ↑	82,9 % ↑	23,2 % ↑
gewerblicher Tiefbau	23,3 % ↑	32,3 % ↑	10,2 % ↑
Straßenbau	131,2 % ↑	166,4 % ↑	47,8 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	0,3 % ↗	-0,9 % ↘	-2,3 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	2,9 % ↑	7,9 % ↑	7,0 % ↑
Hochbau insgesamt	2,8 % ↑	2,9 % ↑	3,0 % ↑
Wohnungsbau	0,2 % ↗	28,6 % ↑	28,2 % ↑
gewerblicher Hochbau	15,0 % ↑	-13,3 % ↓	-16,4 % ↓
öffentlicher Hochbau	-17,0 % ↓	-5,4 % ↓	10,1 % ↑
Tiefbau insgesamt	3,0 % ↑	13,3 % ↑	11,2 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-2,5 % ↓	4,2 % ↑	6,3 % ↑
Straßenbau	4,3 % ↑	20,7 % ↑	13,0 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	5,8 % ↑	10,1 % ↑	12,7 % ↑

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

bereiche höher als im Vormonat. Der Hochbau steigerte seine Erlöse im Mai um 2,8 Prozent. Der Grund dafür war ein Plus von 15 Prozent im gewerblichen Hochbau. Der öffentliche Hochbau musste hingegen Einbußen hinnehmen (–17 Prozent). Im Wohnungsbau blieben die Umsätze gegenüber dem Vormonat fast unverändert (+0,2 Prozent). Im Tiefbau stiegen die Umsätze um drei Prozent, wozu der sonstige öffentliche Tiefbau (+5,8 Prozent) und der Straßenbau (+4,3 Prozent) beitrugen. Die Umsätze im gewerblichen Tiefbau schrumpften hingegen um 2,5 Prozent. Auch gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichneten Hoch- und Tiefbau Zuwächse: Im Hochbau lagen die baugewerblichen Umsätze um 2,9 Prozent über dem Niveau von Mai 2021; im Tiefbau legten die Erlöse um 13 Prozent zu.

Bruttoinlandsprodukt sinkt 2020 in fast allen Kreisen

Die Corona-Pandemie hat 2020 tiefe Spuren in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft hinterlassen. Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen sank in fast allen rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken. Der Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen schrumpfte in den kreisfreien Städten mit 3,3 Prozent stärker als in den Landkreisen (–2 Prozent).

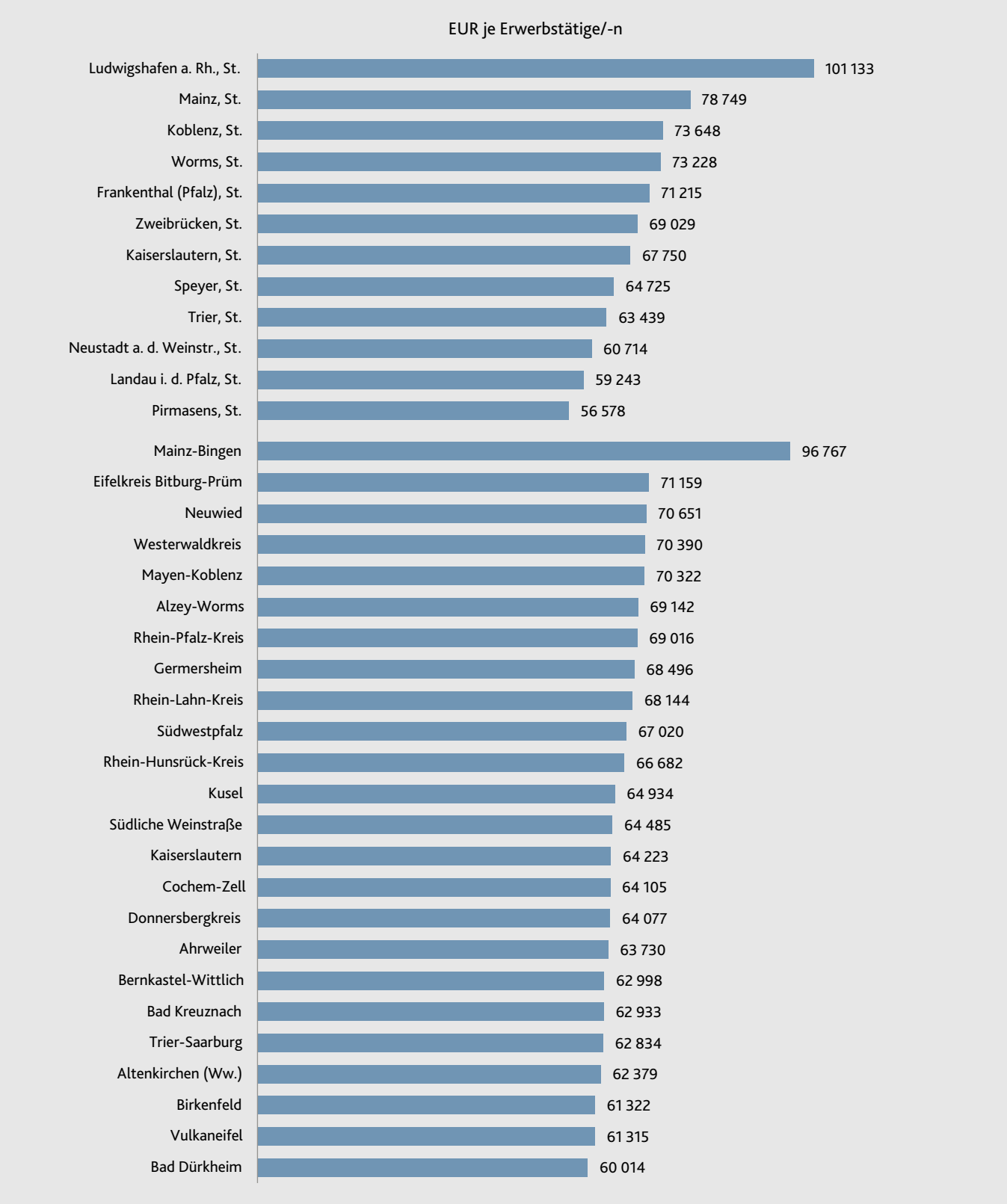
Die Pandemie und die Schutzmaßnahmen zu ihrer Eindämmung führten zu dem zweitgrößten Rückgang der Wirtschaftsleistung in der Nachkriegsgeschichte. Nur im Jahr 2009 – dem Höhepunkt der Finanz- und Weltwirtschaftskrise – sank das Bruttoinlandsprodukt stärker.

Die stärksten Rückgänge der Wirtschaftsleistung verzeichneten der Donnersbergkreis mit –12 Prozent und die kreisfreie Stadt Speyer mit –8,4 Prozent. Lediglich im Rhein-Lahn-Kreis (+0,8 Prozent), in Mainz (+0,6 Prozent) und im Westerwaldkreis (+0,5 Prozent) stieg das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen leicht.

Die Summe der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren und Dienstleistungen belief sich 2020 auf nominal 143,3 Milliarden Euro. Davon wurden rund 60 Prozent in den Landkreisen und etwa 40 Prozent in den kreisfreien Städten erstellt. Die drei größten Städte des Landes – Ludwigshafen, Mainz und Koblenz – erwirtschafteten nahezu ein Viertel der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung. Auf die vier wirtschaftsstärksten Landkreise – Mainz-Bingen, Westerwaldkreis, Mayen-Koblenz und Neuwied – entfiel annähernd ein Fünftel des Landeswertes.

Das Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person – auch als Arbeitsproduktivität bezeichnet – sank 2020 gegenüber dem Vorjahr im Landesdurchschnitt um 1,4 Prozent auf 70 897 Euro. In den kreisfreien Städten lag der Pro-Kopf-Wert mit 75 308 Euro deutlich über dem Wert in den Landkreisen (68 241 Euro). Der Durchschnitt der Städte wird aller-

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2020 nach Verwaltungsbezirken



dings maßgeblich von Ludwigshafen beeinflusst; dort war die Wirtschaftsleistung je erwerbstätige Person mit 101 133 Euro wesentlich höher als im Landesdurchschnitt. Im Vergleich der Landkreise wies Mainz-Bingen mit 96 767 Euro das höchste Bruttoinlandsprodukt je Kopf auf. Die niedrigste Arbeitsproduktivität wurde unter den kreisfreien Städten in Pirmasens mit 56 578 Euro und unter den Landkreisen in Bad Dürkheim mit 60 014 Euro registriert.

In den meisten Verwaltungsbezirken erbringen die Dienstleistungsbereiche den größten Teil der Wertschöpfung: Durchschnittlich wurden in den Landkreisen 64 Prozent und in den kreisfreien Städten 69 Prozent der Bruttowertschöpfung im tertiären Sektor erwirtschaftet. In den Städten Koblenz, Mainz, Neustadt und Landau lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche sogar über 80 Prozent. In der kreisfreien Stadt Ludwigshafen dominierte dagegen das Produzierende Gewerbe die Wirtschaftsstruktur mit einem Anteil von rund 62 Prozent. Im Landesdurchschnitt lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche bei rund 66 Prozent; der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der gesamten Wertschöpfung betrug durchschnittlich knapp ein Drittel.

Die langfristige Betrachtung zeigt, dass sich das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in den Landkreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich entwickelt hat. Zwischen 2000 und 2020 fiel der Zuwachs in den Landkreisen mit +62 Prozent deutlich höher aus als in den kreisfreien Städten mit +42 Prozent. Am stärksten legte die nominale Wirtschaftsleistung in den Landkreisen Mainz-Bingen (+107 Prozent) und Germersheim (+75 Prozent) zu. Den höchsten Anstieg im Vergleich der zwölf kreisfreien Städte gab es in Worms (+72 Prozent). Im Landkreis Kusel und in der kreisfreien Stadt Pirmasens nahm das Bruttoinlandsprodukt dagegen nur um 23 bzw. 24 Prozent zu. Zu beachten ist, dass die nominalen Veränderungsraten auch durch Preisniveauveränderungen beeinflusst werden.

Außenhandel im Mai mit deutlichen Zuwächsen – weniger Exporte nach China

Die rheinland-pfälzischen Ein- und Ausfuhren legten im Mai 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat mit einem Plus von mehr als einem Viertel deutlich zu. Nach vorläufigen Angaben erreichten die Exporte mit 5,4 Milliarden Euro erneut einen hohen Stand (+27 Prozent). Der Warenwert der Importe betrug 4,5 Milliarden Euro und lag um 26 Prozent höher. Deutschlandweit stiegen die Exporte um 22 Prozent und die Importe um 35 Prozent.

In die EU-Staaten flossen mit einem Anteil von 58 Prozent deutlich mehr als die Hälfte aller Exporte (+27 Prozent). Besonders dynamisch stiegen die Ausfuhren in die Länder der Eurozone (+31 Prozent), vor allem nach Frankreich (+29 Prozent), nach Italien (+33 Prozent) und in die Niederlande (+38 Prozent). In die Nicht-Eurozone wurden 15 Prozent mehr Waren ausgeführt. Der rückläufige Handel mit Russland (–56 Prozent) dämpfte die Zuwächse in das übrige Europa (+9,3 Prozent).

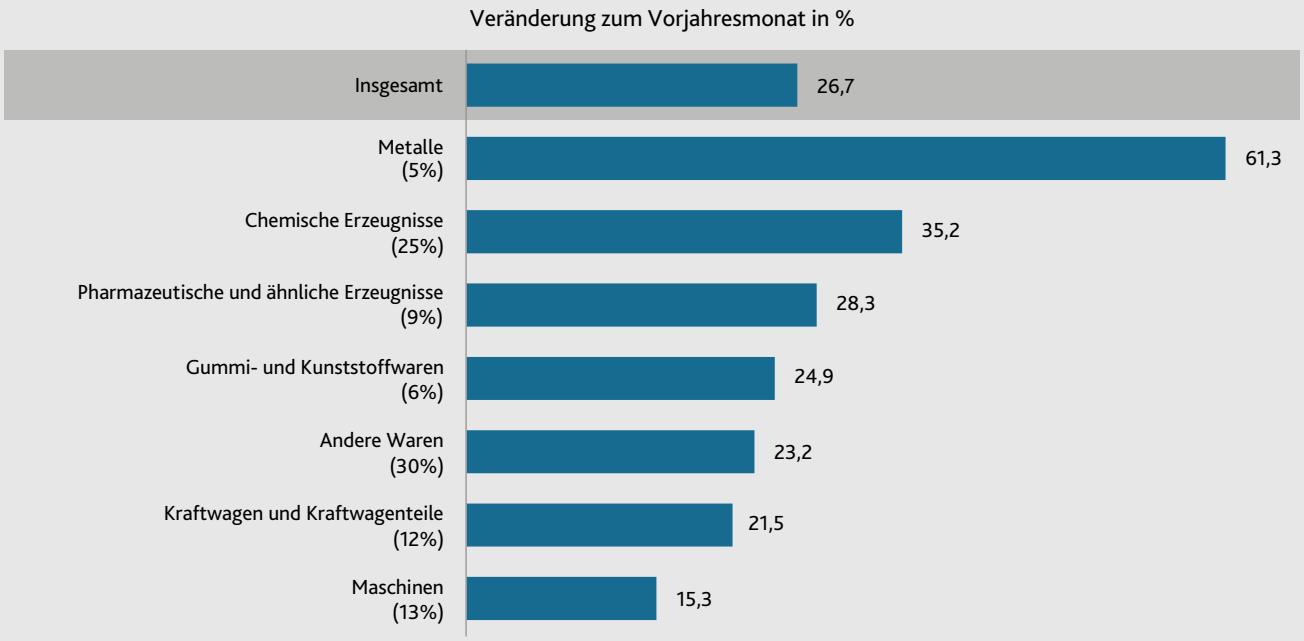
Gegenüber dem Vorjahresmonat verbuchte Amerika einen Anstieg der Exporte um knapp 58 Prozent; in die USA wurden 66 Prozent mehr Waren ausgeführt. Deutlich weniger stark stieg der Export in Richtung Asien (+13 Prozent); ein Grund lag in den rückläufigen Geschäften mit China (–3,3 Prozent).

Ausnahmslos alle Güterabteilungen verbuchten steigende Exporte. In der umsatzstarken Chemischen Industrie lag das Plus gegenüber Mai 2021 bei 35 Prozent. Es wurden 28 Prozent mehr pharmazeutische Erzeugnisse und 22 Prozent mehr Kraftwagen und Kraftwagenteile ausgeführt. Den höchsten Exportzuwachs gab es bei den Metallen (+61 Prozent).

Das Importvolumen nahm im Mai 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um 26 Prozent auf 4,5 Milliarden Euro zu. Besonders dynamisch entwickelten sich die Einfuhren aus der EU (+30 Prozent). Aus der Eurozone kamen 34 Prozent und aus der Nicht-Eurozone rund 20 Prozent mehr Waren. Die ausbleibenden Importe aus Russland schwächten den Anstieg aus dem übrigen Europa ab (+4,4 Prozent).

Die Einfuhren aus Amerika stiegen um 33 Prozent (USA: +33 Prozent). Vom asiatischen Kontinent kamen zehn Prozent mehr Waren (China: +22 Prozent).

Ausfuhren im Mai 2022[1] nach Güterabteilungen



( ) Anteil an den Ausfuhren insgesamt
1 Vorläufiges Ergebnis.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine schlagen sich in den Außenhandelszahlen nieder. Im Außenhandel mit Russland zeigen die Maßnahmen, die als Reaktion auf die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine ergriffen wurden, ihre Wirkung: Die Exporte nach Russland nahmen im Vorjahresvergleich um 56 Prozent auf 32 Millionen Euro ab; das Importvolumen reduzierte sich um 43 Prozent auf 18,5 Millionen Euro. In die Ukraine wurden im Mai 2022 Waren im Wert von 10,1 Millionen Euro exportiert (–29 Prozent). Die Importe sanken um 14 Prozent auf 3,2 Millionen Euro.

In den ersten fünf Monaten des Jahres stiegen die Werte der aus- und eingeführten Waren gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 16 bzw. 19 Prozent. Das Plus bei den Ausfuhren in die Länder der EU lag bei 17 Prozent, das der Importe bei 19 Prozent.

Durchschnittlich mehr als sechs Kilogramm Wassermelone pro Person

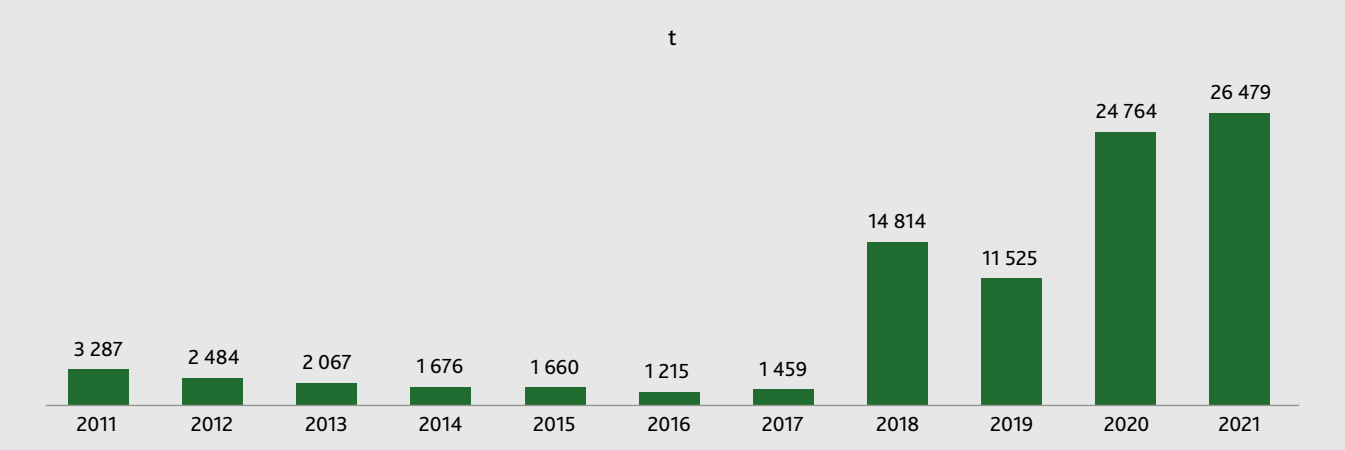
Der Sommer ist da und die Temperaturen steigen merklich – für viele Menschen bietet die Wassermelone eine gute Möglichkeit, sich zu erfrischen. Der Import des süßen Sommerobstes nach Rheinland-Pfalz lag 2021 bei etwa 26 500 Tonnen – ein neuer Spitzenwert (+7 Prozent gegenüber 2020). Auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner entfielen durchschnittlich also 6,4 Kilogramm Wassermelonen.

Im Zehnjahresvergleich zeigt sich die wachsende Beliebtheit der Wassermelone: Während die Einfuhr 2011 bei 3 300 Tonnen lag, stieg sie bis 2021 um mehr als 700 Prozent auf 26 500 Tonnen. Der Wert der importierten Melonen betrug 2021 ca. 8,4 Millionen Euro.

Die meisten Wassermelonen wurden von Juni bis August importiert; in den Sommermonaten 2021 kamen 20 500 Tonnen bzw. 77 Prozent der Jahresmenge ins Land.

Rund 13 800 Tonnen bzw. 52 Prozent der nach Rheinland-Pfalz gelieferten Wassermelonen stammten 2021 aus Italien. Aus Spanien wurden 9 500 Tonnen bzw. 36 Prozent und aus Griechenland 2 700 Tonnen bzw. zehn Prozent eingeführt.

Import von Wassermelonen 2011–2021



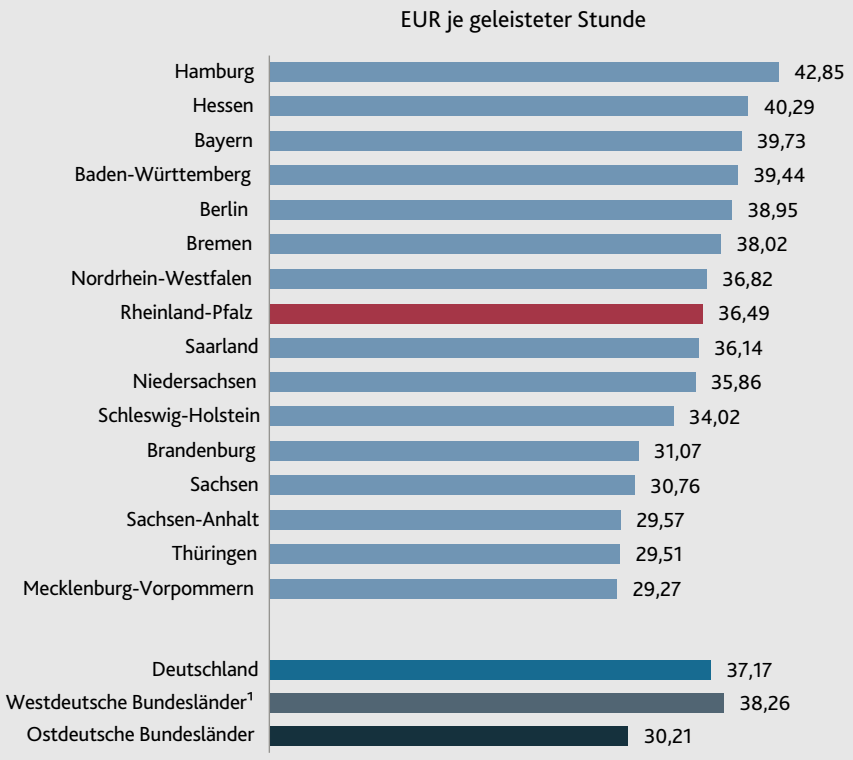
Arbeitskosten 2020 niedriger als im Bundesdurchschnitt

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz mussten im Jahr 2020 durchschnittlich 36,49 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde zahlen. Damit lagen die Arbeitskosten im Land unter dem Bundesdurchschnitt von 37,17 Euro.

Im Vergleich der einzelnen Bundesländer liegt Rheinland-Pfalz mit Blick auf die Arbeitskosten im Mittelfeld: Sieben Bundesländer wiesen höhere und acht Länder niedrigere Arbeitskosten als Rheinland-Pfalz auf. Am höchsten waren die Kosten mit 42,85 Euro je geleistete Arbeitsstunde in Hamburg und am geringsten in Mecklenburg-Vorpommern mit 29,27 Euro. Insgesamt zeigt sich in den Daten noch immer ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle: Während Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in den westdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin 38,26 Euro pro Arbeitsstunde zahlten, lagen die Kosten je Stunde in den ostdeutschen Bundesländern bei 30,21 Euro.

Im Vergleich zur Erhebung im Jahr 2016 stiegen die Arbeitskosten in Rheinland-Pfalz 2020 um zehn Prozent. Damit fiel der Anstieg niedriger aus als im Bundesdurchschnitt (+12 Prozent). In den Bundesländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland wurden geringere Zuwächse verzeichnet.

Nettoarbeitskosten 2020 nach Bundesländern



1 Einschließlich Berlin.

Die Arbeitskosten je Stunde variieren zwischen den Wirtschaftsbereichen beträchtlich. Im Produzierenden Gewerbe beliefen sie sich im Jahr 2020 auf 40,98 Euro. Im Dienstleistungsbereich kostete eine Arbeitsstunde mit 34,51 Euro deutlich weniger. Unter den einzelnen Branchen wies das Gastgewerbe mit 20,44 Euro die niedrigsten Arbeitskosten auf. Mehr als doppelt so hoch waren sie im Bereich „Energieversorgung" (49,57 Euro).

Die Arbeitskosten setzen sich aus den Bruttoverdiensten und den Lohnnebenkosten zusammen. Zu den Bruttoverdiensten zählen unter anderem das Entgelt für geleistete Arbeitszeit, Sonderzahlungen und vermögenswirksame Leistungen. Nicht dazu zählt die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Die Lohnnebenkosten beinhalten die von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern gezahlten Sozialbeiträge (einschließlich der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall), die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die sonstigen Aufwendungen und die Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl, die zu Lasten der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers anfallen.

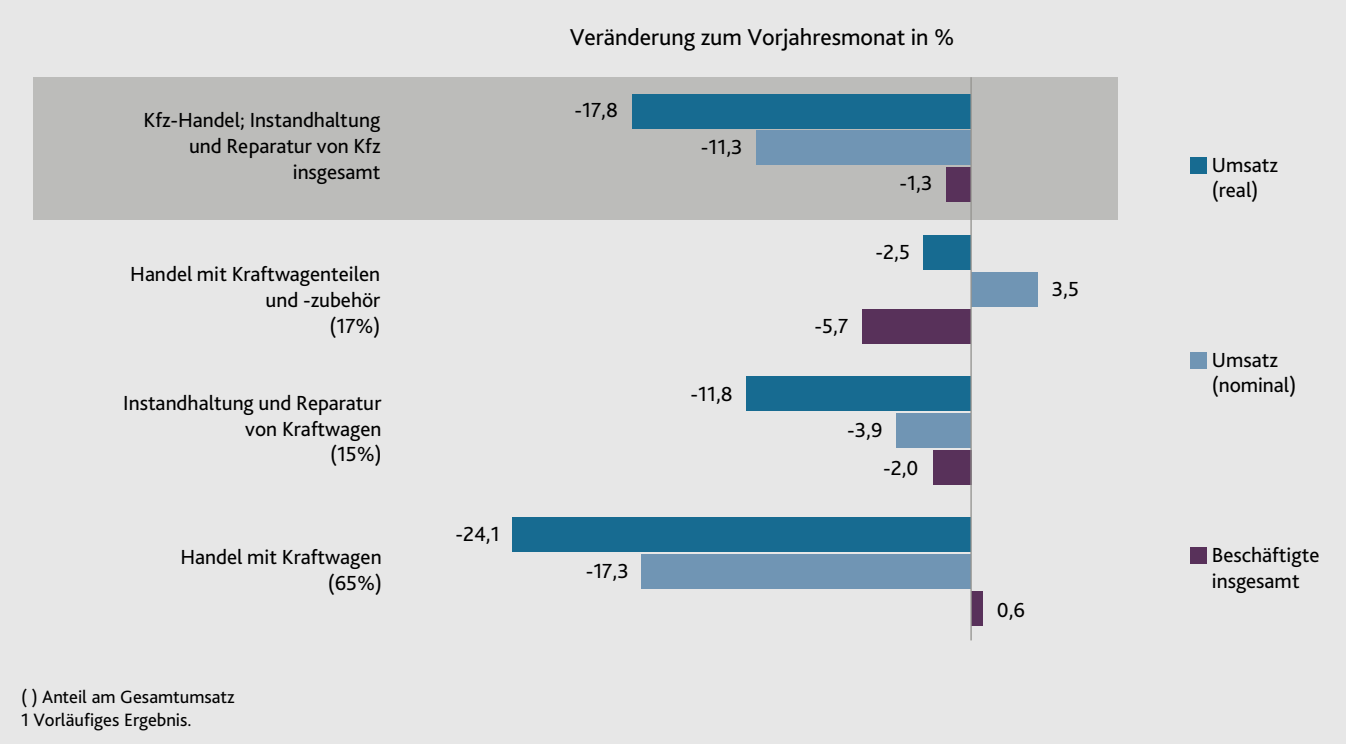
Umsatz und Beschäftigte im Kfz-Handel im April deutlich unter Vorjahresniveau

Preissteigerungen und anhaltende Produktionsverzögerungen in der Neuwagenherstellung schlugen sich im April 2022 negativ in den Umsätzen des rheinland-pfälzischen Kfz-Handels (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) nieder. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also ohne Einbeziehung der inflationären Entwicklungen, um 18 Prozent unter denen von April 2021 (Deutschland: –11 Prozent).

Nominal bzw. einschließlich Preisänderungen sanken die Erlöse um elf Prozent (Deutschland: –4,2 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten lag um 1,3 Prozent niedriger als im April 2021 (Deutschland: 0,0 Prozent).

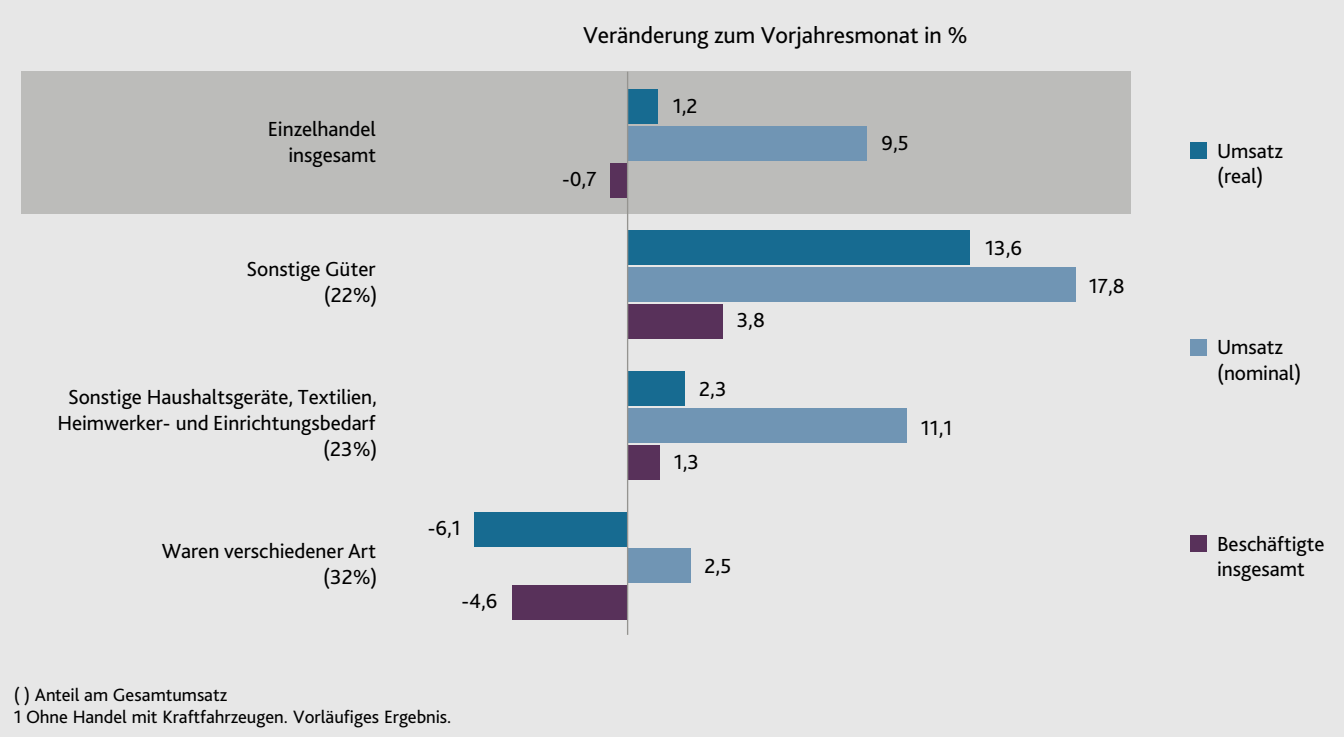
Aufgrund der stark gestiegenen Preise erwirtschafteten alle Wirtschaftszweige im Kfz-Handel weniger reale Umsätze. Im umsatzstarken Handel

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels[1] im April 2022



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels[1] im Mai 2022



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. Vorläufiges Ergebnis.

mit Kraftwagen gingen die Umsätze real um knapp ein Viertel zurück (real: –24 Prozent; nominal: –17 Prozent). Rund zwölf Prozent weniger waren es bei der Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen (nominal: –3,9 Prozent). Im Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör lag der Umsatz um 2,5 Prozent niedriger (nominal: –3,5 Prozent).

In den ersten vier Monaten des Jahres sanken die realen Umsätze im rheinland-pfälzischen Kfz-Handel gegenüber dem Vergleichszeitraum 2021 um 3,4 Prozent (nominal +3,5 Prozent). Das ist vor allem auf die stark gestiegenen Preise und die Umsatzrückgänge im April 2022 zurückzuführen. Die Beschäftigung sank um 1,5 Prozent.

Inflation schmälert im Mai reale Umsatzgewinne im Einzelhandel

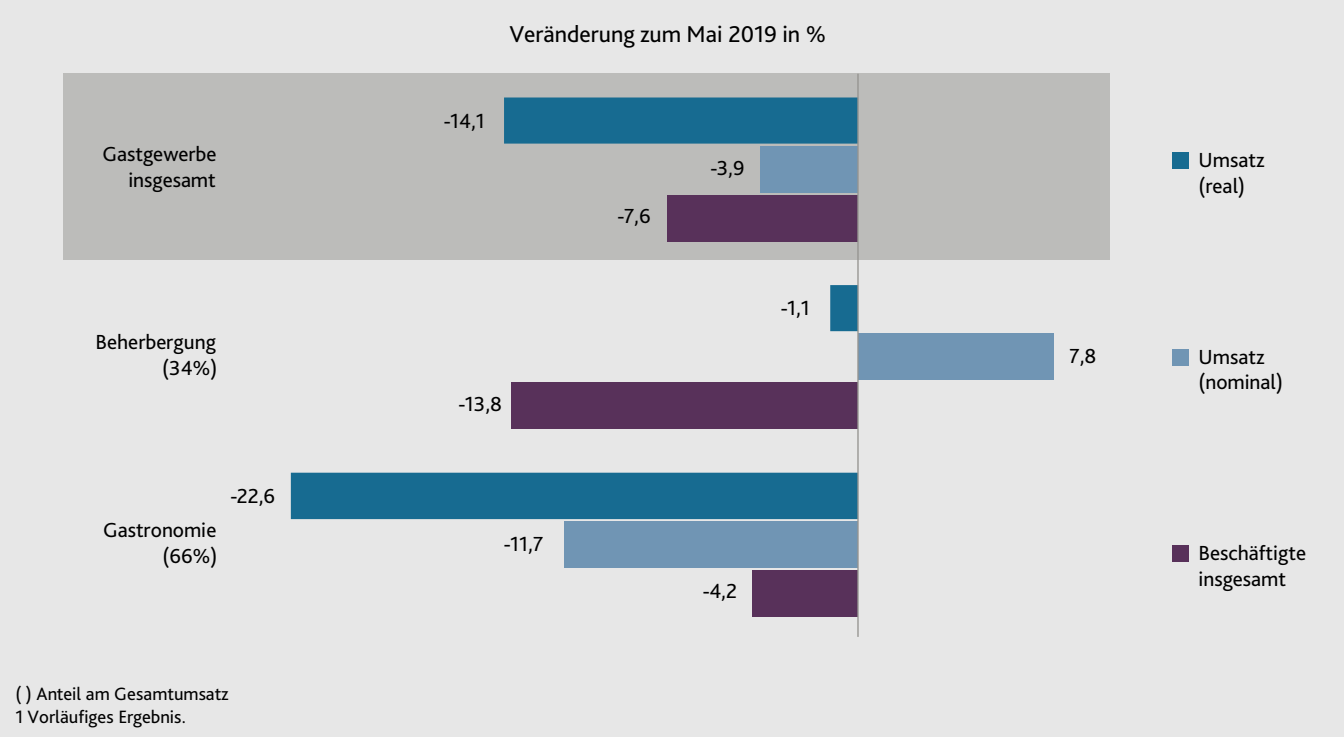
Trotz hoher Preissteigerungen erzielte der rheinland-pfälzische Einzelhandel im Mai 2022 reale Umsatzgewinne. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 1,2 Prozent über denen des Vorjahresmonats (Deutschland: +1,1 Prozent). Nominal bzw. gemessen in jeweiligen Preisen stiegen die Umsätze um 9,5 Prozent (Deutschland: +9 Prozent).

Gegenüber dem Niveau vor Beginn der Corona-Pandemie im Mai 2019 erzielte der Einzelhandel 3,5 Prozent mehr reale Umsätze. Nominal betrug das Plus aufgrund der aktuellen Preissteigerungen 15 Prozent.

Der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln erwirtschaftete im Vergleich zum Vorjahresmonat ein Umsatzplus: Real wurden 7,2 und nominal 16 Prozent mehr Einnahmen generiert. Dagegen sanken im Handel mit Lebensmitteln die realen Umsätze um 6,6 Prozent. Nominal stiegen sie um zwei Prozent.

Vor allem dem umsatzstarken Handel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen mit dem Schwerpunkt im Lebensmittelhandel setzten die inflationären Entwicklungen zu; der reale Umsatz sank um 6,1 Prozent. Dagegen erzielte der ebenfalls umsatzstarke Handel mit sonstigen Gütern, zu denen z. B. Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, 14 Prozent mehr Erlöse. Das Plus bei

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe[1] im Mai 2022



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

den Händlern von sonstigen Geräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf lag bei 2,3 Prozent.

Im Vergleich zum Mai 2021 lag die Beschäftigtenzahl im Einzelhandel mit 0,7 Prozent im Minus (Deutschland: +0,5 Prozent). Gegenüber dem Vor-Corona-Niveau im Mai 2019 waren es dagegen 1,1 Prozent mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Besonders deutlich fiel der Personalabbau im Vergleich zum Vorjahresmonat im Handel mit Waren verschiedener Art aus (–4,6 Prozent). Der Handel mit sonstigen Gütern sowie mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren erhöhte die Zahl der Beschäftigten (+3,8 bzw. +3,9 Prozent).

Reale Umsätze im Gastgewerbe im Mai unter Inflationseinflüssen

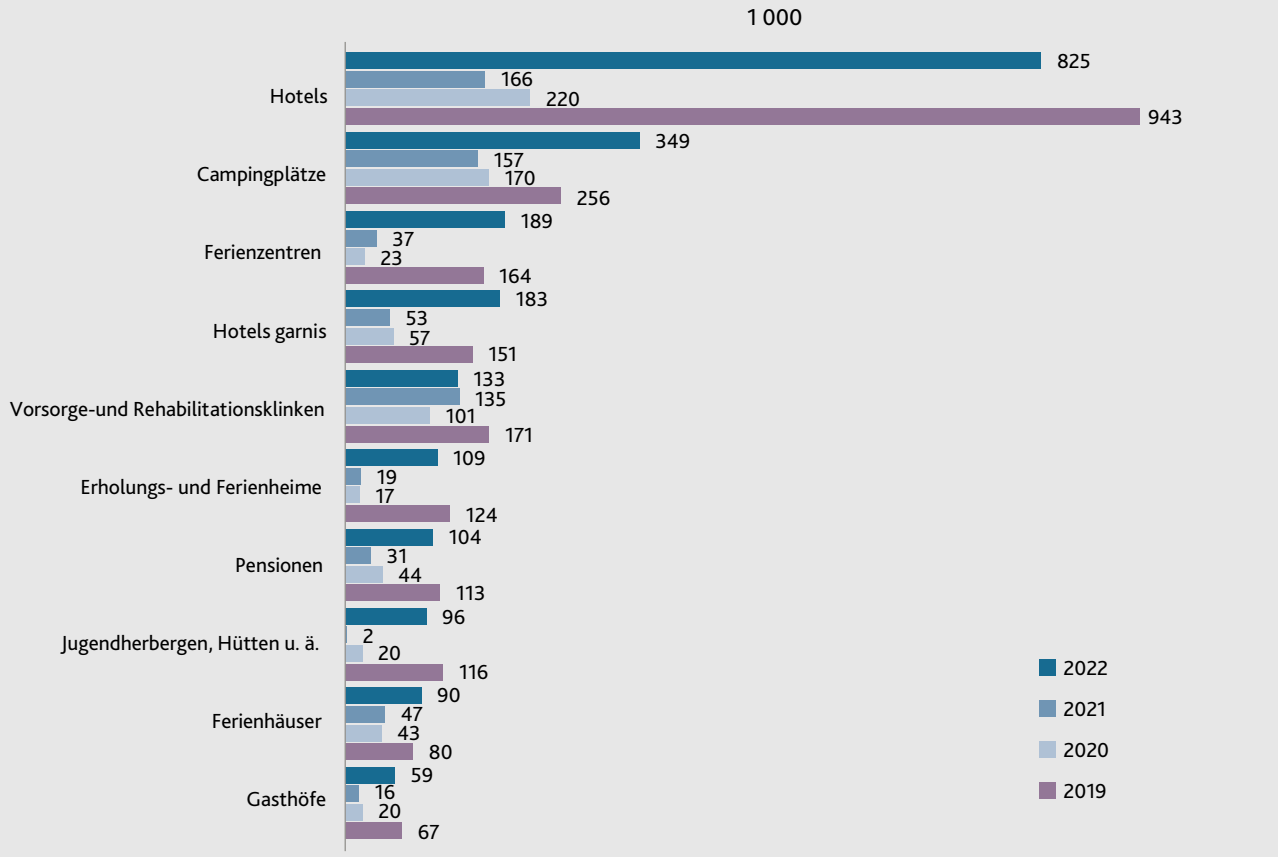
Die Entwicklung der realen Umsätze im Gastgewerbe litt auch im Mai 2022 unter dem stark gestiegenen Preisniveau. Nach vorläufigen Berechnungen unterschritten die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, das Vor-Corona-Niveau im Mai 2019 um 14 Prozent (Deutschland: –14 Prozent).

Nominal bzw. bewertet in jeweiligen Preisen betrug das Minus 3,9 Prozent (Deutschland: –3,9 Prozent). Die sonst üblichen Vergleiche mit dem Vorjahresmonat sind aufgrund des Lockdowns im Mai 2021 nicht sinnvoll.

Im Vergleich zum Vor-Corona-Niveau im Mai 2019 lagen die realen Umsätze der Beherbergungsbetriebe nur noch um 1,1 Prozent niedriger. Ohne Berücksichtigung der Preiseinflüsse, also nominal, erzielte das Beherbergungsgewerbe sogar 7,8 Prozent mehr Umsätze. Die Betreiber der Gastronomiebetriebe, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, erwirtschafteten dagegen 23 Prozent weniger Erlöse im Vergleich zu Mai 2019 (nominal: –12 Prozent). In den Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben lagen die realen Umsätze um 24 Prozent unter dem Vor-Corona-Niveau; bei den Caterern und Erbringern von sonstigen Verpflegungsleistungen waren es 21 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten unterschritt das Vor-Corona-Niveau im Mai 2019 um 7,6 Prozent (Deutschland: –13 Prozent).

Übernachtungen im Mai 2019–2022[1] nach Betriebsarten



1 Mai 2022 vorläufiges Ergebnis.

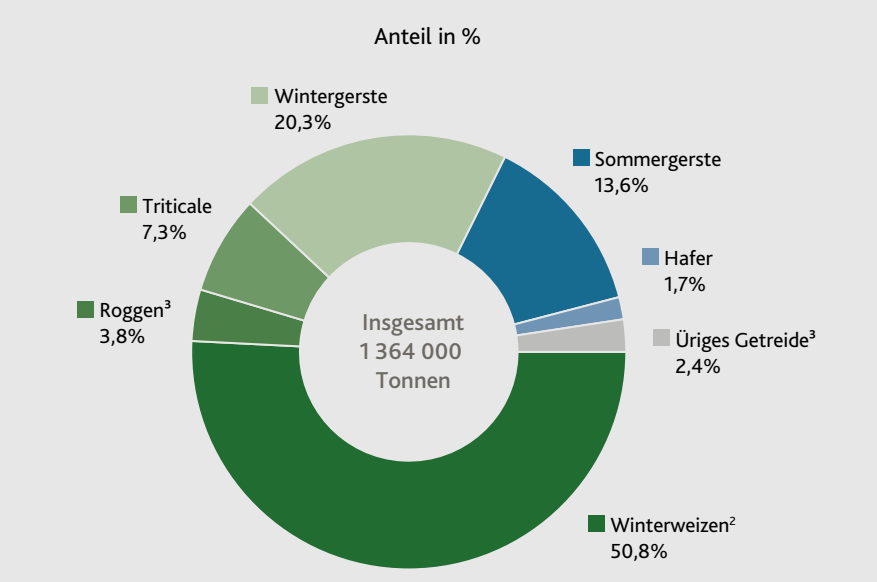
Tourismus im Mai weiterhin im Aufwind

Die Annäherung der Gäste- und Übernachtungszahlen an das Vor-Corona-Niveau schritt auch im Mai 2022 voran. Rund 842 800 Gäste besuchten Rheinland-Pfalz; diese buchten knapp 2,1 Millionen Übernachtungen. Gegenüber dem Vergleichsmonat Mai 2019 waren das 8,7 Prozent weniger Gäste und 2,1 Prozent weniger Übernachtungen. Ein Vergleich mit Mai 2021 ist aufgrund des damals geltenden Beherbergungsverbotes für Privatreisende nicht aussagekräftig.

Im laufenden Jahr 2022 nahmen die monatlichen Veränderungsraten gegenüber den jeweiligen Vergleichsmonaten 2019 kontinuierlich ab. Im April 2022 lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen gegenüber April 2019 noch um zwölf bzw. 9,4 Prozent niedriger.

Die Gäste- und Übernachtungszahlen lagen von Januar bis Mai in allen Tourismusregionen unter dem Vorkrisenniveau im Vergleichszeitraum 2019. Die hohen Rückgänge in der Ahrregion sind auch auf die Folgen der Flutkatastrophe im Juli 2021 zurückzuführen (Gäste: –73 Prozent und Übernachtungen: –70 Prozent). Deutlich niedriger fielen die Abnahmen in den übrigen Regionen aus. Die größten Einbußen verzeichneten die Regionen Westerwald-Lahn (Gäste: –26 und Übernachtungen: –20 Prozent), Pfalz (Gäste: –24 und Übernachtungen: –16 Prozent) sowie Rheinhessen (Gäste: –23 und Übernachtungen: –11 Prozent). Die tourismusstarke Region Mosel-Saar kam dem Vorkrisenniveau 2019 am nächsten: Die Gäste reduzierten sich um 7,4 Prozent und die Übernachtungen um 4,4 Prozent.

Voraussichtliche Getreideernte 2022 nach ausgewählten Getreidearten[1]



1 Stand der Ernteschätzung zum 30. Juni; Getreide zur Körnerernte ohne Körnermais, Corn-Cob-Mix und einzelne nicht geschätzte Arten mit geringem Anbau (z. B. Emmer). – 2 Einschließlich Dinkel und Einkorn. – 3 Einschließlich Wintermenggetreide.

Gegenüber dem Vorkrisenzeitraum 2019 verzeichneten die während der Corona-Pandemie verstärkt gebuchten Ferienhäuser und Ferienwohnungen sowie die Campingplätze ein Übernachtungsplus von 18 bzw. 21 Prozent. Auch in den Hotels garnis übernachteten mehr Gäste (+7,7 Prozent). Deutliche Einbußen verzeichneten die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime sowie die Jugendherbergen und Hütten (–34 bzw. –30 Prozent). Die übrigen Rückgänge bewegten sich in der Bandbreite von 14 Prozent bei den Pensionen und 24 Prozent bei den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken.

Der Großteil der Gäste kam in den ersten fünf Monaten 2022 mit einem Anteil von 84 Prozent aus dem Inland. Die zwei Millionen Gäste aus Deutschland überschritten den Wert des Vergleichszeitraum 2019 um 17 Prozent; deren Übernachtungen lagen mit 5,3 Millionen um elf Prozent niedriger. Die Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland sowie deren Übernachtungen lagen um 35 bzw. 27 Prozent unter denen von Januar bis Mai 2019.

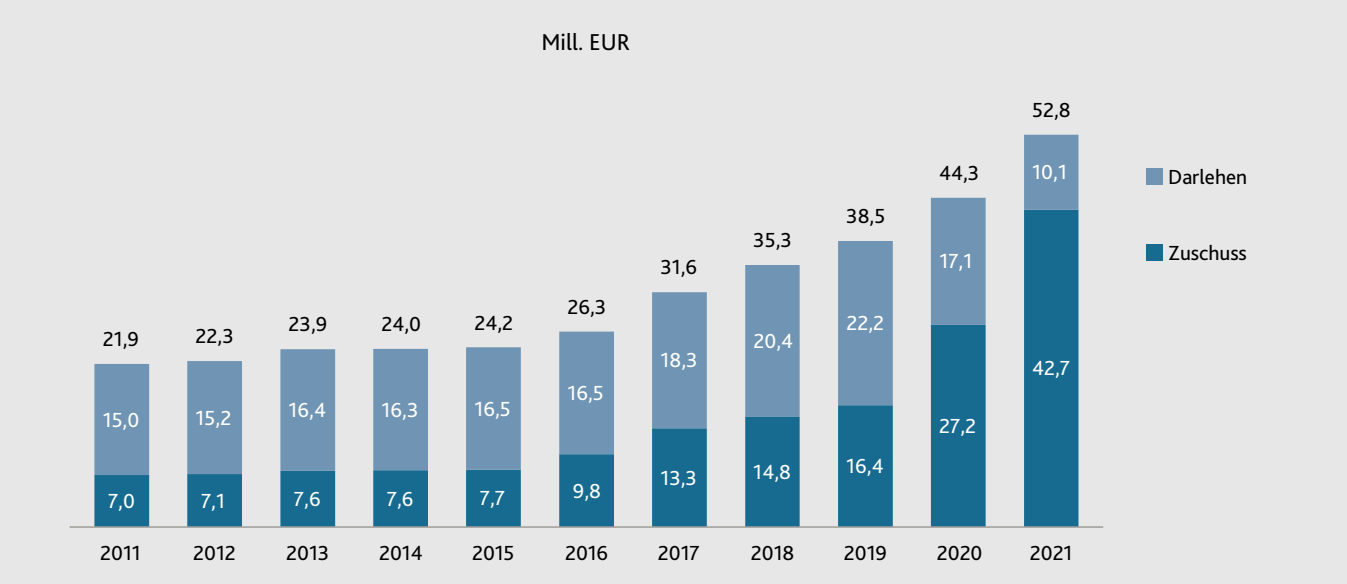
Unterdurchschnittliche Getreideernte

Nach einer ersten Erntebilanz werden die rheinland-pfälzischen Landwirtinnen und Landwirte im laufenden Jahr voraussichtlich rund 1,4 Millionen Tonnen Getreide ernten; das entspricht einer Abnahme von fünf Prozent gegenüber dem Durchschnittsniveau der Jahre 2016 bis 2021. Gegenüber der Vorjahresmenge bedeutet dies eine leichte Abnahme von 1,4 Prozent. Der durchschnittliche Hektarertrag entspricht mit 6,6 Tonnen dem langjährigen Mittel.

Getreide zur Körnergewinnung wird auf insgesamt 215 800 Hektar angebaut – ein Flächenanstieg von 1,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Winterweizen ist in Rheinland-Pfalz mit 96 800 Hektar die am häufigsten angebaute Getreideart. Der voraussichtliche Hektarertrag von 7,2 Tonnen entspricht dem sechsjährigen Durchschnitt 2016 bis 2021. Die erwartete Erntemenge liegt bei 693 100 Tonnen (–4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Damit entfällt etwa 51 Prozent der Getreideernte auf Winterweizen.

Wintergerste bleibt mit einer Anbaufläche von 39 700 Hektar etwa auf dem Niveau des Vorjahres (+0,6 Prozent). Folglich ist Wintergerste auch 2022 die zweitwichtigste Fruchtart auf dem Ackerland. Der durchschnittliche Ertrag von Wintergerste beträgt sieben Tonnen je Hektar und liegt damit auf dem Vorjahresniveau von 7,1 Tonnen je Hektar. Die für Wintergerste geschätzte Erntemenge beläuft sich auf 277 600 Tonnen. Das bedeutet eine leichte Abnahme von 1,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, entspricht jedoch der durchschnittlichen Erntemenge der Jahre 2016 bis 2021. Der Anbauumfang der Sommergerste, die vor allem für die Malzherstellung angebaut wird, stieg im Vergleich zum Vorjahr um 17 Prozent auf 34 600 Hektar. Der geschätzte Hektarertrag entspricht mit 5,4 Tonnen dem langjährigen Mittel.

Umfang der bewilligten Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2011–2021



Nach dem Rückgang der Anbaufläche für Winterraps im Jahr 2021 stieg der Flächenanteil im Jahr 2022 mit 3 500 Hektar wieder um knapp zwölf Prozent (+4 000 Hektar). Das sich abzeichnende Ertragsniveau von knapp 3,7 Tonnen Winterraps liegt um gut 16 Prozent über dem Ertrag aus 2021 und 5,7 Prozent über dem Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2021. Insgesamt resultiert daraus eine zu erwartende Rapserntemenge von 145 600 Tonnen.

Die Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung, die 2022 auf 8 900 Hektar angebaut werden, verzeichneten im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von 8,2 Prozent bzw. 670 Hektar. Beim Dauergrünland blieb der Flächenanteil stabil (–0,3 Prozent).

In Rheinland-Pfalz wird auf rund 380 500 Hektar Ackerbau betrieben. Mit rund 54 Prozent stellt das Ackerland den größten Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche dar. Dauerkulturen, zu denen z. B. Rebflächen und Obstanlagen gehören, beanspruchen zehn Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Bei den übrigen knapp 36 Prozent handelt es sich um Dauergrünland.

Mehr Fortzubildende nehmen Aufstiegs-BAFöG in Anspruch

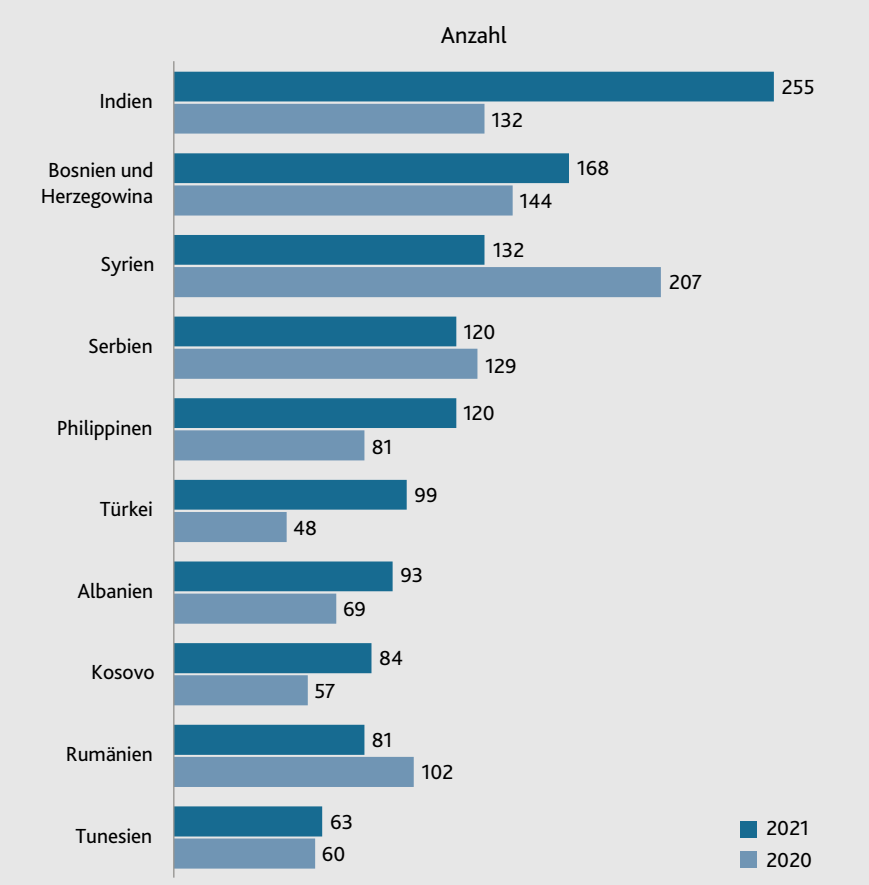
In Rheinland-Pfalz erhielten 2021 rund 9 900 Fortzubildende eine Förderung im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), auch Aufstiegs-BAföG genannt. Das waren rund 700 Personen bzw. acht Prozent mehr als im Vorjahr.

Der Anstieg ist unter anderem auf die Erhöhung der Zuschüsse, Freibeträge, Darlehenserlässe und Unterhaltsförderungen im Rahmen des 3. und 4. Gesetzes zur Änderung des AFBG in den Jahren 2016 und 2020 zurückzuführen. Zwischen 2016 und 2021 stieg die Zahl der geförderten Fortzubildenden um 37 Prozent, die der Geförderten in Vollzeitmaßnahmen sogar um 82 Prozent.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr knapp 53 Millionen Euro zur Förderung von Fortbildungsaktivitäten im Rahmen des Aufstiegs-BAföG bewilligt, davon etwa 43 Millionen als Zuschüsse. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die bewilligten Fördermittel um 8,5 Millionen Euro (+19 Prozent), verglichen mit 2016 sogar um 27 Millionen Euro (+101 Prozent). Durchschnittlich erhielten die Geförderten 5 443 Euro.

Die von Bund und Ländern finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderung ist ein Förderangebot für Bürgerinnen und Bürger, die eine auf einen ersten beruflichen Abschluss aufbauende Fortbildung absolvieren. Unabhängig

Anträge nach BQFG-Bund und BQFG-RP 2020 und 2021 nach den zehn häufigsten Ausbildungsstaaten der Antragssteller/-innen[1]



1 BQFG: §17 des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz des Bundes; BQFG-RP: §17 des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz; aus Gründen der Geheimhaltung auf ein Vielfaches von drei gerundet.

vom Einkommen werden die Gebühren für den Lehrgang und die Prüfung sowie für das Meisterprüfungsprojekt gefördert. Die Förderung setzt sich aus Darlehen und staatlich finanziertem Zuschuss zusammen. Abhängig vom Einkommen kann zudem der Lebensunterhalt mit Aufschlägen für Verheiratete und Kinder sowie für die Kinderbetreuung von Alleinerziehenden bezuschusst werden.

Die meisten Geförderten 2021 waren männlich (59 Prozent), mit deutscher Staatsangehörigkeit (96 Prozent), unter 25 Jahre alt (47 Prozent) und in einer Fortbildungsmaßnahme in einem Umfang von mehr als 21 Monaten (67 Prozent). Am häufigsten wurden angehende staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher gefördert (rund 2 900). Die Förderfähigkeit dieser Ausbildung ist darauf zurückzuführen, dass die landesrechtliche Zugangsregelung der Erzieherausbildung einen ersten Ausbildungsabschluss oder berufsbezogene Erfahrungen voraussetzt.

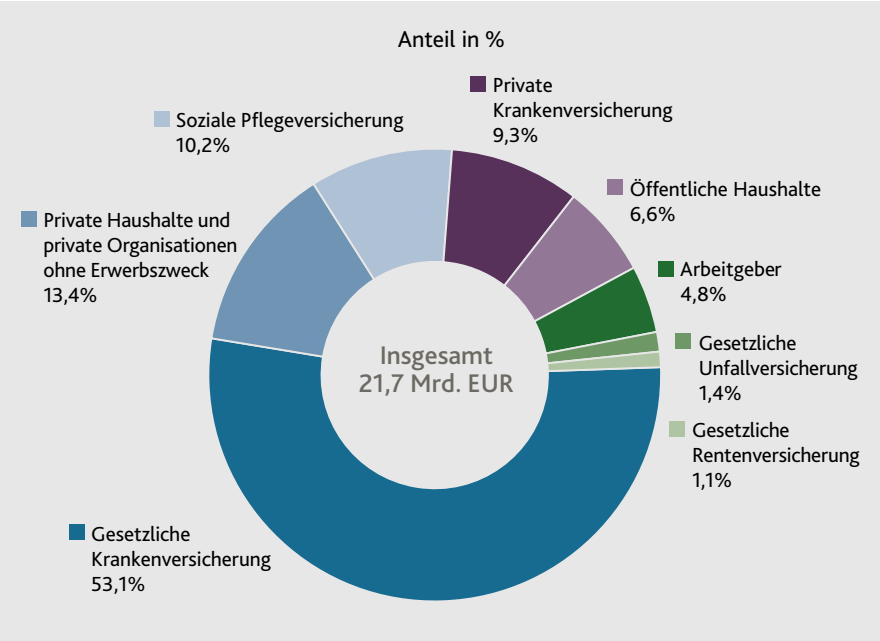
Indische Fachkräfte unterstützen die Gesundheits- und Krankenpflege

Im Jahr 2021 bearbeiteten die Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) rund 2 200 Anträge auf die Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation; am häufigsten wurden Anträge für eine in Indien erworbene Qualifikation in der Gesundheits- und Krankenpflege eingereicht (rund 220). Das waren etwa 100 Anträge bzw. 78 Prozent mehr als im Vorjahr.

Das Feststellungsverfahren bietet seit nunmehr zehn Jahren die Möglichkeit, die Berufsabschlüsse qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland bzw. Rheinland-Pfalz anzuerkennen. Davon profitierte insbesondere die Gesundheitsversorgung: Im Jahr 2021 wurden knapp 900 Ausbildungsabschlüsse zur Gesundheits- und Krankenpflege, rund 200 Approbationen zur Ausübung des Arztberufs und etwa 60 Approbationen im Apothekerberuf in den Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz bearbeitet. Aufgrund der sowohl lokal als auch von der Bundesagentur für Arbeit initiierten Maßnahmen zur Gewinnung von Pflegefachkräften aus Indien stieg insbesondere die Zahl der Anerkennungsanträge zur Ausübung des Gesundheits- und Krankenpflegeberufs gegenüber dem Vorjahr deutlich (+27 Prozent).

Mit dem 2020 in Kraft getretenen Fachkräfteeinwanderungsgesetz wurde der Rahmen für die Einwanderung von

Gesundheitsausgaben 2020 nach Ausgabenträgern



qualifizierten Fachkräften aus Ländern außerhalb der EU nach Deutschland erweitert. Damit einher ging ein Anstieg der Zahl der Anerkennungsverfahren von in Nicht-EU-Staaten erworbenen Berufsabschlüssen (2019–2021: +27 Prozent). Unterschiede zwischen in Deutschland und in Drittstaaten erworbenen Berufsqualifikationen bedingten jedoch häufig Nachqualifikationen bzw. Ausgleichsmaßnahmen: Gegenüber 2019 stieg die Zahl der abgeschlossenen Verfahren, die eine Ausgleichsmaßnahme auferlegt bekamen, um 172 Prozent.

Gesundheitsausgaben steigen 2020 deutlich

Im Jahr 2020 stiegen die Gesundheitsausgaben deutlich. Die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit beliefen sich im ersten Jahr der Corona-Pandemie auf 21,7 Milliarden Euro, was eine Zunahme um 5,8 Prozent gegenüber 2019 bedeutet (Deutschland: +6,5 Prozent).

Durch den Ausbruch der Corona-Pandemie fiel die Ausgabensteigerung 2020 besonders hoch aus. Von 2010 bis 2020 stiegen die Gesundheitsausgaben durchschnittlich um vier Prozent pro Jahr (Deutschland: +4,2 Prozent).

Die Gesundheitsausgaben der verschiedenen Ausgabenträger entwickelten sich sehr unterschiedlich. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung führten zu einem kräftigen Anstieg der Ausgaben der öffentlichen Haushalte um 77 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch die Gesundheitsausgaben der sozialen Pflegeversicherung, die in den Vorjahren bereits stark gestiegen waren, erhöhten sich deutlich (+12 Prozent). Dagegen gaben die gesetzliche Rentenversicherung und die gesetzliche Unfallversicherung weniger für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit aus als 2019 (–5,5 bzw. –2 Prozent).

Die Gesundheitsausgaben pro Kopf sind in Rheinland-Pfalz etwa genauso hoch wie im Bundesdurchschnitt. Die Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner beliefen sich 2020 auf 5 297 Euro (Deutschland: 5 298 Euro).

Mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben trägt die gesetzliche Krankenversicherung – in Rheinland-Pfalz waren es 2020 rund 53 Prozent. Auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner entfielen im Schnitt 2 815 Euro. Damit lagen der Ausgabenanteil sowie die Pro-Kopf-Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung unter dem Bundesdurchschnitt (55 Prozent; 2 904 Euro).

Den zweitgrößten Beitrag zu den Gesundheitsausgaben leisten die Privathaushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die in Rheinland-Pfalz 2020 für 13 Prozent der Ausgaben aufkamen (Deutschland: ebenfalls 13 Prozent). Zu den Gesundheitsausgaben, die von den privaten Haushalten gezahlt werden, gehören z. B. Zuzahlungen zu Leistungen der Krankenversicherungen sowie Direktkäufe von gesundheitsbezogenen Waren und Dienstleistungen. Die rheinland-pfälzischen Privathaushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck gaben 2020 pro

Kopf 711 Euro für die Gesundheit aus; bundesweit waren es 687 Euro.

An dritter Stelle folgt die soziale Pflegeversicherung. Ihr Ausgabenanteil war in Rheinland-Pfalz mit zehn Prozent etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt, der sich 2020 auf elf Prozent belief. Je Einwohnerin und Einwohner tätigte die soziale Pflegeversicherung im Schnitt Ausgaben in Höhe von 543 Euro (Deutschland: 567 Euro).

Umsatzrückgang der Umweltbranche 2020

Die rheinland-pfälzische Umweltbranche erzielte 2020 einen Jahresumsatz von rund 5,2 Milliarden Euro; dies entspricht einer Abnahme von fast 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Klimaschutzmaßnahmen brachten mit rund 53 Prozent des gesamten Umsatzes – wie Jahr zuvor – den größten Teil des Umweltumsatzes ein.

Von den insgesamt 2,8 Milliarden Euro Umsatz mit Waren und Dienstleistungen für den Klimaschutz entfielen 2,2 Milliarden Euro auf Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz (z. B. durch Wärmedämmung). Hinzu kamen insbesondere Waren und Dienstleistungen im Bereich der Nutzung von Wind- und Solarenergie.

Im Bereich der Luftreinhaltung wurden 0,7 Milliarden Euro erzielt; dies entspricht einer prozentualen Abnahme von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auf Maßnahmen für die Abwasserwirtschaft entfielen 0,8 Milliarden Euro (+10 Prozent) bzw. 15 Prozent des Gesamtumsatzes in der Umweltbranche. Weitere Angebote, mit denen die Umweltbranche nennenswerte Umsätze erzielt, gehören zu den Bereichen Abfallwirtschaft und Lärmbekämpfung (z. B. Maßnahmen zur Verminderung der Abwassermenge, Aufbereitung von Abfällen oder Geräte zur Schalldämmung).

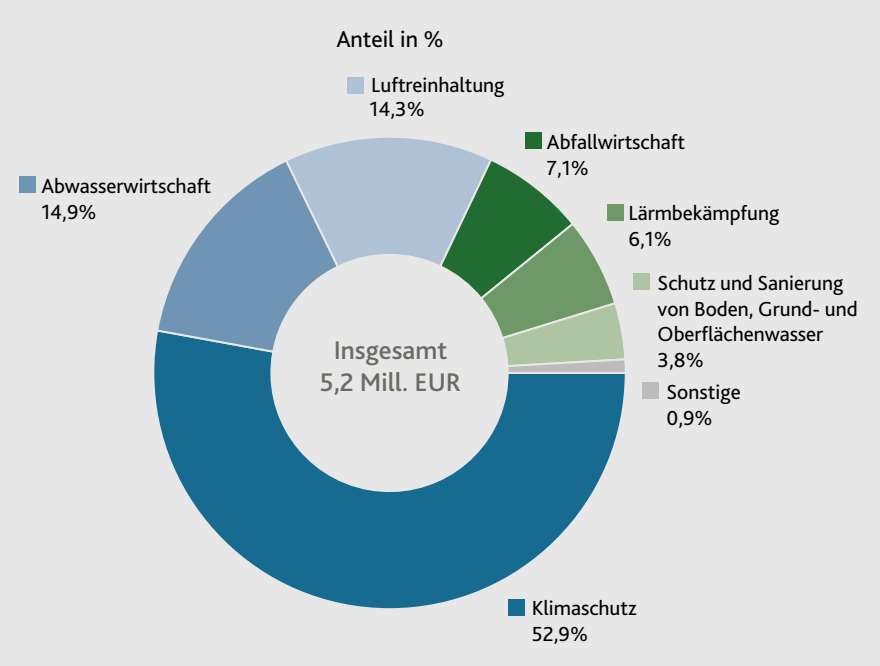
Es ist zu beachten, dass umweltschutzbezogene wirtschaftliche Aktivitäten üblicherweise sektorübergreifend stattfinden und sich nicht genau abgrenzen lassen. Bei der Umweltbranche handelt es sich um einen sogenannten Querschnittssektor, der in der üblichen Unterteilung der Wirtschaftszweige nicht enthalten ist. Der sektorübergreifend erwirtschaftete Umsatz 2020 war mit 5,2 Milliarden Euro vergleichbar mit dem des mittelgroßen rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweigs der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (Jahresumsatz 2020: 5,3 Milliarden Euro). Die Arbeitsleistung der in der Umweltbranche tätigen Personen entsprach 2020 rund 20 900 Vollzeitäquivalenten.

Güterumschlag in der Binnenschifffahrt im ersten Quartal unter Vorjahresniveau

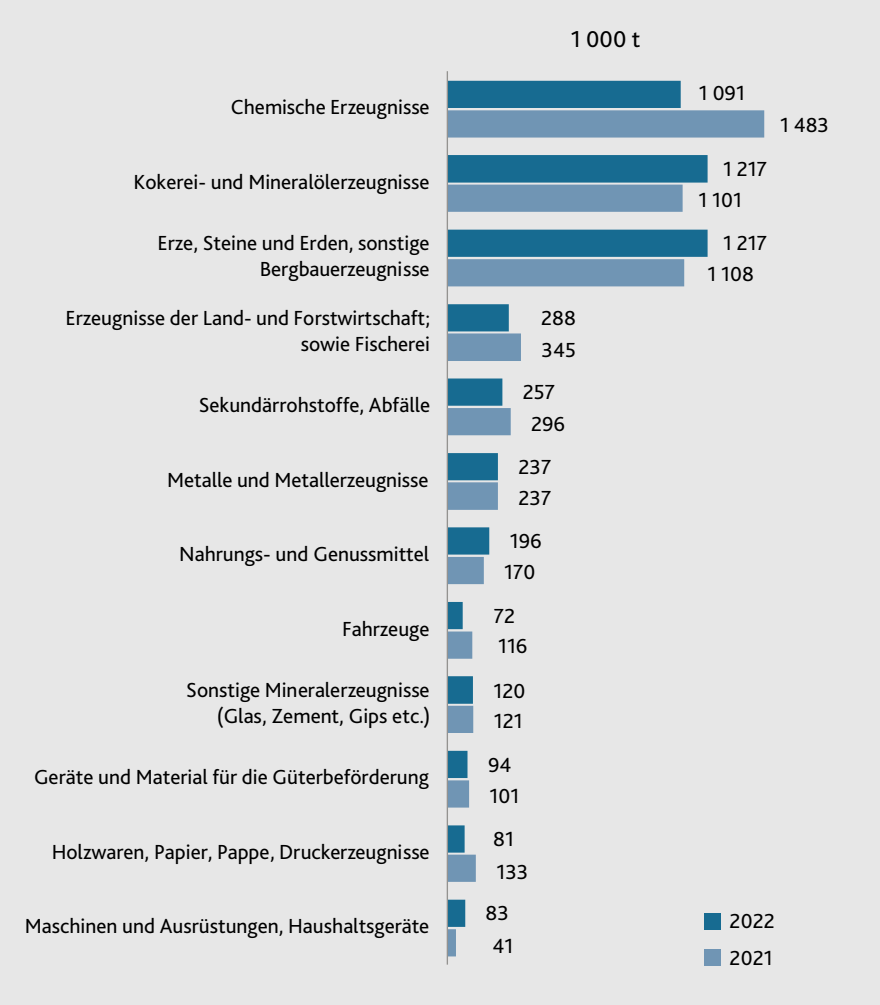
Von Januar bis März 2022 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen weniger Fracht umgeschlagen als im Vergleichszeitraum 2021. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten im ersten Quartal einen Güterumschlag von 5,5 Millionen Tonnen. Dies waren 315 000 Tonnen bzw. 5,5 Prozent weniger als von Januar bis März 2021.

Der Güterempfang sank mit 0,9 Prozent nur leicht auf 3,1 Millionen Tonnen; der Versand ging deutlich um elf Prozent auf 2,4 Millionen Tonnen zurück.

Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2020



Güterumschlag von Januar bis März 2021 und 2022 nach Güterabteilungen



Die höchste Umschlagmenge entfiel mit jeweils 1,2 Millionen Tonnen auf die Abteilungen „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse“ (+10,5 Prozent) sowie „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ (+9,8 Prozent). Es folgten die Chemische Erzeugnisse mit 1,1 Millionen Tonnen (–26 Prozent).

In Ludwigshafen, dem weiterhin größten Binnenhafen des Landes, wurden von Januar bis März 1,63 Millionen Tonnen umgeschlagen; das waren 20 Prozent weniger Güter als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Es folgte der zweitgrößte Hafen in Rheinland-Pfalz in der Landeshauptstadt Mainz mit 0,85 Millionen Tonnen (–0,9 Prozent).

Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden steigt im Mai überproportional

Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle stieg im Mai 2022 weiter an. Es wurden 12 340 Unfälle gezählt; das waren 2 058 bzw. 20 Prozent mehr als im Mai 2021. In 1 476 Fällen kam es zu Personenschäden – gut 50 Prozent mehr als im Vorjahresmonat.

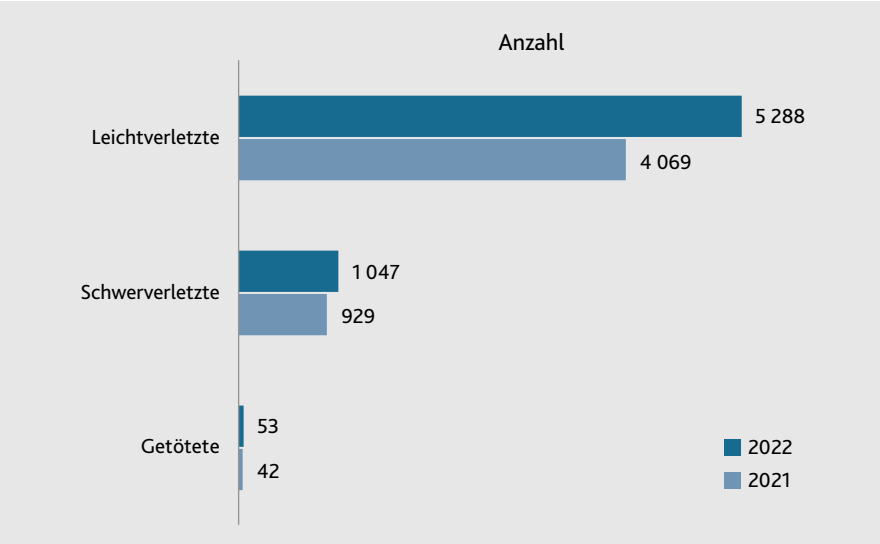
Die Polizei registrierte von Januar bis Mai dieses Jahres 53 199 Verkehrsunfälle, davon 5 021 Unfälle mit Personenschaden und 48 178 Unfälle mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle lag in den ersten fünf Monaten des Jahres um 7 188 bzw. rund 16 Prozent und die der Verunglückten um 1 043 bzw. gut 26 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, als das Unfallgeschehen noch stärker von der Corona-Pandemie geprägt war. 53 Personen verloren ihr Leben, elf mehr als von Januar bis Mai 2021. Die Zahl der Schwerverletzten lag bei 1 047, die der Leichtverletzten bei 5 288.

Schulden von Land und Kommunen sinken 2021 – Landeshauptstadt mit historischem Schuldenabbau

Ende des vergangenen Jahres waren das Land Rheinland-Pfalz und seine Kommunen mit insgesamt rund 40,9 Milliarden Euro verschuldet. Das waren rund 2,9 Milliarden Euro bzw. 6,6 Prozent weniger als Ende 2020. Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung sank auf knapp 10 000 Euro (–730 Euro). Die Schulden des Landes reduzierten sich deutlich um 7,6 Prozent auf 28,5 Milliarden Euro, die Schulden der Kommunen lagen mit 12,4 Milliarden Euro um 4,2 Prozent unter dem Vorjahreswert.

In den kreisfreien Städten sanken die Schulden um 5,3 Prozent auf 5,7 Milliarden Euro. Je Einwohnerin bzw. Einwohner waren das rechnerisch rund 5 400 Euro (–300 Euro). Für die Landkreisbereiche (Kreis inklusive der zugehörigen Verbands- und Ortsge-

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Mai 2021 und 2022



meinden) reduzierte sich der Schuldenstand um 3,8 Prozent auf knapp sechs Milliarden Euro. Pro Kopf sanken die Schulden um fast 100 Euro auf rund 2 000 Euro.

Zwischen den verschiedenen Regionen sind zum Teil deutliche Unterschiede festzustellen. Bei den kreisfreien Städten reicht die Spanne von Landau in der Pfalz mit rund 1 420 Euro bis zu Pirmasens, für die mit 10 240 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung ermittelt wurde.

Im Vergleich der kreisfreien Städte sanken die Schulden in der Landeshauptstadt Mainz am deutlichsten. Hier ging die Verschuldung um 240 Millionen Euro bzw. 21 Prozent zurück. Das war der deutlichste absolute Schuldenabbau einer rheinland-pfälzischen Kommune innerhalb eines Jahres seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1970.

Im Vergleich der Landkreisbereiche wies der Westerwaldkreis mit rund 380 Euro die niedrigsten Schulden je Einwohnerin bzw. Einwohner auf. Die höchsten Schulden pro Kopf hatte der Landkreisbereich Kusel mit rechnerisch 6 470 Euro. Damit nahm die Spannweite zwischen den Regionen mit der geringsten und der höchsten Verschuldung 2021 weiter zu.

Für die Landkreishaushalte (Kreise ohne zugehörige Verbands- und Ortsgemeinden) lag der Schuldenstand bei insgesamt rund 2,2 Milliarden Euro; dies ist ein Rückgang um 2,4 Prozent. Je Einwohnerin bzw. Einwohner waren das 730 Euro. Wie in den Jahren zuvor wies Mainz-Bingen den niedrigsten Wert auf: Erneut war der Kreishaushalt dieses Landkreises schuldenfrei. Auch bei den Landkreishaushalten nahm der Landkreis Kusel das andere Ende der Skala ein: Die Schulden des Kreishaushalts lagen bei rund 2 920 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Hier nahm die Spannweite zwischen dem Kreishaushalt mit den geringsten und dem mit den höchsten Schulden ebenfalls zu.

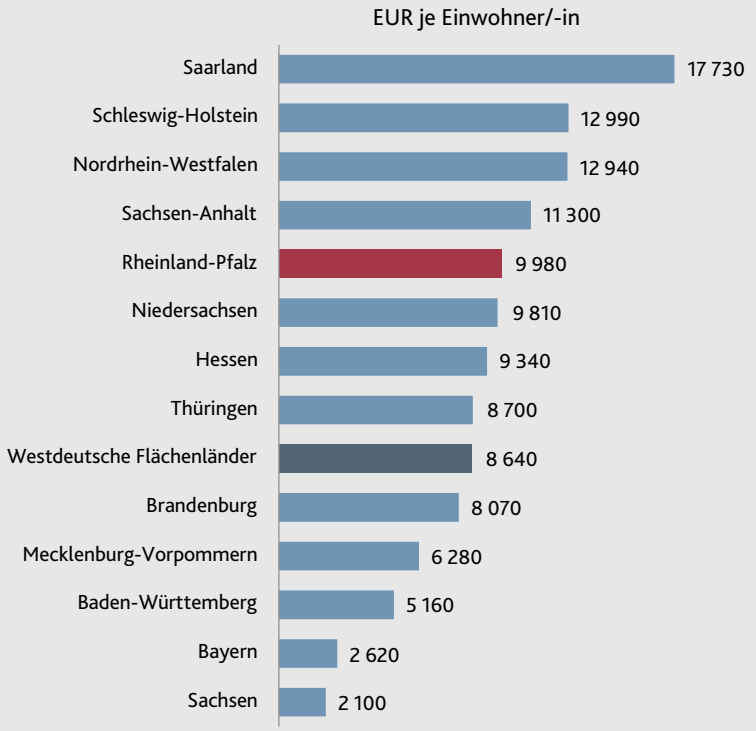
Das Land sowie die kommunalen Gebietskörperschaften können sich grundsätzlich durch Investitionskredite, Liquiditätskredite und Wertpapierkredite verschulden. Auch wenn die Liquiditätskredite grundsätzlich nur zur Überbrückung von vorübergehenden Kassenanspannungen gedacht waren, ist ihr Anteil an der Gesamtverschuldung der Kommunen hoch. Bei den kreisfreien Städten bestand Ende 2021 rund 47 Prozent ihrer Gesamtverschuldung aus kurzfristigen Liquiditätskrediten (2020: ebenfalls 47 Prozent); beim Landkreisbereich betrug der Anteil 35 Prozent (2020: 37 Prozent).

Demgegenüber nutzt das Land kaum Liquiditätskredite. Zum Jahresende 2021 machten diese weniger als ein Prozent der Gesamtverschuldung des Landes aus (2020: fünf Prozent). Das Land greift bei der Verschuldung überwiegend auf das Instrument der Wertpapierschulden zurück.

Seit dem Jahr 2000 stieg die Pro-Kopf-Verschuldung des Landeshaushalts um 50 Prozent. Bei den Kommunen erhöhte sich der Wert im gleichen Zeitraum um 117 Prozent. Für das Land und die Kommunen zusammen ergab dies einen Schuldenzuwachs von 65 Prozent gegenüber 2000. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum wuchs das Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz um 70 Prozent.

Nach seinem vorläufigen Höchststand im Jahr 2012 konnte das Land

Schulden[1] der Länder und Kommunen 2021



1 Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich.

zunächst seine Schulden bis 2019 reduzieren. Die Schulden sanken in diesem Zeitraum um fast zehn Prozent. Nachdem dieser rückläufige Trend im Coronajahr 2020 unterbrochen wurde – die Schulden stiegen um 3,4 Prozent – setzte sich der Schuldenrückgang 2021 fort. Bei den Kommunen ist seit 2015 eine leicht rückläufige bzw. konstante Schuldenentwicklung festzustellen. Nachdem auch im Krisenjahr 2020 die Verschuldung leicht sank, war im Jahr 2021 ein verstärkter Rückgang zu verzeichnen.

Im Vergleich der Bundesländer weist Rheinland-Pfalz 2021 überdurchschnittliche Schuldenstände auf: Die Landesebene liegt 3,6 Prozent, die Kommunalebene rund 57 Prozent über dem Durchschnittswert der Pro-Kopf-Verschuldung der westdeutschen Flächenländer. Damit weisen die rheinland-pfälzischen Kommunen 2021 erneut den höchsten Schuldenstand je Einwohnerin bzw. Einwohner in Deutschland aus. Auch wenn der Schuldenstand in den rheinland-pfälzischen Kommunen seit sechs Jahren stagniert bzw. leicht rückläufig ist, verzeichnen die Kommunen in den anderen Bundesländern einen deutlich stärkeren Rückgang ihrer Schulden. In einigen Bundesländern übernahm die Landesebene einen Teil der Schulden ihrer Kommunen.

Auch ein Vergleich der Liquiditätskredite verdeutlicht die Lage der rheinland-pfälzischen Kommunen: Sie liegen mit 1 160 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner 171 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Kein anderes Flächenland weist im Durchschnitt höhere kommunale Liquiditätskredite auf.

Die Landesebene von Rheinland-Pfalz schneidet im Ländervergleich hingegen vergleichsweise gut ab. Unter den westdeutschen Flächenländern verbuchten lediglich die Landesregierungen in Baden-Württemberg und Bayern noch niedrigere Pro-Kopf-Schulden.

Alle regionalen Schuldendaten für das Jahr 2021 sind für Rheinland-Pfalz ab sofort online im Geoweb-Datenangebot des Statistischen Landesamtes verfügbar. Für alle Kommunalebenen finden Sie dort interaktive Karten, tabellarische Auflistungen der Einzelwerte sowie die Möglichkeit zum Download aller Einzelwerte als csv-Datei.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Juli 2022

Der Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz lag im Juli 2022 um sieben Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Inflationsrate sank damit den zweiten Monat in Folge. Im Juni betrug sie 7,1 Prozent, im Mai 7,6 Prozent.

Die Energiepreise (+30 Prozent) haben weiterhin einen preistreibenden Einfluss auf die Entwicklung der Teuerungsrate. Insbesondere die Preise für Mineralölprodukte stiegen im Jahresvergleich (+35 Prozent). Ursächlich hierfür war vor allem die Entwicklung der Preise von Heizöl (einschließlich Umlage; +88 Prozent). Die Kraftstoffpreise erhöhten sich um 20 Prozent.

Auch die Nahrungsmittelpreise zogen merklich an (+15 Prozent). Besonders kräftig fiel der Preisanstieg bei Speisefetten und Speiseölen aus (+45 Prozent; darunter Sonnenblumenöl, Rapsöl oder Ähnliches: +111 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, stieg im Juli auf 3,4 Prozent. Im Juni lag sie bei +3,2 Prozent.

In fast allen zwölf Abteilungen war das Preisniveau höher als im Vorjahresmonat. Die stärksten Preissteigerungen verzeichneten Produkte aus dem Bereich „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" (+14 Prozent). Leicht rückläufig waren dagegen Waren und Dienstleistungen aus dem Bereich „Post und Telekommunikation" (–0,2 Prozent).

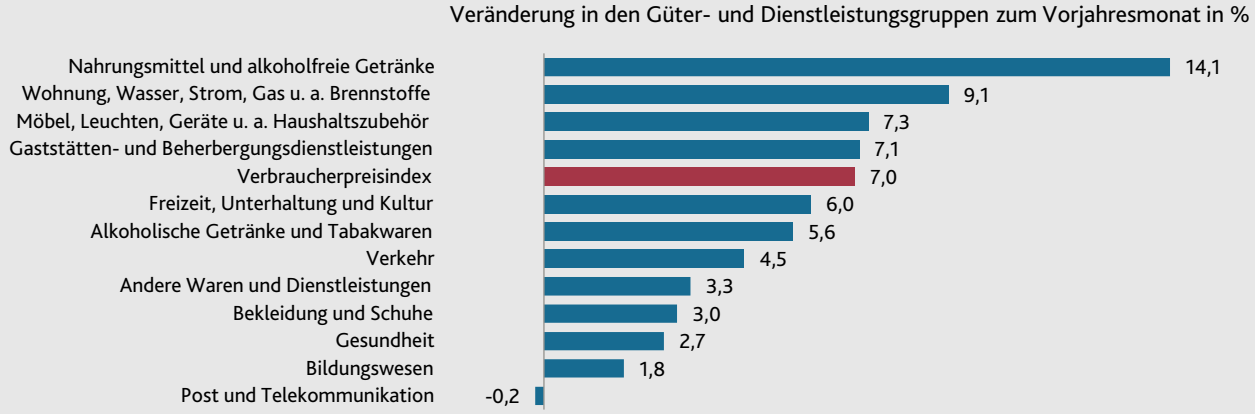
Im Juli 2022 lag der Verbraucherpreisindex 0,9 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Vor allem Waren und Dienstleistungen der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" wurden teurer (+3,9 Prozent). In drei der zwölf Abteilungen sanken die Preise binnen Monatsfrist: bei Bekleidung und Schuhen und in der Abteilung „Verkehr" (–2,1 bzw. –2 Prozent) sowie im Bereich „Post und Telekommunikation" (–0,1 Prozent).

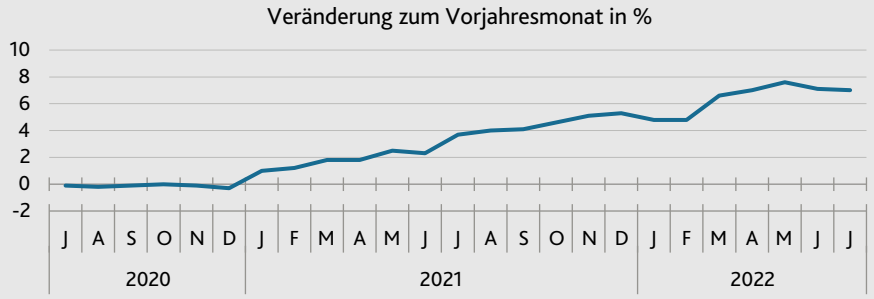
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juli 2022





Juli 2022

- Verbraucherpreisindex: +7,0%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:

Butter: +46,3%

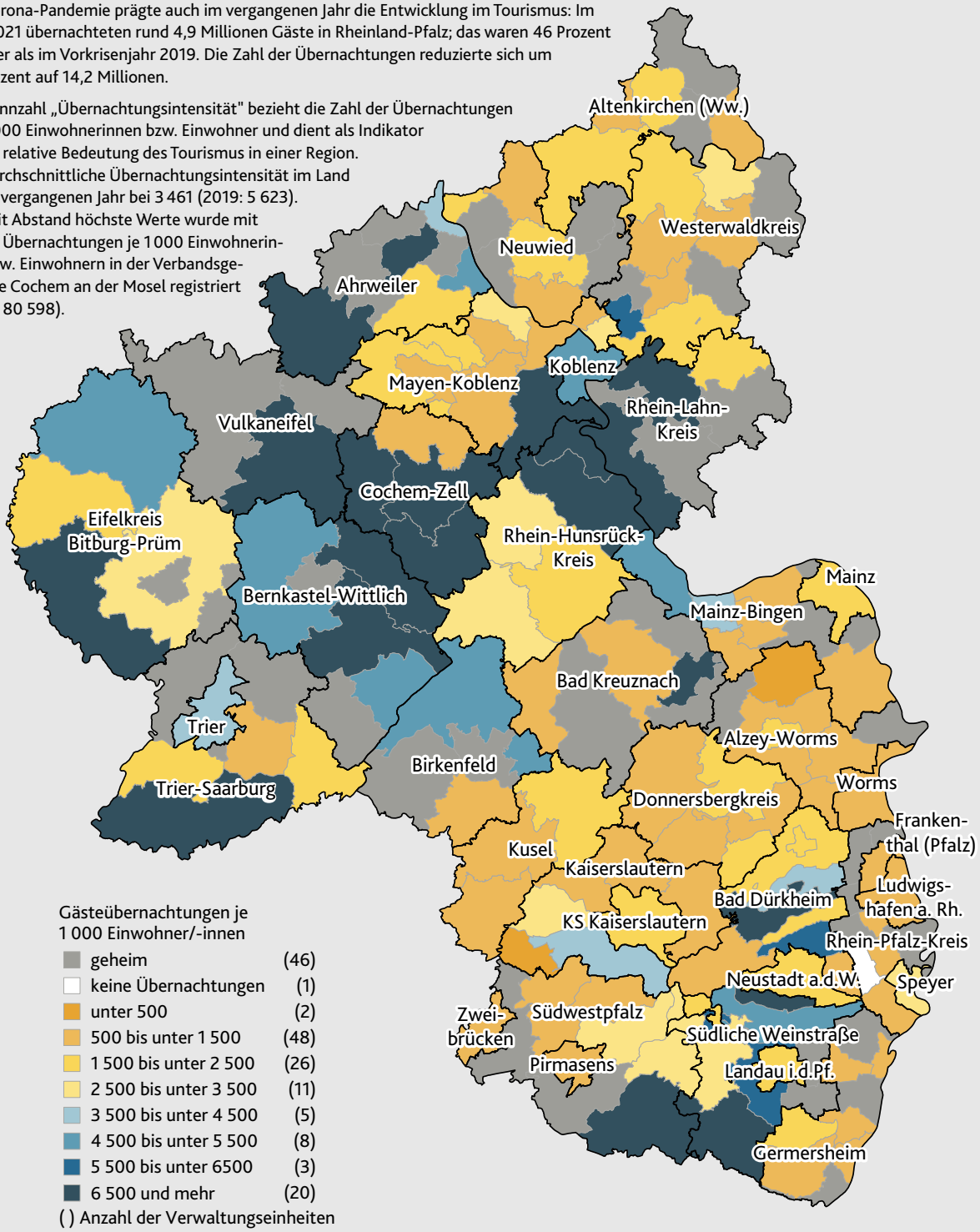
Kartoffeln: -2,8%

Übernachtungsintensität 2021

Corona-Pandemie führt zu erheblichen Einschnitten

Die Corona-Pandemie prägte auch im vergangenen Jahr die Entwicklung im Tourismus: Im Jahr 2021 übernachteten rund 4,9 Millionen Gäste in Rheinland-Pfalz; das waren 46 Prozent weniger als im Vorkrisenjahr 2019. Die Zahl der Übernachtungen reduzierte sich um 38 Prozent auf 14,2 Millionen.

Die Kennzahl „Übernachtungsintensität" bezieht die Zahl der Übernachtungen auf 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner und dient als Indikator für die relative Bedeutung des Tourismus in einer Region. Die durchschnittliche Übernachtungsintensität im Land lag im vergangenen Jahr bei 3 461 (2019: 5 623). Der mit Abstand höchste Werte wurde mit 51 142 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern in der Verbandsgemeinde Cochem an der Mosel registriert (2019: 80 598).



Gästeübernachtungen je 1 000 Einwohner/-innen

geheim	(46)
keine Übernachtungen	(1)
unter 500	(2)
500 bis unter 1 500	(48)
1 500 bis unter 2 500	(26)
2 500 bis unter 3 500	(11)
3 500 bis unter 4 500	(5)
4 500 bis unter 5 500	(8)
5 500 bis unter 6500	(3)
6 500 und mehr	(20)

( ) Anzahl der Verwaltungseinheiten
Landeswert: 3 461

Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung

Ergebnisse der Projektion auf Landesebene bis 2040

Von Thomas Kirschey

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat im Juni 2022 eine neue Bevölkerungsvorausberechnung vorgelegt. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Projektion auf der Landesebene bis 2040 beschrieben. Die Kommentierungen der Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise sowie für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erscheinen in den nächsten Ausgaben der Statistischen Monatshefte.

Entwicklungen bei Eintreffen bestimmter Annahmen aufzeigen

Der Zweck von Bevölkerungsvorausberechnungen besteht darin, auf der Grundlage heute verfügbarer Erkenntnisse zukünftige Entwicklungen der Bevölkerungszahl und -struktur aufzuzeigen und die Auswirkungen dieser Entwicklungen zu analysieren. Es geht nicht darum, die Bevölkerungszahl für ein bestimmtes Jahr exakt „vorauszusagen". Vielmehr sollen Entwicklungstendenzen dargelegt werden, die sich bei Eintreffen bestimmter Annahmen zu den Einflussgrößen Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo ergeben.

Eine Projektion und zwei Modellvarianten

Bei der sechsten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2020 wurden eine Projektion und zwei Modellvarianten zur zukünftigen Entwicklung gerechnet, die sich nur hinsichtlich des Wanderungsgeschehens unterscheiden. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Projektion für die planungsrelevante mittelfristige Entwicklung der Bevölkerung im Land bis 2040 vorgestellt. Die Grafiken in diesem Kapitel enthalten für Vergleichszwecke auch die Ergebnisse der Modellvarianten A und B (siehe Textkasten: Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung).

Berechnungen liegen kreisspezifische Ziffern zugrunde

Die Annahmen der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung beziehen sich auf Rheinland-Pfalz. In die Berechnungen gehen aber kreisspezifische Fruchtbarkeits-, Sterbe- bzw. Wanderungsziffern ein (siehe Textkasten: Methodik der Bevölkerungsvorausberechnung).

Bevölkerungsanstieg bis 2037

Projektion: Bevölkerungszahl steigt bis 2040 um 1,7 Prozent

Unter den Annahmen der Projektion ist bis 2040 mit einem Anstieg der Bevölkerungszahl von 4,098 Millionen auf 4,168 Millionen Menschen zu rechnen (+1,7 Prozent). Der Zuwachs um rund 69 600 Personen in den nächsten beiden Dekaden bedeutet eine durchschnittliche Zunahme von jährlich etwa 3 500 Personen bzw. 0,08 Prozent.

Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung

Bei der sechsten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2020 wurden eine Projektion und zwei Modellvarianten zur künftigen Entwicklung gerechnet.

Modellannahmen bis 2040 (bezogen auf Rheinland-Pfalz):

- Die Geburtenrate steigt in der Projektion und in den beiden Modellvarianten von 1,57 Kindern je Frau (2020) bis 2025 auf 1,6 Kinder je Frau und bleibt danach konstant.
- Die Lebenserwartung nimmt in der Projektion und in den beiden Modellvarianten – im Vergleich zur aktuellen Sterbetafel 2018/20 – mittelfristig bei Frauen von 83,2 auf 84,9 Jahre und bei Männern von 78,8 auf 81,7 Jahre zu.

Zum zukünftigen landesweiten Wanderungsgeschehen werden unterschiedliche Annahmen getroffen:

- **Projektion:** Ausgehend von etwa 17 300 Personen im Jahr 2020 steigt der jährliche Wanderungsüberschuss bis 2025 auf 20 000 Personen und verbleibt bis 2030 auf diesem Niveau. Danach sinkt der jährliche Wanderungsgewinn auf den Durchschnitt der Jahre 1951 bis 2020 von 15 000 Personen.
- **Modellvariante A:** Der jährliche Wanderungsüberschuss reduziert sich bis 2025 auf null. Ab 2025 wird eine ausgeglichene Wanderungsbilanz unterstellt.
- **Modellvariante B:** Der künftige Verlauf des Wanderungssaldos wurde so gewählt, dass sich über den gesamten Vorausberechnungszeitraum eine in etwa konstante Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ergibt.

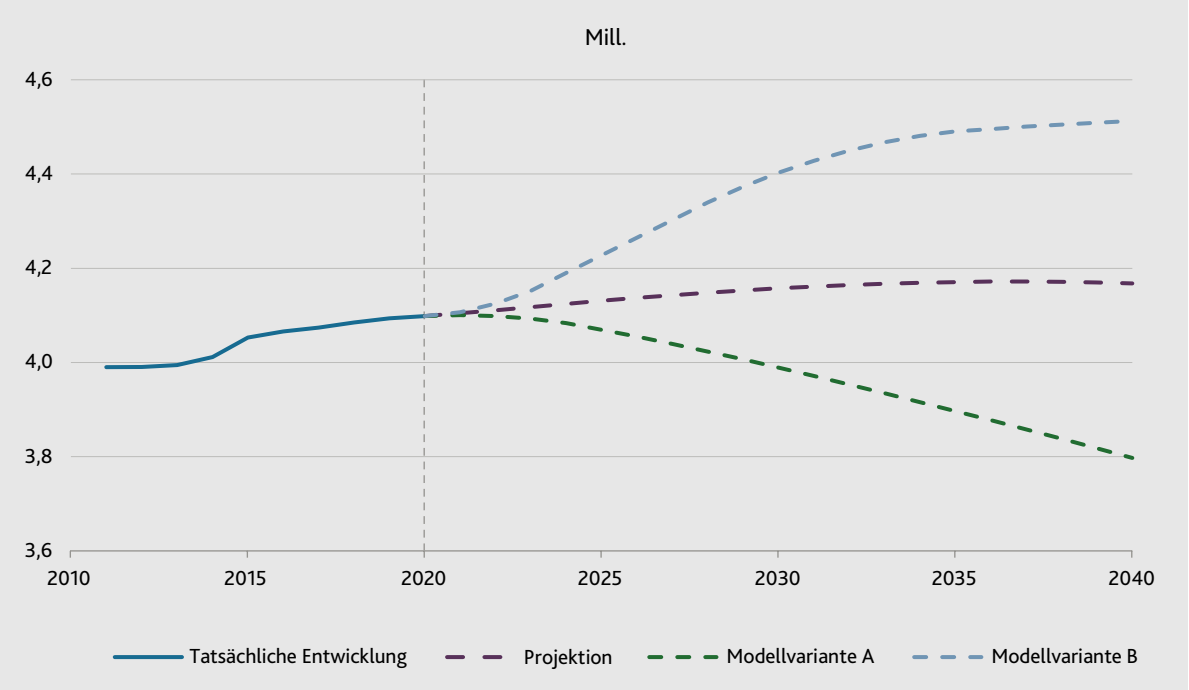
Die Ergebnisse der beiden Modellvarianten sind nicht auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise verfügbar. Es handelt sich um zwei Referenzvarianten zur Projektion, die nur für die Landesebene konzipiert wurden.

Zusätzliche Annahme zum regionalen Wanderungsgeschehen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise: Den Berechnungen liegt der „Ceteris-paribus-Ansatz" zugrunde. Das bedeutet, dass für die kreis-, alters- und geschlechtsspezifischen Fortzugsziffern das arithmetische Mittel über den Stützzeitraum von 2011 bis 2020 berechnet wird. Dabei sind die Jahre 2015 und 2016, die durch ein extremes Außen- und Binnenwanderungsgeschehen gekennzeichnet waren, nicht berücksichtigt worden.

Bevölkerungszahl steigt bis 2031 überdurchschnittlich; Bevölkerungsrückgang ab 2038

Diese Entwicklung vollzieht sich allerdings nicht kontinuierlich. Nachdem bereits seit 2012 Bevölkerungszuwächse zu beobachten waren, führen die gewählten Modellannahmen in den Jahren von 2021 bis 2037 zu einem Anstieg der Bevölkerungszahl auf den höchsten Stand von etwa 4,172 Millionen Menschen. Die jährlichen Zuwachsraten erreichen von 2022 bis 2025 ihr Maximum von 0,16 Prozent und gehen anschließend bis 2037 kontinu-

G1 Bevölkerung 2011–2040



ierlich zurück. Ab 2032 verläuft der jährliche Anstieg unterdurchschnittlich. Ab 2038 ist ein leichter Bevölkerungsrückgang zu erwarten. Die jährlichen Abnahmeraten bis 2040 werden zwischen 0,01 und 0,05 Prozent liegen.

Nettozuwanderung übertrifft bis 2037 das Geburtendefizit

Diese Entwicklung ist auf den künftigen Verlauf der Komponenten der Bevölkerungsbewegung zurückzuführen. Dies lässt sich anhand der Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen) sowie der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Differenz zwischen Zuzügen und Fortzügen über die Landesgrenze) verdeutlichen: Das seit 1972 fast durchgängig bestehende Geburtendefizit wurde von 2013 bis 2020 von starken Wanderungsüberschüssen übertroffen. Aufgrund der in der Projektion getroffenen Annahmen wird dies bis 2037 so bleiben. Danach reicht die Nettozuwanderung nicht mehr aus, um das Geburtendefizit zu kompensieren.

Natürliches Defizit verstärkt sich

Mittelfristig sinkt die Zahl der Geborenen von etwa 37 600 im Jahr 2020 um rund sieben Prozent auf knapp 35 000 Kinder im Jahr 2040. Ursächlich hierfür ist – trotz der bis 2025 von 1,57 auf 1,6 Kinder je Frau leicht steigenden Geburtenrate – die rückläufige Zahl an potenziellen Müttern: Die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis 45 Jahren geht von 681 300 im Jahr 2020 auf etwa 665 300 Frauen im Jahr 2040 zurück (–16 000 bzw. –2,4 Prozent). Andererseits hat das Vorrücken stärker besetzter Jahrgänge in ein höheres Lebensalter einen Anstieg der jährlichen Sterbefälle von 49 200 im Jahr 2020 auf rund 52 000 im Jahr 2040 zur Folge (+5,8 Prozent). Dieser „Schereneffekt" bewirkt, dass das natürliche Defizit in der Projektion bereits bis 2040 von derzeit 11 500 auf dann knapp 17 100 steigen wird (+48 Prozent).

Methodik der Bevölkerungsvorausberechnung

Die sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung basiert auf den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2020. Deshalb wird das Jahr 2020 als „Basisjahr" und die Bevölkerung dieses Jahres als „Basisbevölkerung" bezeichnet. Die bei der Vorausberechnung angewandte Methode der geburtsjahrgangsweisen Fortschreibung der Bevölkerung in die Zukunft erfordert eine nach Geschlecht und einzelnen Geburtsjahrgängen untergliederte Basisbevölkerung. Da es das Ziel ist, mit der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung auch Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise bereitzustellen, müssen alle Angaben in entsprechender regionaler Gliederungstiefe in das Modell eingehen. Gerechnet wird auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise unter Verwendung von kreis- und altersspezifischen Fruchtbarkeits-, Sterbe- sowie Wanderungsziffern. Bei der Berechnung der Sterbefälle und der Wanderungen ist zudem eine Differenzierung der Ziffern nach dem Geschlecht erforderlich.

Zunächst werden die Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung für das erste Vorausberechnungsjahr ermittelt. Die Basisbevölkerung wird um die Zahl der berechneten Sterbefälle vermindert. Die überlebenden Personen rücken anschließend in das nächste Altersjahr vor. Die berechneten Lebendgeborenen bilden die neue Altersgruppe der unter Einjährigen des ersten Vorausberechnungsjahres.

Daran schließt sich die Berechnung der Komponenten der räumlichen Bevölkerungsbewegung an. Wegen des relativ stabilen Zusammenhangs zwischen der Bevölkerungszahl und den Fortzügen werden für die kreisfreien Städte und Landkreise zunächst die fortziehenden Personen vorausberechnet und ihren Zielgebieten zugeordnet. Bei den Zielgebieten wird zwischen den Fortzügen innerhalb von Rheinland-Pfalz (Binnenwanderung) und den Fortzügen über die Landesgrenze (Außenwanderung) unterschieden. Dabei werden die Fortzüge über die Landesgrenze zusätzlich differenziert nach Fortzügen in das übrige Bundesgebiet und Fortzügen in das Ausland.

Die Fortzüge in eine kreisfreie Stadt oder einen Landkreis innerhalb des Landes führen dort zu den entsprechenden Binnenzuzügen. Die Fortzüge über die Landesgrenze bilden die Grundlage für die Ermittlung der Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze: Der durch die Modellannahmen vorgegebene Wanderungssaldo wird zu der Gesamtzahl der Fortzüge über die Landesgrenze hinzuaddiert; daraus ergibt sich die erforderliche Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze. Diese werden, differenziert nach ihrem Herkunftsgebiet, auf die kreisfreien Städte und Landkreise verteilt.

Dieser Prozess wiederholt sich über den gesamten Berechnungszeitraum bis zum Jahr 2070 und erzeugt für jede kreisfreie Stadt und jeden Landkreis für jedes Jahr einen neuen Bevölkerungsbestand. Die Aufsummierung der regionalen Ergebnisse führt zum Landeswert.

Projektion: langfristig jährlicher Wanderungsüberschuss von 15 000 Personen

Neben den natürlichen Bewegungskomponenten beeinflusst das Wanderungsgeschehen die Bevölkerungszahl. Der künftige Wanderungssaldo ist durch die Annahmensetzung festgelegt. In der Projektion wird sich der Wanderungsüberschuss über die Landesgrenze – ausgehend von 17 300 Personen im Jahr 2020 – bis 2025 auf jährlich 20 000 Personen erhöhen und bis 2030 auf diesem Niveau bleiben. Danach sinkt der jährliche Wanderungsgewinn bis 2040 auf den langjährigen Durchschnitt von 15 000 Personen. In Verbindung mit dem wachsenden Geburtendefizit ergibt sich daraus die beschriebene Entwicklung der Bevölkerungszahl: Bis 2037 gibt es Bevölkerungszuwächse, allerdings ab 2026 mit abnehmender Tendenz. Danach kommt es zu einem leichten Bevölkerungsrückgang, weil dann der Wanderungsüberschuss das Geburtendefizit nicht mehr ausgleichen kann.

Alterung der Gesellschaft verstärkt sich

Untersuchung anhand der drei Hauptaltersgruppen

Trotz des projizierten Bevölkerungsanstiegs verstärkt sich in den kommenden Jahren die Alterung der Gesellschaft. Die Altersstruktur verschiebt sich zugunsten der älteren und zulasten der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Dies soll in erster Linie anhand der drei Hauptaltersgruppen (unter 20 Jahre, 20 bis 65 Jahre, 65 Jahre und älter) dargestellt werden. Diese Abgrenzung wurde gewählt, weil aktuell und auch in der Zukunft die unter 20-Jährigen in der Regel noch nicht, die über 65-Jährigen dagegen größtenteils nicht mehr erwerbstätig sind.

Zahl der unter 20-Jährigen erhöht sich mittelfristig

Die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen war in den Jahren von 2000

T1 Bevölkerung 2020–2040 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	2020	2025	2030	2035	2040
			Anzahl		
Unter 20	749 650	770 415	787 415	789 428	775 227
20 – 65	2 436 380	2 367 746	2 277 237	2 221 308	2 228 651
65 und älter	912 361	992 636	1 092 648	1 159 980	1 164 145
Insgesamt	4 098 391	4 130 797	4 157 300	4 170 716	4 168 023
			Anteil in %		
Unter 20	18,3	18,7	18,9	18,9	18,6
20 – 65	59,4	57,3	54,8	53,3	53,5
65 und älter	22,3	24,0	26,3	27,8	27,9
Insgesamt	100	100	100	100	100
			Messzahl: 2020=100		
Unter 20	100	102,8	105,0	105,3	103,4
20 – 65	100	97,2	93,5	91,2	91,5
65 und älter	100	108,8	119,8	127,1	127,6
Insgesamt	100	100,8	101,4	101,8	101,7

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate steigt bis 2025 von 1,57 auf 1,6 Kinder je Frau, danach bis 2040 konstant. Lebenserwartung steigt bis 2040 für Frauen von 83,2 auf 84,9 Jahre und für Männer von 78,8 auf 81,7 Jahre. Wanderungssaldo steigt bis 2025 von +17 300 Personen in der Projektion auf +20 000 Personen; von 2030 bis 2040 Rückgang auf +15 000 Personen.

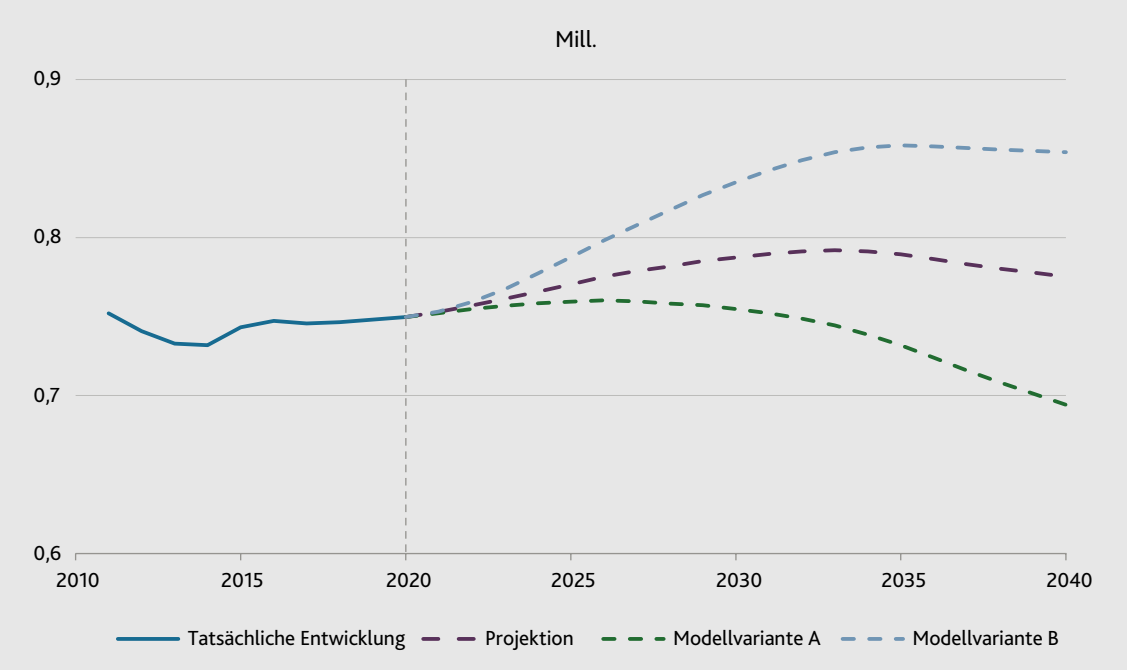
Projektion: Zahl der unter 20-Jährigen steigt bis 2040 um 3,4 Prozent

bis 2014 rückläufig. Seither ist ihre Zahl – insbesondere wegen der hohen Zuwanderung – bis 2020 von 731 900 auf 749 700 gestiegen (+17 800 bzw. +2,4 Prozent). Nach den Ergebnissen der Projektion wird sich die Zahl der unter 20-Jährigen bis 2040 um weitere 25 600 auf 775 200 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhöhen. Dieser Anstieg um 3,4 Prozent über einen Zeitraum von 20 Jahren entspricht einem jährlichen durchschnittlichen Zuwachs um etwa 1300 Personen bzw. 0,17 Prozent. Allerdings stellt sich der Verlauf nicht kontinuierlich dar. In den Vorausberechnungsjahren 2022 bis 2024 kommt es zu Anstiegen von mehr als 0,5 Prozent. In den Jahren 2025 und 2026 sind die höchsten Zuwachsraten von 0,62 Prozent zu erwarten. Anschließend ist bis 2033 mit geringeren Anstiegen der Altersgruppenbesetzung zu rechnen. Danach kehrt sich die Entwicklung um. Die Zahl der unter 20-Jährigen verringert sich mit zunächst größer werdenden Abnahmeraten. Der höchste Rückgang ist für 2037 mit 0,41 Prozent vorausberechnet. Bis 2040 schwächt sich die Entwicklung wieder leicht ab (–0,33 Prozent). Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich 2040 – wenn die Geborenen des Basisjahres 2020 ihren 20. Geburtstag feiern – nur noch Personen in dieser Altersgruppe befinden, die im Rahmen der Bevölkerungsvorausberechnung projiziert wurden.

Lebendgeborene und Besetzungszahl der ausscheidenden Geburtsjahrgänge bestimmt Entwicklung der Altersgruppe

Zur Erklärung dieser Entwicklung müssen zunächst die Besetzungszahlen des in die Altersgruppe der unter 20-Jährigen „nachrückenden" Jahrgangs denen des „ausscheidenden" Jahrgangs gegenüberstellt werden. Dabei handelt es sich zum einen um die Lebendgeborenen des Jahres, also im ersten Vorausberechnungsjahr den Geburtsjahrgang 2021, und zum anderen um die 20-Jährigen; das ist im ersten Vorausberechnungsjahr der Geburtsjahrgang 2001. Unter den gewählten Modellannahmen sind in der Projektion in den Jahren 2021 bis 2035 die

G2 Bevölkerung im Alter von unter 20 Jahren 2011–2040



nachrückenden Jahrgänge quantitativ stärker besetzt als die ausscheidenden Jahrgänge. Ab 2036 werden die ausscheidenden Jahrgänge von 2016 bis 2020 deutlich über denen der nachrückenden Jahrgänge liegen. Einerseits waren die Geburtenzahlen in diesem Zeitraum – nicht zuletzt aufgrund der hohen Zuwanderung von 2015 bis 2019 – mit mehr als 37 000 Geborenen vergleichsweise hoch. Andererseits sinkt künftig die Zahl der Geborenen durch die rückläufige Zahl an potenziellen Müttern bis 2040 kontinuierlich. Die Zahl der Sterbefälle kann wegen des geringen Sterberisikos in dieser Altersgruppe vernachlässigt werden. Seit 2010 beträgt der Anteil der unter 20-jährigen Gestorbenen an allen Sterbefällen nur etwa 0,5 Prozent.

Zuwanderung verstärkt bis 2025 natürliche Bevölkerungsentwicklung

Vom gesamten Wanderungsüberschuss der letzten Dekade entfielen rund 39 Prozent auf die unter 20-Jährigen. Die beschriebene natürliche Entwicklung der Altersgruppenbesetzung wird bis 2025 durch das Wanderungsgeschehen verstärkt. Es kommt zu einer vorübergehenden deutlicheren Erhöhung der Zahl der unter 20-Jährigen. Danach kehrt sich der Effekt der räumlichen Bevölkerungsentwicklung um. Die Besetzungszahl der Altersgruppe steigt nicht mehr so stark, wie es die Differenz der Geburtsjahrgänge erwarten lässt. Ab 2036 kommt es dann zu dem beschriebenen Rückgang der Zahl der unter 20-Jährigen.

Zahl der 20- bis 65-Jährigen geht deutlich zurück

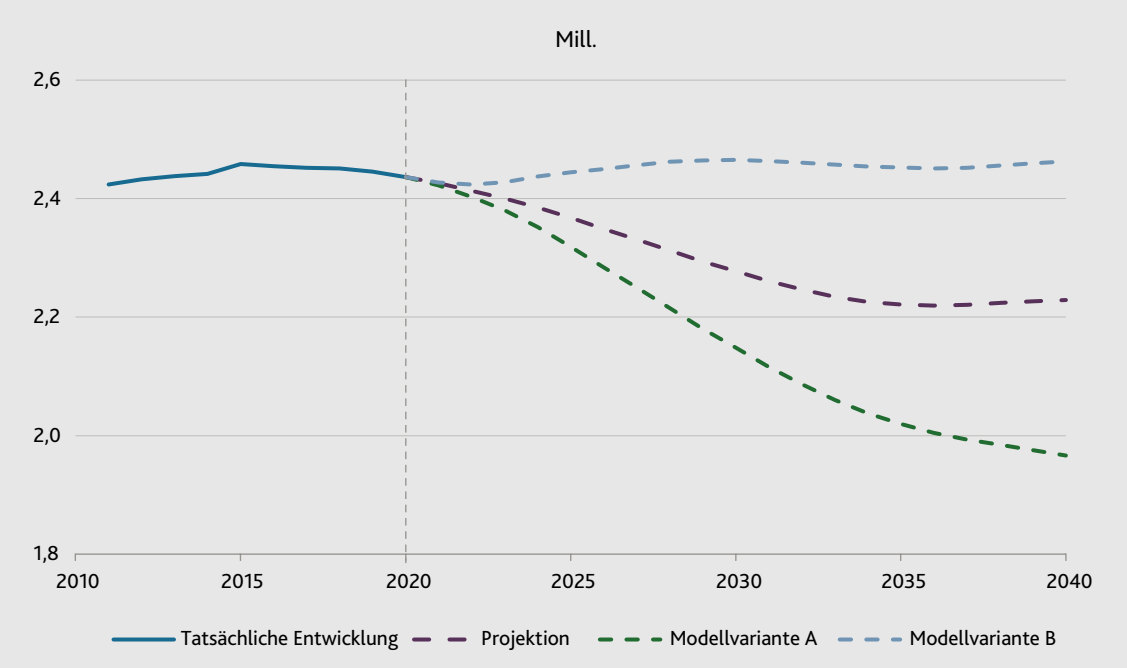
Projektion: Zahl der 20- bis 65-Jährigen geht bis 2040 um 8,5 Prozent zurück

Die Altersgruppe der Menschen im erwerbsfähigen Alter wird mittelfristig quantitativ kleiner. Unter den Annahmen der Projektion ist bis 2040 mit einer Verringerung der Bevölkerung im Alter von 20 bis 65 Jahren um 8,5 Prozent zu rechnen; die Zahl der potenziell Erwerbsfähigen würde damit von 2,44 auf 2,23 Millionen Menschen sinken. Der Rückgang um 208 000 Personen in den nächsten 20 Jahren bedeutet rein rechnerisch eine durchschnittliche jährliche Abnahme um rund 10 400 Personen bzw. 0,44 Prozent. Der tatsächliche Verlauf wird sich allerdings anders darstellen. Im Jahr 2021 sinkt die Besetzungszahl in dieser Altersgruppe zunächst leicht unterdurchschnittlich (–0,42 Prozent). Danach entwickeln sich die jährlichen Abnahmeraten bis 2033 überdurchschnittlich. In den Jahren von 2026 bis 2029 werden sich die relativen jährlichen Rückgänge auf etwa 0,8 Prozent belaufen, mit einem Maximum von 0,82 Prozent im Jahr 2029. Das entspricht einem absoluten Rückgang von 17 800 bis 19 000 Menschen pro Jahr. Die höchste absolute Abnahme ist für das Jahr 2026 zu erwarten. Nach 2029 schwächt sich der Rückgang wieder ab, die jährlichen Abnahmeraten bleiben aber zunächst überdurchschnittlich. Im Jahr 2036 wird die Altersgruppenbesetzung mit 2,22 Millionen Menschen voraussichtlich ihren Tiefststand erreichen. Danach steigt sie im Vorjahresvergleich sogar wieder leicht an.

Besetzungszahl der Geburtsjahrgänge bestimmt Entwicklung der Altersgruppe

Die Ursache dieses Verlaufs liegt mittelfristig vor allem in der tatsächlichen Altersstruktur der Bevölkerung. Bereits vom ersten Vorausberechnungsjahr an geht die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zurück, da der 2021 in die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen nachrückende Geburtsjahrgang 2001 im Basisjahr zahlenmäßig deutlich schwächer besetzt war als der in die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren ausscheidende Geburtsjahrgang 1956. Diese Relation gilt auch in den Folgejahren – insbesondere für die Zeit bis 2032 – wenn die geburtenstarken Jahrgänge 1956 bis 1967 aus der Altersgruppe ausscheiden. Nach dem Jahr 2033

G3 Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren 2011–2040



schwächt sich der Rückgang der 20- bis 65-Jährigen deutlich ab. Ab 2038 kehrt sich die Entwicklung um. Dann sind die ausscheidenden Geburtsjahrgänge 1973 bis 1975 schwächer besetzt als die nachrückenden Geburtsjahrgänge 2018 bis 2020.

Sterbefälle verringern die Altersgruppenbesetzung zusätzlich

Der Anteil der 20- bis 65-jährigen Gestorbenen an allen Sterbefällen betrug im Durchschnitt der letzten zehn Jahre etwa 14 Prozent. Tendenziell wird dieser Anteil bereits mittelfristig auf unter zehn Prozent zurückgehen, weil dann sukzessive die geburtenstarken Jahrgänge in die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren vorrücken. Die Zahl der Sterbefälle führt bis 2040 zusätzlich zu einer jährlichen Verringerung der Altersgruppe um durchschnittlich 5 800 Personen. Über den gesamten Zeitraum wird die Zahl der Sterbefälle allerdings kontinuierlich von etwa 6 900 Personen im ersten Vorausberechnungsjahr auf rund 4 700 Personen im Jahr 2040 zurückgehen.

Zuwanderung schwächt natürliche Bevölkerungsentwicklung ab

Diese – allein aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung abgeleitete – theoretische Entwicklung der Zahl der Erwerbsfähigen wird auch in der Zukunft durch die hohen Nettozuzüge abgeschwächt. Vom gesamten Wanderungsüberschuss über die Landesgrenze waren in den Jahren 2011 bis 2020 durchschnittlich 60 Prozent im Alter von 20 bis 65 Jahren. Zudem erhöht die heutige Zuwanderung von unter 20-Jährigen künftig ebenfalls die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter.

Kräftiger Anstieg bei den 65-Jährigen und Älteren

Projektion: Zahl der 65-Jährigen und Älteren nimmt bis 2040 um 28 Prozent zu

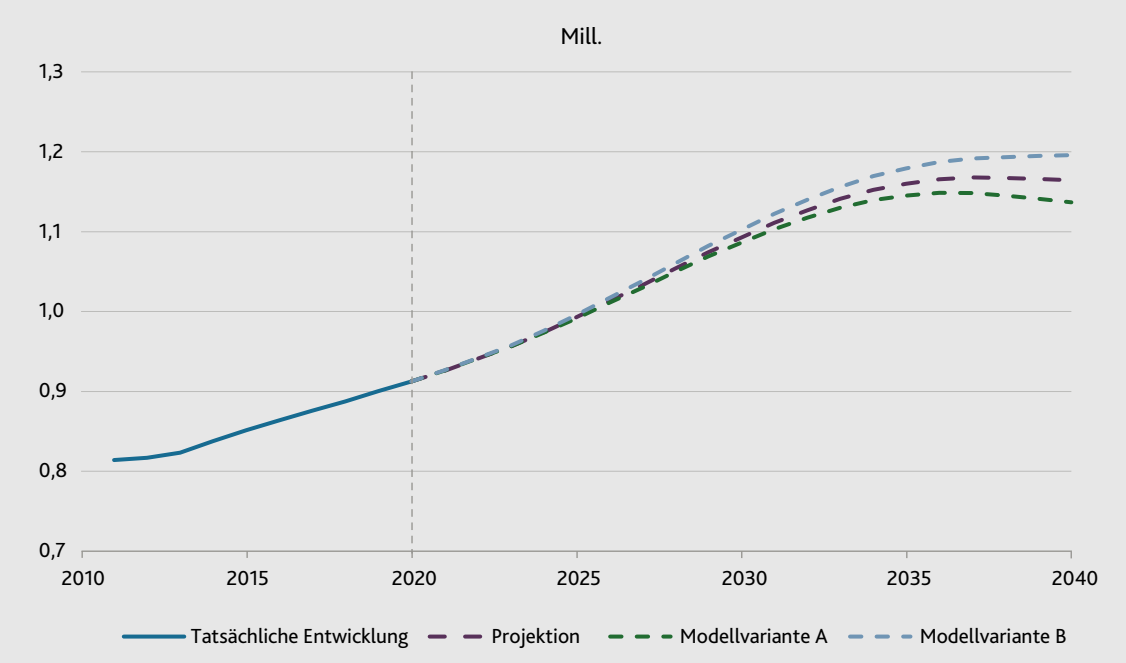
Die deutlichste Veränderung der quantitativen Besetzung der Hauptaltersgruppen zeigt sich bei den 65-jährigen und älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Aufgrund der gewählten Modellannahmen ist in der Projektion bis 2040 mit einer Zunahme der in der Regel nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung von 912 400 auf

1,16 Millionen Personen zu rechnen. Dies entspricht einem Anstieg um 251 800 Personen bzw. 28 Prozent. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Erhöhung um 12 600 Personen bzw. 1,23 Prozent verläuft die Entwicklung in dieser Altersgruppe bis 2033 überdurchschnittlich. Die Steigerungsraten betragen anfänglich etwa 1,4 bis 1,6 Prozent. In den Jahren 2025 bis 2029 sind dann jährliche Steigerungsraten von etwa zwei Prozent zu erwarten. Absolut betrachtet wächst die Altersgruppe in dieser Zeit um 19 000 bis 20 800 Personen im Jahr. Danach gehen die jährlichen Steigerungsraten bis 2037 deutlich zurück. In den Jahren 2038 bis 2040 ist im Vorjahresvergleich sogar ein geringfügiger Rückgang von rund 0,1 Prozent zu erwarten. Die Zahl der Seniorinnen und Senioren würde 2040 um 1 600 Personen abnehmen.

Eine Ursache der künftigen Besetzung dieser Altersgruppe liegt in der aktuellen Altersstruktur der Bevölkerung. Zusätzlich ist hier aber auch die Zahl der Sterbefälle der 65-Jährigen und Älteren zu berücksichtigen. In den Jahren 2011 bis 2020 entfielen knapp 86 Prozent der Gestorbenen auf die Bevölkerung in dieser Altersgruppe. Dies wird unter den Annahmen der Modellrechnungen auch in den nächsten Jahren so bleiben. Für das erste Vorausberechnungsjahr sind etwa 49 100 Gestorbene zu erwarten; davon stammen etwa 42 000 aus dieser Altersgruppe. Die Zahl der 2021 neu in die obere Altersgruppe aufrückenden Menschen des Geburtsjahrgangs 1956 ist mit rund 56 000 deutlich höher. In den Folgejahren beschleunigt sich der Anstieg der Altersgruppenbesetzung, weil sukzessive weitere geburtenstarke Jahrgänge in die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren vorrücken. Ab dem Jahr 2030 schwächt sich der Anstieg wieder deutlich ab. Zum einen werden die nachrückenden Altersjahrgänge kontinuierlich kleiner, zum anderen entfallen dann

Aktuelle Altersstruktur und Sterbefälle bestimmen Entwicklung der Altersgruppe

G4 Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter 2011–2040



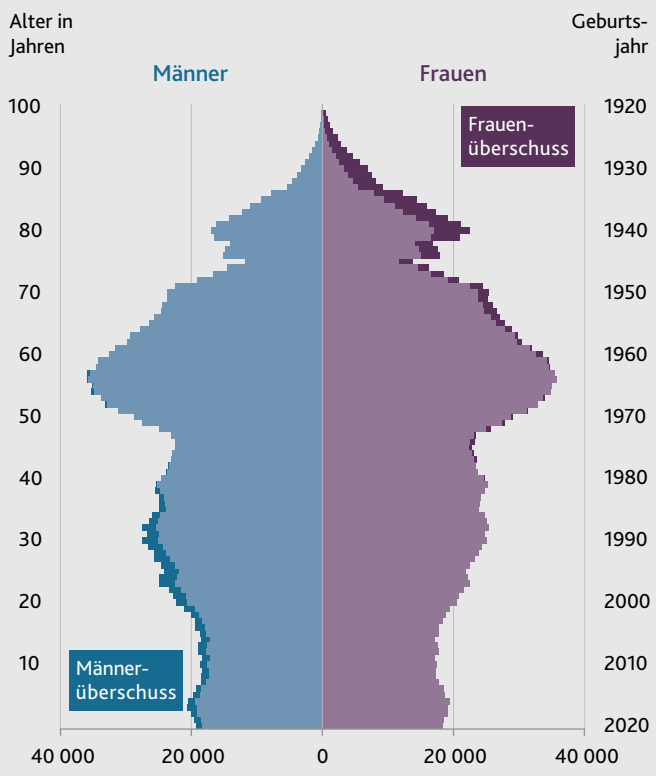
auf die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren mehr als 90 Prozent der Sterbefälle. Die leichte Abnahme der Altersgruppenbesetzung zum Ende der mittleren Frist resultiert in erster Linie aus den quantitativ schwächeren Jahrgängen, die Mitte der 1970er-Jahre geboren wurden. Deren Zahl stehen um 2040 rund 47 000 Gestorbene dieser Altersgruppe gegenüber. Obwohl der Wanderungssaldo über die Landesgrenze in der vergangenen Dekade bei der älteren Bevölkerung nahezu ausgeglichen war, wirkt sich mittelfristig das Wanderungsgeschehen der ersten Vorausberechnungsjahre indirekt dadurch aus, dass die in diesem Zeitraum zugewanderten Personen zwischenzeitlich teilweise in die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren vorgerückt sind.

Demografische Alterung verstärkt sich bis 2040

Bevölkerungspyramiden veranschaulichen Altersstruktur

Ein optischer Eindruck des künftigen gesellschaftlichen Alterungsprozesses – der demografischen Alterung – lässt sich durch die Gegenüberstellung von Bevölkerungspyramiden gewinnen. Bevölkerungspyramiden zeigen den Altersaufbau einer Bevölkerung, getrennt nach Männern und Frauen. Die aktuelle Pyramide basiert auf den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung am 31. Dezember 2020, die zukünftige auf den Ergebnissen der Projektion für 2040. In beiden Pyramiden sind die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre noch sehr deutlich erkennbar. Diese Jahrgänge sowie die geburtenschwachen Jahrgänge Mitte der 1970er-Jahre prägen die künftige

G5 Aufbau der Bevölkerung 2020 nach Alter und Geschlecht



Entwicklung der Altersgruppen der 20- bis 65-Jährigen sowie im weiteren Verlauf der 65-Jährigen und Älteren. Am Fuß der Bevölkerungspyramide 2020 fallen die relativ hohen Geburtenzahlen ab 2016 auf. Ähnlich markante und deutlich identifizierbare Altersjahrgänge kann es künftig im Rechenmodell aufgrund der gewählten Annahmen, die zu einer Verstetigung der Entwicklung führen, nicht mehr geben. In der Realität ist allerdings auch für die Zukunft zu erwarten, dass die Bevölkerungspyramiden nicht so stetig aussehen, wie dies bei den nach 2020 Geborenen in der Bevölkerungspyramide 2040 zu erkennen ist, sondern ebenfalls durch derzeit nicht absehbare singuläre Ereignisse geprägt sein werden.

Anteil der 20- bis 65-Jährigen sinkt von heute 59 Prozent ...

Besonders deutlich werden die künftigen Veränderungen im Altersaufbau, wenn die jeweiligen Anteile der Hauptaltersgruppen an der Bevölkerung miteinander verglichen werden. Im Basisjahr der Modellrechnungen gab es in Rheinland-Pfalz folgende Konstellation: Von 100 Personen waren 18 jünger als 20 Jahre, und 22 waren 65 Jahre und älter. Die übrigen 59 Personen standen dementsprechend im Alter von 20 bis 65 Jahren.

... bis 2040 auf 53 Prozent

Dies wird sich bereits in den nächsten Jahren ändern. Sofern die Annahmen der Projektion zutreffen, steigt der Anteil der unter 20-Jährigen bis 2040 um 0,3 Prozentpunkte auf knapp 19 Prozent. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren nimmt im gleichen Zeitraum um 5,9 Prozentpunkte auf 53 Prozent ab. Dagegen steigt der Anteil der 65-Jährigen und Älteren um 5,6 Prozentpunkte auf 28 Prozent.

Die „Lasten", die sich für die Gesellschaft aus diesen altersstrukturellen Entwicklungen ergeben, lassen sich mit Hilfe von Quotienten veranschaulichen.

Jugendquotient erhöht sich mittelfristig von 31 auf 35

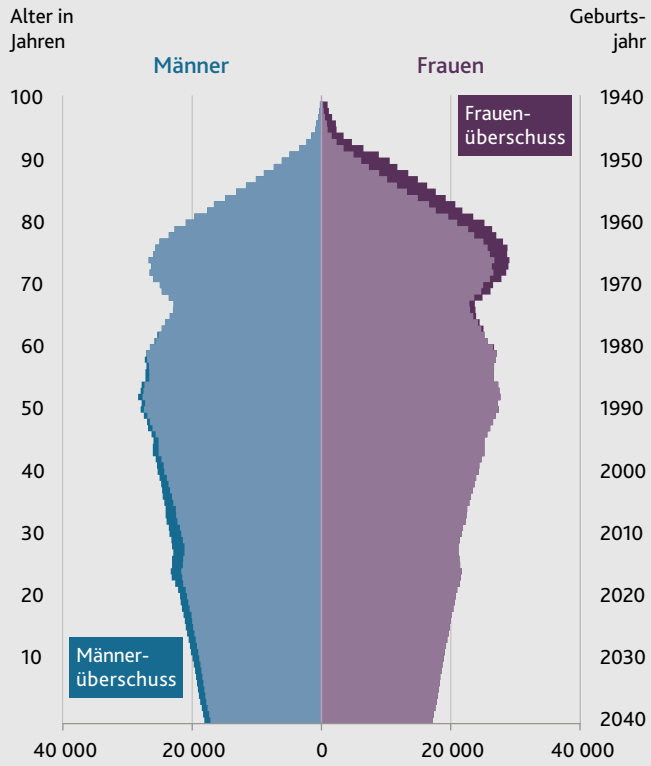
Der Jugendquotient bezieht die Zahl der unter 20-Jährigen auf die Zahl der 20- bis 65-Jährigen. Dieser Quotient gibt also an, wie viele (in der Regel) noch nicht Erwerbstätige auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen. Ausgehend von einem Wert von 31 im Jahr 2020 steigt der Jugendquotient in der Projektion bis 2040 um vier Punkte auf einen Wert von 35. Diese Entwicklung wird allerdings nur zum Teil durch die steigende Zahl junger Menschen verursacht, sondern vor allem durch die stärker sinkende Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter bewirkt:

T2 Altersstruktur der Bevölkerung, Jugend-, Alten- und Gesamtquotient[1] sowie Medianalter 2020–2040

Jahr[2]	Bevölkerung				JQ_{20-65}	AQ_{20-65}	GQ_{20-65}	Medianalter[3]
	Insgesamt	Alter in Jahren						
		unter 20	20 – 65	65 und älter				
	Anzahl	Anteil in %						Jahre
2020	4 098 391	18,3	59,4	22,3	30,8	37,4	68,2	46
2025	4 130 797	18,7	57,3	24,0	32,5	41,9	74,5	46
2030	4 157 300	18,9	54,8	26,3	34,6	48,0	82,6	46
2035	4 170 716	18,9	53,3	27,8	35,5	52,2	87,8	47
2040	4 168 023	18,6	53,5	27,9	34,8	52,2	87,0	47

1 Unter 20-Jährige bzw. 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahre. – 2 Für 2020: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung Zensus 2011, ab 2025: Ergebnisse der Modellrechnungen (Projektion). – 3 Das Medianalter teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen: 50 Prozent sind jünger, 50 Prozent sind älter.

G6 Aufbau der Bevölkerung 2040 nach Alter und Geschlecht



Die Zahl der unter 20-Jährigen im Land wird mittelfristig um 3,4 Prozent steigen. Die Bevölkerung im Alter von 20 bis 65 Jahren wird sich hingegen bis 2040 um 8,5 Prozent verringern.

Altenquotient steigt mittelfristig von 37 auf 52

Der Altenquotient bezieht die Zahl der 65-Jährigen und Älteren, die in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, auf die Zahl der 20- bis 65-Jährigen. Der Altenquotient lag 2020 bei einem Wert von 37. Bereits 2007 übertraf er erstmals seit der Gründung des Landes den Jugendquotienten. Nach den Ergebnissen der Projektion wird dies auch in der Zukunft – mit stetig wachsendem Abstand – so bleiben. Aufgrund der Entwicklung der Hauptaltersgruppen steigt der Altenquotient bis 2040 bereits um 15 Punkte auf etwa 52. Einerseits sinkt die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter von 2020 bis 2040 um 8,5 Prozent; andererseits steigt die Zahl der über 65-Jährigen in diesem Zeitraum um 28 Prozent.

Gesamtquotient steigt mittelfristig von 68 auf 87

Einen interessanten Aspekt legt zusätzlich die Betrachtung des Gesamtquotienten offen. Dieser Quotient gibt an, wie viele in der Regel Nichterwerbstätige auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen. Da es sich beim Gesamtquotienten um die Summe des Jugend- und des Altenquotienten handelt, erklärt sich die künftige Entwicklung aus deren jeweiligen Verläufen. Ausgehend von einem Wert von 68 im Jahr 2020 steigt der Gesamtquotient in der Projektion bis 2040 kontinuierlich auf einen Wert von 87. Damit kommen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 87 noch nicht bzw. nicht mehr erwerbstätige Personen.

Medianalter steigt mittelfristig leicht

Eine weitere demografische Kennziffer, die insbesondere bei langfristigen Vergleichen das Ausmaß des Alterungsprozesses kompakt in einer Zahl verdeutlicht, ist das sogenannte Medianalter. Das Medianalter ist ein Durchschnittsalter. Es teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen – die eine Gruppe ist jünger und die andere älter als das Medianalter. Im Jahr 2020 lag das Medianalter bei 46 Jahren. Mittelfristig wird es sich bis 2040 unter den gewählten Modellannahmen der Projektion leicht auf 47 Jahre erhöhen.

Fazit

Unter den Annahmen der Projektion ist von 2020 bis 2040 mit einem Zuwachs der Bevölkerung um 69 600 Personen bzw. 1,7 Prozent zu rechnen; sie würde damit von 4,098 Millionen auf 4,168 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner steigen.

Dagegen setzt sich die demografische Alterung der Gesellschaft fort. Die Altersstruktur verschiebt sich weiter zugunsten der älteren und zulasten der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Die Alterung der Gesellschaft wird in Zukunft große Herausforderungen mit sich bringen. Die Gesellschaft hat sich auf die Altersstrukturverschiebungen bereits in der Vergangenheit mit Flexibilität und Reformbereitschaft eingestellt. Diese werden in Zukunft in noch höherem Maße gefordert sein.

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist als Referent im Referat „Analysen Staat, Soziales“ tätig.

Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz

Die Statistische Analyse N° 61 „Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2020)“ steht im Internet zum kostenfreien Download zur Verfügung: www.statistik.rlp.de

In der nächsten Ausgabe der Statistischen Monatshefte erscheint die Kommentierung der Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise unter dem Titel: Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung: Ergebnisse auf der Kreisebene. In einer weiteren Ausgabe der Statistischen Monatshefte werden die Ergebnisse der kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung auf der Verbandsgemeindeebene erscheinen.

Titelfoto: © Jürgen Fälchle – stock.adobe.com

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021

Handel und unternehmensnahe Dienstleistungsbereiche

Von Matthias Kowalczyk

Zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Bruttowertschöpfung werden im Dienstleistungssektor erwirtschaftet. Neben einem erheblichen Anteil, der auf öffentliche Dienstleister sowie die Bereiche Erziehung und Gesundheit entfällt, spielen der Handel und die unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche eine bedeutsame Rolle: Im Jahr 2021 trug der Handel etwa zehn Prozent zur Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz bei. Der Wertschöpfungsanteil der unternehmensnahen Dienstleistungen, zu denen die Bereiche „Erbringung freiberuflicher, wissenschaftlicher und technischer Dienstleistungen", „Verkehr und Lagerei", „Information und Kommunikation" sowie „Sonstige Unternehmensdienstleister" zählen, lag bei etwa 19 Prozent.

Einzelhandelsumsätze sinken gegenüber starkem Vorjahresergebnis

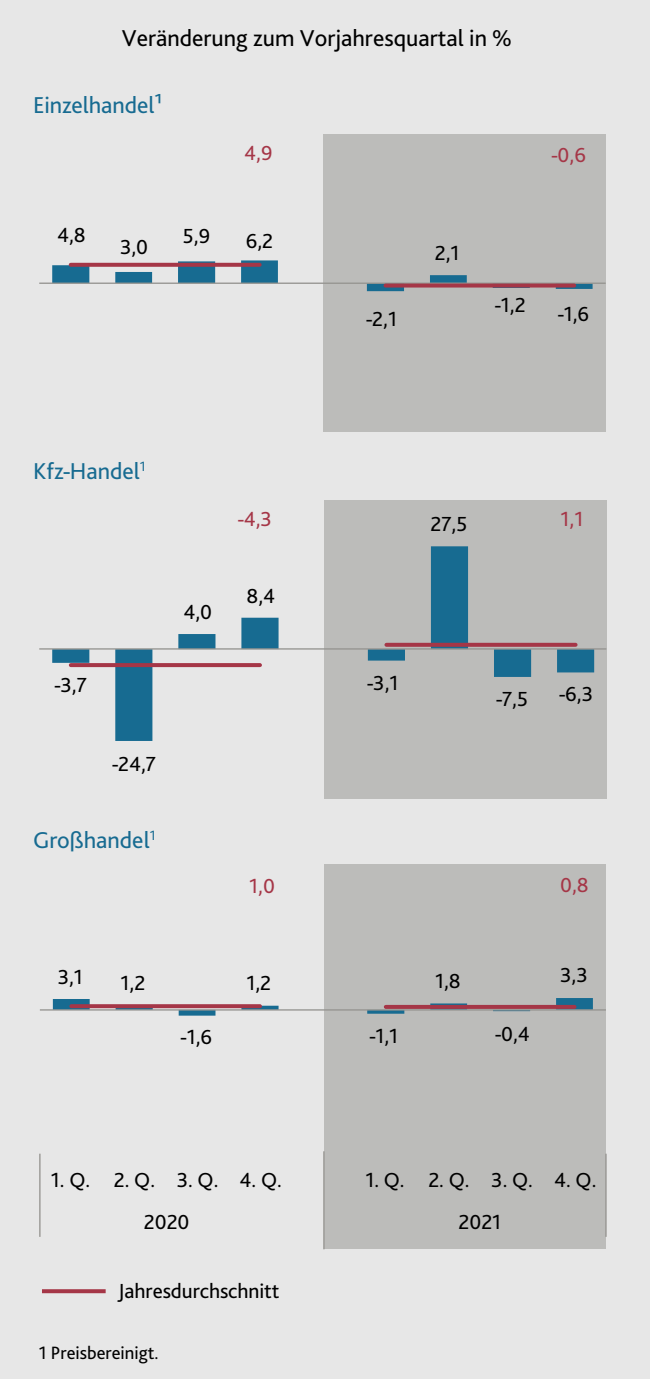
Konsumklima fällt unter Vorjahresniveau

Das Konsumklima wurde auch 2021 durch die Folgen der Corona-Pandemie getrübt. Der GfK-Konsumklimaindex, der zeitnah die Konsumneigung der privaten Haushalte misst, verschlechterte sich im Jahresdurchschnitt auf –5 Punkte (2020: –2,9 Punkte). Besonders im ersten Quartal lag der Index deutlich unter dem Vorjahresniveau. Dazu dürfte maßgeblich die Schließung weiter Teile des Einzelhandels während des zweiten bundesweiten Lockdowns beigetragen haben. Ab Mai überschritt der Index mit Ausnahme des Monats August die Werte des Vorjahres. Die Anschaffungsneigung sank 2021 erheblich. Dagegen bewerteten die Befragten trotz steigender Inflation die konjunkturelle Entwicklung und ihre Einkommenserwartung positiver als im Vorjahr.

Einzelhandelserlöse sinken leicht

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie führten zu einer Verlagerung der privaten Konsumausgaben von Dienstleistungen zu Waren. Zusätzlich gestützt durch die Senkung der Mehrwertsteuer in der zweiten Jahreshälfte, erzielten einige Bereiche des Einzelhandels 2020 ein deutliches Umsatzplus. Ausgehend von diesem hohen Niveau gingen die Einzelhandelserlöse 2021 preisbereinigt leicht um 0,6 Prozent zurück. Trotzdem lagen sie 4,3 Prozent über dem Niveau von 2019. In Deutschland gab es 2021 hingegen ein Umsatzplus von 0,9 Prozent. Dazu hat der erneut stark gewachsene Online-Versandhandel beigetragen; er hat gemessen am Umsatz deutschlandweit eine größere Bedeutung. Unter anderem bedingt durch die Schließung von Verkaufsräumen in den ersten Monaten des Jahres setzte der rheinland-pfälzische Einzelhandel im ersten Quartal 2021 preisbereinigt 2,1 Prozent weni-

G1 Umsatz im Handel 2019 und 2020 nach Quartalen



1 Preisbereinigt.

ger um gegenüber dem Vorjahreszeitraum, als die Pandemie noch kaum Auswirkungen auf die Wirtschaft zeigte. Einhergehend mit der Lockerung der Beschränkungen stiegen die Einzelhandelserlöse im zweiten Quartal um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. In der zweiten Jahreshälfte setzte sich die Erholung jedoch nicht fort. Im dritten und im vierten Quartal waren die Umsätze preisbereinigt um 1,2 bzw. 1,6 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Gründe für die schwache Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte könnten unter anderem Sättigungseffekte und steigende Verbraucherpreise sein. Aufgrund von Preissteigerungen ergab sich 2021 nominal – also in jeweiligen Preisen – ein Umsatzplus von 1,6 Prozent.

Umsätze im Einzelhandel mit Informations- und Kommunikationstechnik gehen zurück

Ein Großteil der Bereiche des Einzelhandels verzeichnete 2021 einen Umsatzrückgang. Das zweite Jahr in Folge sanken die Erlöse im „Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik", der während der Pandemie möglicherweise neben der Schließung von Verkaufsräumen besonders unter der Konkurrenz des Online-Versandhandels litt (–7 Prozent). Die Umsätze des „Einzelhandels mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren" schrumpften gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 4,1 Prozent. Auch in den beiden umsatzstärksten Branchen des Einzelhandels „Handel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf" und dem „Handel mit Waren verschiedener Art", zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte zählen, gingen die Erlöse zurück (–3,9 bzw. –1 Prozent).

Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen wächst erneut

Im Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen, zu dem der Internet- und Versandhandel (ohne das Onlinegeschäft stationärer Händler) sowie der Verkauf von Brennstoffen ab Lager zählen, stiegen nach besonders starken Zugewinnen im Vorjahr die preisbereinigten Umsätze 2021 noch einmal um 1,3 Prozent. Aufgrund der anziehenden Verbraucherpreise, insbesondere bei Brennstoffen, erhöhten sich

die Erlöse nominal um 6,6 Prozent. Ebenfalls positiv entwickelte sich der „Einzelhandel mit sonstigen Gütern". Die realen Umsätze des Bereichs stiegen 2021 um 3,3 Prozent. Der zu diesem Bereich gehörende „Einzelhandel mit Bekleidung" hatte nach starken Einbußen im Jahr 2020 jedoch auch 2021 mit schrumpfenden Umsätzen zu kämpfen. Gestützt wurde das Wachstum dagegen durch Apotheken und den Einzelhandel mit Lederwaren, Schuhen und Reisegepäck.

Beschäftigung im Einzelhandel nahezu unverändert

Die Zahl der im rheinland-pfälzischen Einzelhandel beschäftigten Personen blieb 2021 nahezu unverändert. Sie lag um 0,1 Prozent unter dem Vorjahresniveau (Deutschland: +1 Prozent)

Kfz-Handel erwirtschaftet Umsatzplus

Umsätze im Kfz-Handel steigen um 1,1 Prozent

Der Kraftfahrzeughandel konnte sich von den kräftigen Umsatzeinbußen des Vorjahres nicht vollständig erholen. Die Erlöse stiegen zwar gegenüber 2020 preisbereinigt um 1,1 Prozent (Deutschland: +2,3 Prozent), waren jedoch deutlich geringer als 2019 (–3,3 Prozent; Deutschland: –2,2 Prozent). Nominal lag das Plus in Rheinland-Pfalz 2021 bei vier Prozent (Deutschland: +4,9 Prozent).

Erlöse nur im zweiten Quartal höher als im Vorjahr

Neben der vorübergehenden Schließung von Verkaufsräumen dürften sich auch Lieferengpässe im Produktionsprozess der Kfz-Industrie dämpfend auf die Umsatzentwicklung des Handels ausgewirkt haben. Die preisbereinigten Erlöse waren im ersten Quartal um 3,1 Prozent geringer als im Vorjahreszeitraum. Gegenüber dem zweiten Quartal 2020, in dem die Umsätze massiv eingebrochen waren, fielen die Erlöse im zweiten Quartal 2021 deutlich höher aus (+28 Prozent). Im dritten und vierten Quartal waren die Umsätze mit –7,5 bzw. –6,3 Prozent wieder deutlich niedriger als im jeweiligen Vorjahreszeitraum. Allerdings lagen die Erlöse im zweiten Halbjahr 2020 auf einem hohen Niveau, was mit der vorübergehenden Senkung der Mehrwertsteuersätze zusammenhängen könnte, die bei teuren Anschaffungen wie Autos einen zusätzlichen Kaufanreiz bot.

Größtes Umsatzplus im Handel mit Kfz-Teilen und -zubehör

Am stärksten erhöhten sich die preisbereinigten Erlöse im Teilbereich „Handel mit Kfz-Teilen und -zubehör" mit +2,6 Prozent. Auch der nach dem Umsatz größte Bereich „Handel mit Kraftwagen" verzeichnete ein Plus von einem Prozent. Leichte Einbußen von 0,4 Prozent musste der Teilbereich „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen" hinnehmen.

Pkw-Neuzulassungen sinken stark

Die Zahl der Pkw-Neuzulassungen ging in Rheinland-Pfalz 2021 um acht Prozent zurück (Deutschland: –8,7 Prozent). Verglichen mit 2019 wurden rund ein Viertel weniger Fahrzeuge zugelassen. Deutlich gestiegen ist der Anteil der Elektro- und Hybridfahrzeuge unter den Neuzulassungen. Er wuchs 2021 von gut einem Viertel auf 46 Prozent. Damit wurden erstmals mehr Pkw mit einem Elektro- oder Hybridantrieb zugelassen als mit einem reinen Benzinantrieb. Die Neuzulassungen von Krafträdern sank nach einem starken Anstieg im Vorjahr um elf Prozent.

Beschäftigung sinkt

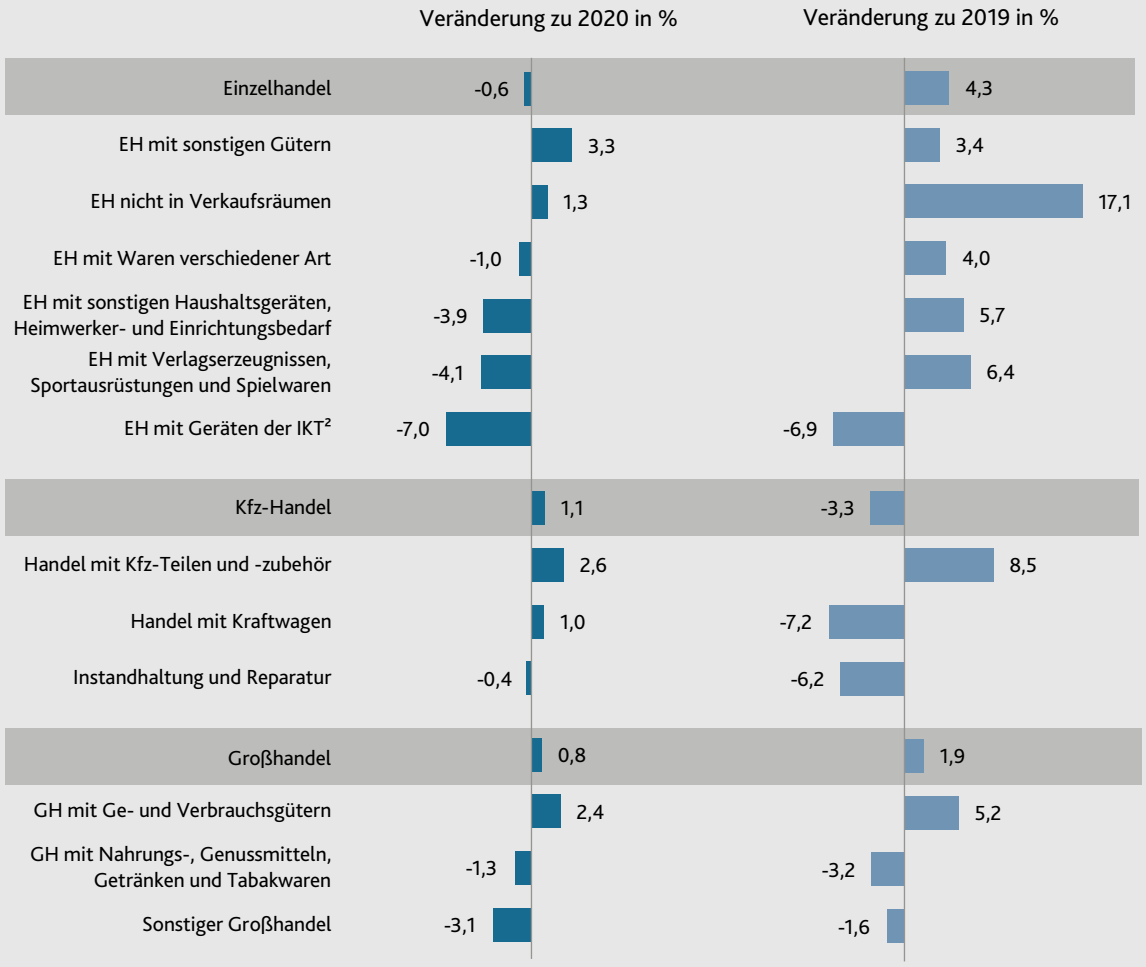
Die Zahl der Beschäftigten im Kraftfahrzeughandel war rückläufig. Gegenüber 2020 verringerte sich die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich um 2,2 Prozent (Deutschland: –1,8 Prozent).

Entwicklung der Erlöse im Großhandel uneinheitlich

Leichtes Umsatzplus im Großhandel

Der Großhandel erzielte 2021 ein leichtes Umsatzplus. Preisbereinigt stiegen die Erlöse um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr

G2 Umsatz[1] im Handel 2021 nach Handelssegmenten



1 Preisbereinigt. – 2 Informations- und Kommunikationstechnologie.

(Deutschland: +2,1 Prozent). Aufgrund stark erhöhter Preise für Rohstoffe und Vorprodukte lag das Plus nominal sogar bei sieben Prozent (Deutschland: +10 Prozent). Unterjährig gab es bei der Umsatzentwicklung gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Auf und Ab: Im ersten Quartal 2021 waren die preisbereinigten Erlöse 1,1 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Nach einem Plus von 1,8 Prozent im zweiten Quartal sanken die Umsätze im dritten Vierteljahr wieder unter das Vorjahresniveau (–0,4 Prozent). Im Schlussquartal verbuchten die Großhändler 3,3 Prozent mehr Umsatz als ein Jahr zuvor.

Umsätze der drei größten Bereiche entwickeln sich unterschiedlich

Der rheinland-pfälzische Großhandel ist geprägt von drei Bereichen, die jeweils mehr als zehn Prozent zum Gesamterlös der Branche beisteuern und damit das Gesamtergebnis maßgeblich bestimmen. Die Umsätze dieser drei Bereiche entwickelten sich 2021 unterschiedlich. Einen preisbereinigten Umsatzzuwachs von 2,4 Prozent verzeichnete der „Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern“ – hierzu zählen unter anderem Bekleidung, Haushaltsgeräte, Kosmetika, Pharmazeutika, Möbel und Schmuck. Demgegenüber büßte der Bereich „Sonstiger

Großhandel" (z. B. Handel mit Mineralöl, chemischen Erzeugnissen, Metallen und Baustoffen) 3,1 Prozent Umsatz ein. Dazu könnten besonders Lieferengpässe bei Roh- und Baustoffen beigetragen haben, die zu einem starken Anstieg der Großhandelspreise führten. Nominal erzielte der „Sonstige Großhandel" ein Umsatzplus von 16 Prozent. Im „Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren" gingen die Erlöse preisbereinigt um 1,3 Prozent zurück.

Beschäftigung steigt leicht

Die Zahl der im rheinland-pfälzischen Großhandel tätigen Personen stieg 2021 gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 Prozent. Auch im Bundesdurchschnitt erhöhte sich die Beschäftigtenzahl des Bereichs um 0,3 Prozent.

Umsatzwachstum im Bereich „Information und Kommunikation"

Vergleichbarkeit aufgrund von Methodikänderung eingeschränkt

Die Umsätze und Beschäftigtenzahlen der Dienstleistungsbereiche, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt überwiegend im unternehmensnahen Service liegt, sind 2021 aufgrund einer Methodikänderung nur eingeschränkt mit dem Vorjahr vergleichbar. Einzelne Teilbereiche werden daher nicht oder ohne Nennung der genauen Veränderung kommentiert. Die Umsätze im Bereich „Information und Kommunikation" lagen deutlich über dem Niveau von 2020. Mit der „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" – dazu zählen Reisebüros und Reiseveranstalter, die Vermietung von Kraftfahrzeugen und Maschinen sowie die Vermittlung und Überlassung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – wurden 2021 ebenfalls mehr Erlöse erzielt als im Jahr zuvor. Im umsatzstärksten Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen", zu dem z. B. Architektur- und Ingenieurbüros sowie die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen gehören, blieben die Erlöse fast unverändert. Der Bereich „Forschung und Entwicklung", der ebenfalls zu diesem Wirtschaftsbereich zählt und in dem die Bruttowertschöpfung 2021 kräftig wuchs, ist in der Konjunkturerhebung im Dienstleistungsbereich nicht enthalten, sodass sich diese Steigerung hier nicht niederschlägt.

Nach Rückgängen im Vorjahr stieg die Zahl der Beschäftigten in den Bereichen „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen" und „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen" 2021 wieder (+4,2 bzw. +1,5 Prozent). Im Bereich „Information und Kommunikation" änderte sich die Beschäftigtenzahl kaum (–0,2 Prozent).

Umsätze im Gastgewerbe weiter rückläufig

Erlöse im Gastgewerbe sinken erneut

Die Erlöse des Gastgewerbes sanken 2021 gegenüber dem bereits sehr niedrigen Vorjahresniveau um sechs Prozent (Deutschland: –2,2 Prozent). Die Umsätze lagen 39 Prozent unter dem Niveau von 2019. Ein wesentlicher Grund für die schlechte Jahresbilanz dürfte der zweite bundesweite Lockdown sein, der die Gastronomie massiv einschränkte und den Start der Tourismussaison verschob: Bis Mitte Mai 2021 durften in der Gastronomie keine Speisen vor Ort angeboten werden und Beherbergungsbetriebe wurden für touristische Zwecke geschlossen. Im ersten Quartal 2021 waren die Erlöse deshalb um 65 Prozent niedriger als im Vorjahresquartal, das noch relativ wenig von der Pandemie beeinträchtigt war. Im zweiten Quartal waren sie gegenüber dem niedrigen Vorjahresniveau nahezu unverändert. Von Juli bis September blieben die Umsätze 0,9 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Im vierten Quartal gab es zwar eine kräftige Umsatzsteigerung gegen-

über 2020 (+63 Prozent), trotzdem lagen die Erlöse auch in diesem Quartal unter dem Vorkrisenniveau.

Weniger Beschäftigte im Gastgewerbe als 2020

Auch der Rückgang der Zahl der Beschäftigten setzte sich weiter fort. Gegenüber 2020 beläuft sich das Minus auf –7,2 Prozent (Deutschland: –7,8 Prozent). Bereits im Vorjahr war die Zahl der im Gastgewerbe tätigen Personen deutlich gesunken. Im Jahr 2021 beschäftigte das Gastgewerbe gut ein Fünftel weniger Menschen als 2019 (Rheinland- Pfalz: –21 Prozent; Deutschland: –22 Prozent).

Umsätze in der Gastronomie sinken stärker als in der Beherbergung

In beiden Teilbereichen des Gastgewerbes hat sich die wirtschaftliche Lage im zweiten Jahr der Pandemie weiter verschlechtert. In der Gastronomie, die rund zwei Drittel der Erlöse des Gastgewerbes erwirtschaftet, fielen die Umsätze 2021 preisbereinigt um 8,6 Prozent geringer aus als im Jahr zuvor und lagen 41 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2019. Der am Umsatz gemessen größte Teilbereich „Restaurants, Gaststätten, Imbissbuden, Cafés, Eissalons u. Ä." verzeichnete einen realen Rückgang der Erlöse um zehn Prozent gegenüber 2020. Der Bereich „Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen", der unter anderem Dienstleistungen für die stark von den Corona- Maßnahmen betroffene Kultur- und Veranstaltungsbranche anbietet, erzielte dagegen ein Umsatzplus von 4,7 Prozent.

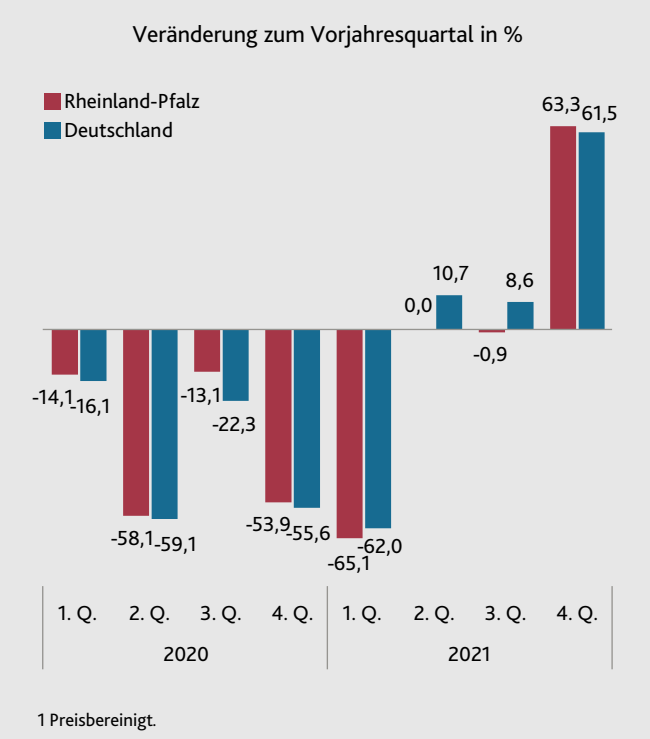
Gäste- und Übernachtungszahlen weit unter Vorkrisenniveau

Etwas geringer waren die Einbußen im zweiten Teilbereich des Gastgewerbes, der Beherbergung. Preisbereinigt lagen die Erlöse um 2,2 Prozent unter dem Niveau des umsatzschwachen Vorjahres (Veränderung zu 2019: –37 Prozent). Auch die Gäste- und Übernachtungszahlen schrumpften nach dem Einbruch im Jahr 2020 weiter. Die pandemiebedingten Beherbergungsverbote bis Mitte Mai 2021, aber auch die Folgen der Flutkatastrophe im Nordwesten des Landes, ließen keine Erholung gegenüber dem Vorjahr zu. Nur 4,9 Millionen Gäste konnten in den rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetrieben begrüßt werden; das waren elf Prozent weniger als im Jahr zuvor und 46 Prozent weniger als 2019. Die Zahl der Übernachtungen sank im Vergleich zum Vorjahr um 7,9 Prozent auf 14,2 Millionen und war um 38 Prozent niedriger als 2019.

Weniger Gäste aus dem In- und Ausland

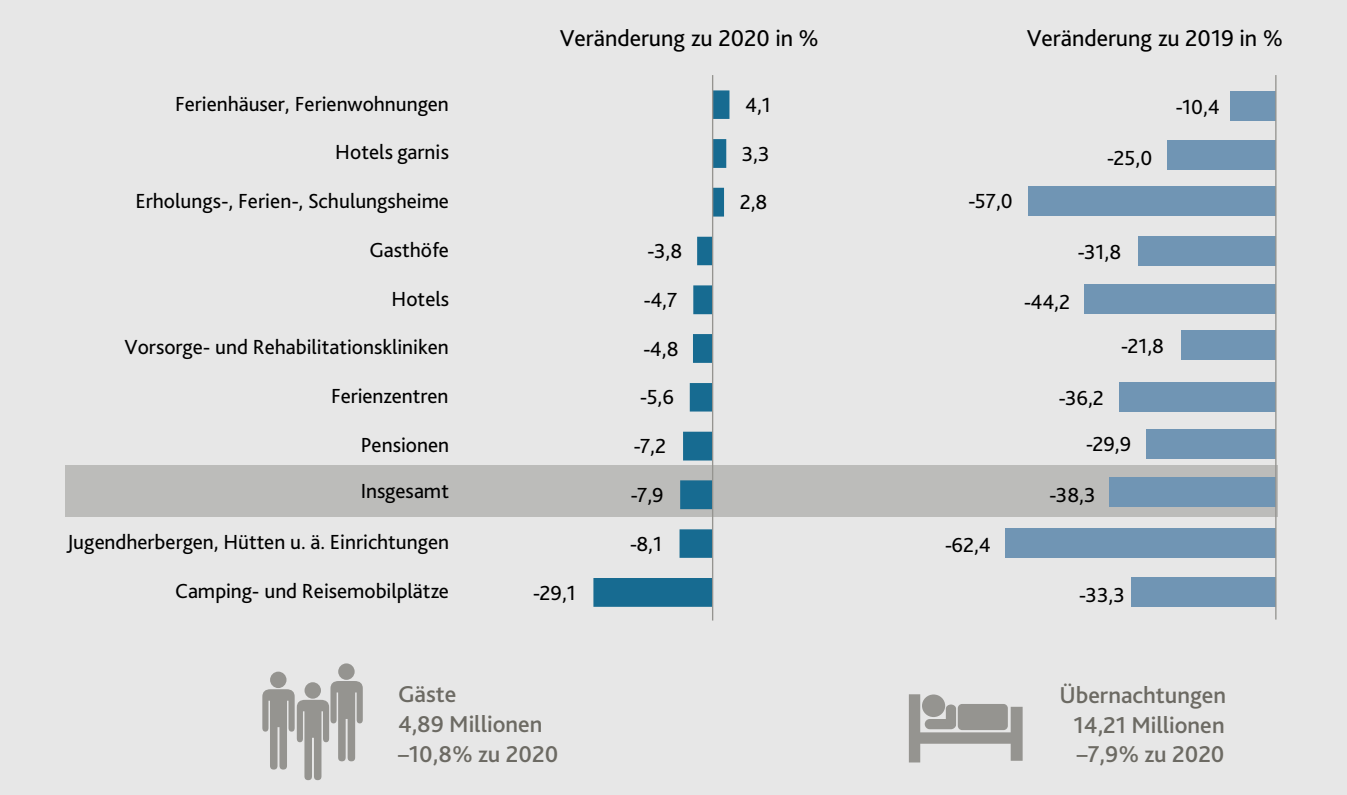
Im Jahr 2021 waren etwa 4,2 Millionen Reisende aus dem Inland in Rheinland-Pfalz zu Gast. Damit sank die Zahl der Ankünfte von Gästen aus dem Inland gegenüber dem Vorjahr um 9,4 Prozent, nachdem sie bereits 2020 massiv eingebrochen war (–41 Prozent gegenüber 2019). Die Zahl der Übernachtungen fiel um 5,8 Prozent auf gut zwölf Milli-

G3 Umsatz[1] im Gastgewerbe 2020 und 2021 nach Quartalen



1 Preisbereinigt.

G4 Gäste und Übernachtungen 2020 nach Betriebsarten



onen. Auch die Zahl der Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland sank deutlich; im Jahr 2021 wurden nur noch 0,7 Millionen Gäste mit Wohnsitz im Ausland gezählt (–18 Prozent). Ihr Anteil liegt damit bei nur noch 14 Prozent. Die Gäste aus dem Ausland buchten 2,1 Millionen Übernachtungen; das waren 19 Prozent weniger als 2020. Der unbeständige Sommer, der in der Region zu starken Niederschlägen führte, die Auswirkungen der Flutkatastrophe sowie die schwache Nachfrage seitens der für den rheinland-pfälzischen Tourismus wichtigen Gäste aus den Niederlanden, dürften dazu beigetragen haben, dass sich die Übernachtungszahlen im Land deutlich schlechter entwickelten als im Bundesdurchschnitt. In Deutschland stieg die Zahl der Übernachtungen um 2,6 Prozent.

Zahl der Übernachtungen auf Camping- und Reisemobilplätzen bricht ein

Fast alle Betriebsarten verzeichneten auch im zweiten Jahr der Pandemie sinkende Übernachtungszahlen. Am deutlichsten war der Rückgang gegenüber dem Vorjahr mit –29 Prozent bei den Camping- und Reisemobilplätzen, die im ersten Jahr der Pandemie wegen der Möglichkeit zur kontaktarmen Unterbringung nur leichte Rückgänge verbucht hatten. Besser entwickelten sich 2021 die ebenfalls kontaktarmen Betriebsarten „Ferienhäuser, Ferienwohnungen“ und „Hotels garnis“. Dort stiegen die Übernachtungszahlen gegenüber dem Vorjahr um 4,1 bzw. 3,3 Prozent.

Matthias Kowalczyk, Volkswirt M.Sc., ist Referent im Referat „Analysen Wirtschaft“.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021

Mehr Auftragseingänge und Baugenehmigungen aber leichter Umsatzrückgang im Bauhauptgewerbe

Von Moritz Hohlstein

In der Statistischen Analyse N° 60 „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021“ wird die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres detailliert dargestellt. Im folgenden Beitrag werden die Ergebnisse des Themenbereichs „Baugewerbe“ vorgestellt.

Das Baugewerbe ist in den vergangenen Jahren dynamisch gewachsen. Umsätze und Beschäftigung stiegen kräftig. Im Bauhauptgewerbe waren die Umsätze 2021 jedoch erstmals seit 2015 leicht rückläufig. Zwar deuten zunehmende Auftragseingänge und eine steigende Zahl von Baugenehmigungen auf eine Fortsetzung der guten Baukonjunktur hin, allerdings stellen die Rekordteuerungsraten bei Baumaterialien eine besondere Herausforderung für die Branche dar. Im Ausbaugewerbe sind die Ergebnisse aufgrund einer Methodikänderung nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Leichter Umsatzrückgang im Bauhauptgewerbe

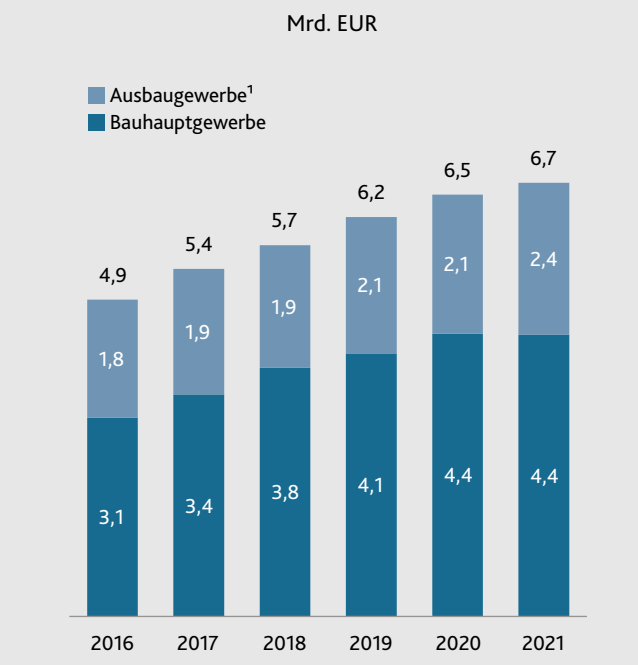
Umsätze sinken erstmals seit 2015

Die Erlöse im Bauhauptgewerbe waren 2021 leicht rückläufig. Der baugewerbliche Umsatz der Betriebe, die im Rahmen der Konjunkturerhebung befragt wurden, lag bei knapp 4,4 Milliarden Euro. Gegenüber 2020 bedeutet das ein leichtes Minus von 0,4 Prozent (Deutschland: +0,8 Prozent). Für das Bauhauptgewerbe, das im Vorjahr sogar trotz des Ausbruchs der Corona-Pandemie weiter wuchs, ist dies der erste Umsatzrückgang seit 2015.

Hoch- und Tiefbau entwickeln sich unterschiedlich

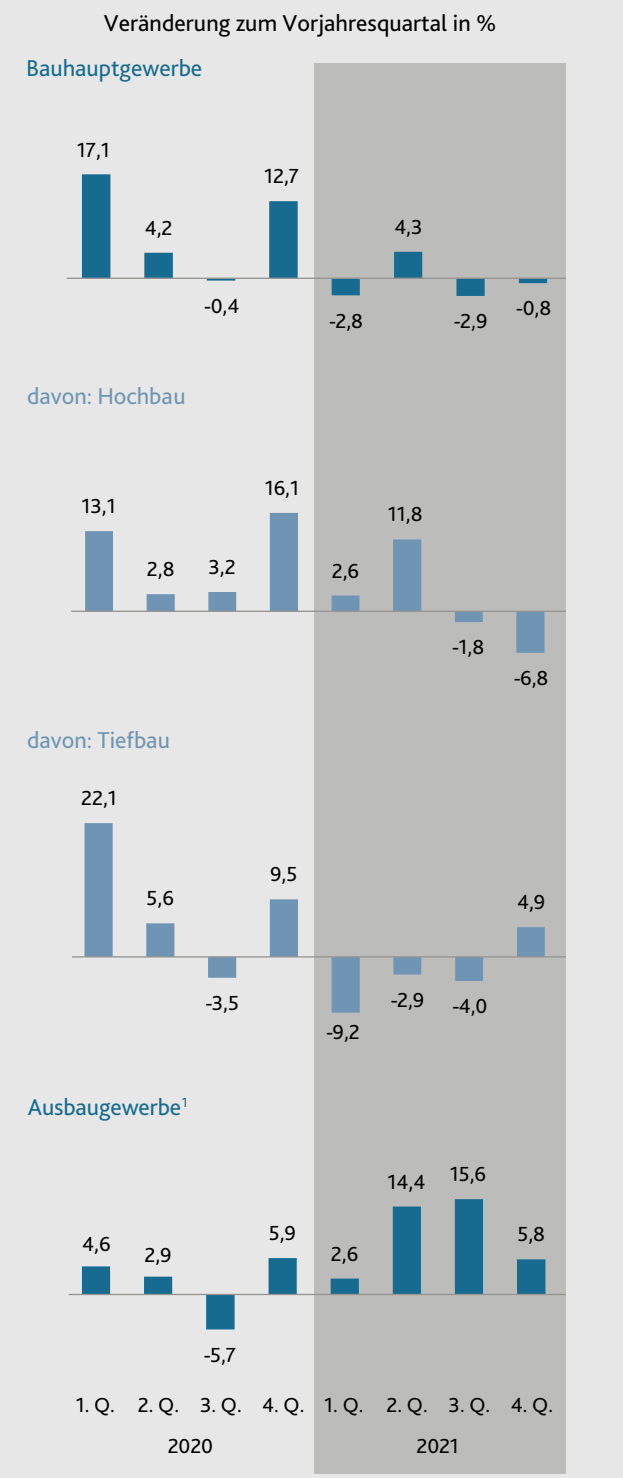
Hoch- und Tiefbau entwickelten sich in unterschiedliche Richtungen. Der Tiefbau erwirtschaftete 1,8 Prozent weniger Umsatz als 2020. Der Grund dafür sind Einbußen im Bereich „Sonstiger öffentlicher Tiefbau“, dessen Erlöse 14 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres lagen. Der gewerbliche Tiefbau und der Straßenbau verzeichneten derweil Zuwächse von 6,9 bzw. 1,7 Prozent. Im Hochbau stieg der Umsatz um 0,9 Prozent. Der Wachstumstreiber war der gewerbliche Hochbau, dessen Erlöse um 8,7 Prozent zulegten. Diese Steigerung könnte ein Hinweis darauf sein, dass Unternehmen, die sich zu Beginn der Corona-Pandemie infolge der Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung mit Investitionen zurückhielten, wieder mehr in neue Gebäude investierten. Im öffentlichen Hochbau blieben die Umsätze nahezu unverändert (+0,2 Prozent). Deutliche Erlöseinbußen gab es hingegen im Wohnungsbau. Nach einem kräftigen Anstieg im Vorjahr ergab sich 2021 für dieses Segment ein Minus von 7,5 Prozent.

G1 Umsatz im Baugewerbe 2016–2021



1 Bis 2017 und ab 2021 Betriebe von Rechtlichen Einheitenmit 20 und mehr tätigen Personen, von 2018 bis 2020 Betriebe von Rechtlichen Einheiten mit 23 und mehr tätigen Personen. Zeitliche Vergleichbarkeit daher eingeschränkt.

G2 Umsatz im Baugewerbe 2020 und 2021 nach Quartalen



1 Bis 2017 und ab 2021 Betriebe von RechtlichenEinheitenmit 20 und mehr tätigen Personen, von 2018 bis 2020 Betriebe von Rechtlichen Einheiten mit 23 und mehr tätigen Personen. Zeitliche Vergleichbarkeit daher eingeschränkt.

Nur im zweiten Quartal fallen die Erlöse höher aus als im Vorjahr

Die Umsätze im Bauhauptgewerbe waren 2021 in drei der vier Quartale niedriger als 2020. Im ersten Quartal lagen die Erlöse um 2,8 Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Dabei könnte unter anderem eine Rolle spielen, dass Abrechnungen in das vierte Quartal 2020 vorgezogen wurden, um von der temporären Senkung der Mehrwertsteuer im zweiten Halbjahr 2020 zu profitieren. Im zweiten Quartal 2021 waren die Erlöse 4,3 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Im dritten und vierten Quartal blieben die Umsätze jedoch erneut hinter den Vorjahreswerten zurück (–2,9 bzw. –0,8 Prozent).

Auftragseingänge steigen

Die Auftragseingänge sind ein Indikator für die künftige Umsatzentwicklung. Der Wert der 2021 im Bauhauptgewerbe neu eingegangenen Aufträge übertraf das Vorjah-

resergebnis um elf Prozent (Deutschland: +9,4 Prozent). Das Ordervolumen legte sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau kräftig zu (+11 bzw. +10 Prozent). Innerhalb des Hochbaus stiegen die Auftragseingänge im Wohnungsbau besonders stark (+25 Prozent). Der gewerbliche Hochbau verzeichnete ein Plus von 8,7 Prozent, während die Nachfrage im öffentlichen Hochbau rückläufig war (–6,7 Prozent). Auch im Tiefbau erhöhten sich die Bestellungen in zwei von drei Teilbereichen: Im sonstigen öffentlichen Tiefbau und im gewerblichen Tiefbau lag das Ordervolumen deutlich über dem Niveau von 2020 (+31 bzw. +16 Prozent). Nur im Straßenbau ergab sich ein Minus von 1,9 Prozent.

Bauleistungspreise nehmen stark zu

Der deutliche Zuwachs bei den Auftragseingängen könnte allerdings zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass sich beim Abschluss neuer Aufträge die massiv gestiegenen Baustoffkosten niederschlugen. Die Rekordteuerungsraten bei Baustoffen wie Holz und Stahl entfalteten eine preistreibende Wirkung auf den Baustellen. Die Preise für Bauleistungen in Deutschland – Landesergebnisse für Rheinland-Pfalz liegen in dieser Statistik nicht vor – zogen 2021 deutlich stärker an als in den Vorjahren. Zu dieser Entwicklung trug neben den höheren Materialkosten auch eine wachsende Nachfrage bei. Bauleistungen an Wohngebäuden und an Bürogebäuden verteuerten sich um 7,7 bzw. 7,8 Prozent. Bei den Wohngebäuden erhöhten sich die Preise für Rohbauarbeiten um 8,8 Prozent und für Ausbauarbeiten um 6,8 Prozent. Für Instandhaltungsarbeiten wurden 7,4 Prozent und für Schönheitsreparaturen 4,8 Prozent mehr verlangt. Im Tiefbau fielen die Preissteigerungen geringer aus als im Hochbau. Straßenbauarbeiten verteuerten sich um 3,7 Prozent. Die Teuerungsraten beziehen sich auf Nettopreise, da die Veränderung der Bruttopreise zum Vorjahr durch die temporäre Mehrwertsteuersenkung im zweiten Halbjahr 2020 beeinflusst ist.

Beschäftigung im Bauhauptgewerbe steigt das sechste Jahr in Folge

Gut 23 900 Beschäftigte im Bauhauptgewerbe

Die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe erhöhte sich das sechste Jahr in Folge. Gut 23 900 Personen waren 2021 in den Betrieben des Bauhauptgewerbes, die in die Erhebung einbezogen sind, beschäftigt. Das waren sechs Prozent mehr als 2020 (Deutschland: +2,6 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg 2021 schwächer als die Beschäftigtenzahl (+3,8 Prozent; Deutschland: +0,3 Prozent), sodass die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten um zwei Prozent abnahm (Deutschland: –2,3 Prozent). Die Produktivität – gemessen als Umsatz je geleistete Arbeitsstunde – verringerte sich um 4,1 Prozent (Deutschland: +0,4 Prozent). Der Umsatz je geleistete Arbeitsstunde belief sich 2021 auf 152 Euro und lag damit unter dem bundesweiten Durchschnitt (161 Euro). Die Entgeltsumme im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe, die unter anderem die Bruttolöhne und -gehälter der Beschäftigten umfasst, erhöhte sich 2021 um 6,6 Prozent (Deutschland: +5 Prozent). Die Zunahme fiel etwas stärker aus als der Beschäftigungszuwachs. Daraus resultiert ein geringfügig höheres Entgelt je Beschäftigten: Das durchschnittliche Jahresentgelt betrug in Rheinland-Pfalz 42 500 Euro (Deutschland: 41 900 Euro). Dies entspricht einer Steigerung um 0,6 Prozent (Deutschland: +2,3 Prozent). Je geleistete Arbeitsstunde wurden 36 Euro gezahlt (+2,6 Prozent; Deutschland: 35 Euro, +4,6 Prozent).

Ergebnisse zum Ausbaugewerbe nur eingeschränkt vergleichbar

Abschneidegrenze sinkt von 23 auf 20 tätige Personen

Bei der Konjunkturerhebung im Ausbaugewerbe ist mit dem Berichtsjahr 2021 eine methodische Änderung eingetreten. Nachdem von 2018 bis 2020 alle Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 23 und mehr tätigen Personen befragt wurden, sind es seit 2021 Betriebe mit mindestens 20 tätigen Personen. Dadurch sind die Ergebnisse für 2021 nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Zahl der Betriebe des Ausbaugewerbes, die in die Konjunkturerhebung einbezogen waren, erhöhte sich 2021 um gut ein Viertel auf 485. Die Erlöse wuchsen nicht so stark wie die Zahl der Betriebe, da durch die methodische Änderung kleinere, umsatzschwächere Betriebe neu in die Erhebung aufgenommen wurden. Sie legten um 9,5 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro zu (Deutschland: +9,4 Prozent). Es ist jedoch davon auszugehen, dass das Wachstum nicht vollständig auf die Methodikänderung zurückzuführen ist. Im Jahr 2018, als die Abschneidegrenze umgekehrt von 20 auf 23 tätige Personen erhöht wurde, waren dadurch weit weniger Betriebe aus der Erhebung herausgefallen als nun neu dazukamen.

Starke Umsatzsteigerungen im zweiten und dritten Quartal

Der unterjährige Umsatzverlauf zeigt vor allem im zweiten und dritten Jahresviertel starke Steigerungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal. Im ersten Quartal lagen die Umsätze um 2,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Im zweiten Quartal waren die Erlöse 14 Prozent und im dritten Quartal 16 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Im letzten Viertel des Jahres ließ die Dynamik wieder nach (+5,8 Prozent).

Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent auf 18 900 Personen (Deutschland: +12 Prozent). Proportional nahm auch die Zahl der geleiste

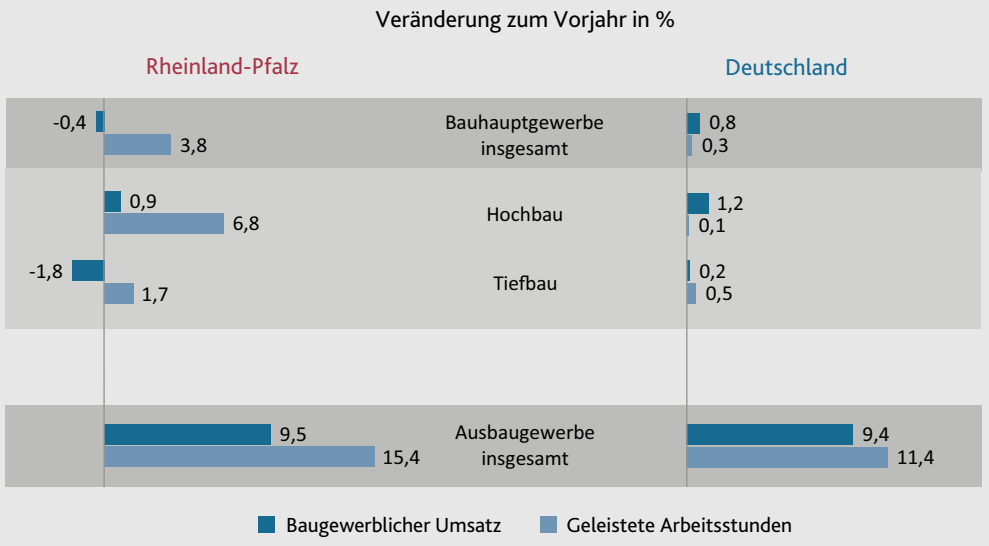
Konjunkturerhebungen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe

Für eine differenzierte Betrachtung des Baugewerbes wird auf die Konjunkturerhebungen im Bauhaupt- und im Ausbaugewerbe zurückgegriffen. Diese Statistiken erfassen Betriebe von Rechtlichen Einheiten mit mindestens 20 Beschäftigten und decken knapp 44 Prozent des Produktionswertes des gesamten Baugewerbes ab, der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt wird.

Die in der monatlichen Konjunkturstatistik für das Bauhauptgewerbe berücksichtigten Betriebe erwirtschaften etwa 67 Prozent der baugewerblichen Erlöse und beschäftigen gut die Hälfte der baugewerblich tätigen Personen. Im Berichtsjahr wurden im Durchschnitt 467 Betriebe erfasst. Jeder Betrieb hatte durchschnittlich 51 baugewerblich Beschäftigte und erzielte einen Umsatz von 9,3 Millionen Euro.

Die vierteljährliche Konjunkturerhebung im Ausbaugewerbe, zu dem z. B. die Elektro-, Gas-, Wasser- und Heizungsinstallation und das Malergewerbe zählen, erfasste im Berichtsjahr im Durchschnitt 485 Betriebe. Der Anteil dieser Betriebe an allen im Ausbaugewerbe Beschäftigten sowie am gesamten ausbaugewerblichen Umsatz beträgt etwa 62 bzw. 65 Prozent. Diese Betriebe waren im Schnitt mit 39 Beschäftigten und einem Umsatz von knapp 4,9 Millionen Euro kleiner als im Bauhauptgewerbe. Bis zum Berichtsjahr 2017 und seit 2021 umfasst die Erhebung im Ausbaugewerbe Betriebe von rechtlichen Einheiten mit mindestens 20 Beschäftigten. In den Jahren 2018 bis 2020 wurden Betriebe von rechtlichen Einheiten mit mindestens 23 Beschäftigten in die Erhebung einbezogen. Vergleiche zwischen diesen Zeiträumen sind dadurch nur eingeschränkt möglich.

G3 Baugewerblicher Umsatz und geleistete Arbeitsstunden im Baugewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2021



1 Bis 2020 Betriebe von RechtlichenEinheitenmit 23 und ab 2021 mit 20 und mehr tätigenPersonen. Zeitliche Vergleichbarkeit daher eingeschränkt.

Umsatz je Arbeitsstunde sinkt

ten Arbeitsstunden zu (+15 Prozent; Deutschland: +11 Prozent). Folglich veränderte sich die Zahl der Arbeitsstunden je Person nur leicht (+0,8 Prozent; Deutschland: –0,5 Prozent). Die Produktivität im Ausbaugewerbe ging derweil zurück: Der Umsatz je Arbeitsstunde verringerte sich um 5,2 Prozent auf 105 Euro (Deutschland: –1,8 Prozent auf 111 Euro). Dies könnte auch mit der Methodikänderung zusammenhängen, da kleinere Betriebe oftmals eine geringere Produktivität aufweisen als größere. Die Entgeltsumme im Ausbaugewerbe stieg um 14 Prozent (Deutschland: ebenfalls +14 Prozent).

Aufgrund des kräftigen Beschäftigungszuwachses bedeutet dies dennoch eine etwas niedrigere Bezahlung pro Kopf und pro Stunde. Das durchschnittliche Jahresentgelt je Beschäftigten sank um 0,4 Prozent auf 35 900 Euro (Deutschland: +1,6 Prozent auf 37 200 Euro). Je geleistete Arbeitsstunde betrug das Entgelt 30 Euro (–1,2 Prozent; Deutschland: +2,2 Prozent auf 30 Euro).

Rekordwert bei Baugenehmigungen

Mehr Baugenehmigungen als im Vorjahr

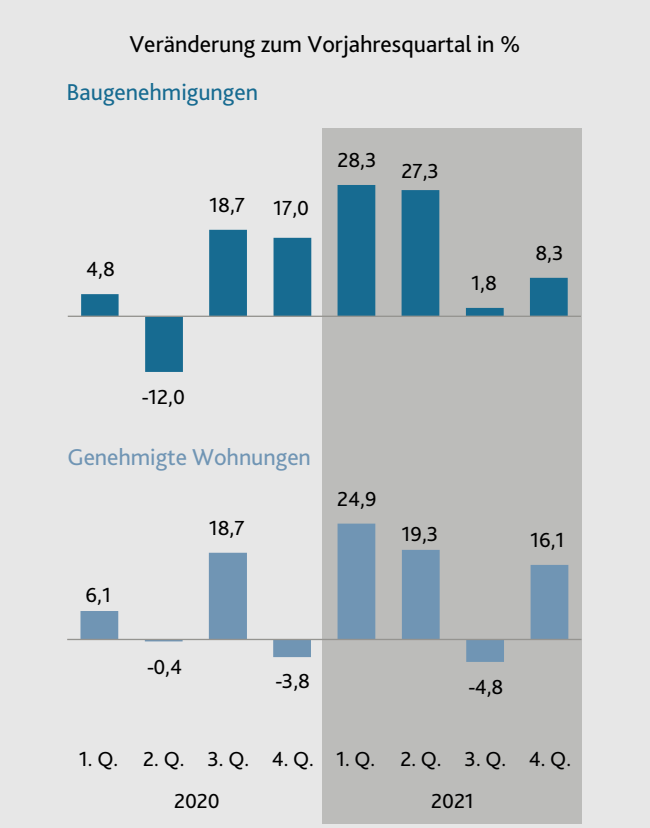
Die Zahl der Baugenehmigungen ist ein wichtiger Frühindikator zur Einschätzung der Baukonjunktur, da sie über die zukünftige Bauaktivität Auskunft gibt. In Rheinland-Pfalz wurden 2021 wesentlich mehr Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahr (+16 Prozent; Deutschland: +7,1 Prozent). Sowohl die Zahl der Genehmigungen für Wohngebäude als auch für Nichtwohngebäude erhöhte sich (+15 bzw. +17 Prozent). Somit wurde der Abwärtstrend bei den Nichtwohngebäuden gestoppt; in den vorherigen vier Jahren war die Zahl der Baugenehmigungen jeweils gesunken. Die Zahl der genehmigten Wohnungen wuchs ebenfalls. Sie erhöhte sich um 13 Prozent auf 18 900; das ist der höchste Wert seit dem Jahr 2000.

Baugenehmigungen in der ersten Jahreshälfte deutlich über Vorjahresniveau

In den ersten beiden Quartalen 2021 wurden deutlich mehr Baugenehmigungen erteilt als im Jahr zuvor (+28 bzw. +27 Prozent). Dies könnte zu Teilen auch eine Folge staatlicher Förderungsanreize sein. So endete am

31. März 2021 die Antragsfrist für das Baukindergeld. Im dritten Jahresviertel lag die Genehmigungszahl um 1,8 Prozent über dem Niveau von 2020. Im Schlussquartal wurde ein Anstieg um 8,3 Prozent verzeichnet.

G4 Baugenehmigungen und genehmigte Wohnungen 2020 und 2021 nach Quartalen



Bei zwei Drittel der Neubauwohnungen sind Privathaushalte Auftraggeber

Im Neubaubereich stiegen die Baugenehmigungen um 14 Prozent (Deutschland: +4,4 Prozent). Es wurden 13 Prozent mehr neue Wohngebäude und zwölf Prozent mehr Neubauwohnungen genehmigt als 2020. Bei neuen Wohnungen in Zweifamilienhäusern (+32 Prozent) gab es stärkere Zuwächse als in Ein- oder Mehrfamilienhäusern (+9,6 bzw. 14 Prozent). Die Zunahme der Zahl genehmigter Neubauwohnungen ist in erster Linie auf eine höhere Bauaktivität von privaten Haushalten zurückzuführen. Die Zahl der Wohnungen, bei denen private Haushalte als Bauherren fungierten, nahm gegenüber dem Vorjahr um 1900 bzw. 23 Prozent zu. Die Zahl der Neubauwohnungen im Auftrag von Unternehmen ging derweil um 400 bzw. 6,7 Prozent zurück. Von den 2021 genehmigten Neubauwohnungen entfielen fast zwei Drittel auf Privathaushalte und knapp ein Drittel auf Unternehmen. Öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck wiesen nur geringe Anteile auf.

Moritz Hohlstein, Volkswirt M.Sc., ist Referent im Referat „Analysen Wirtschaft“.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2021 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021“, die am 30. März 2022 erschienen ist. Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

Titelfoto: © Mongkolchon – stock.adobe.com

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2020	2021					2022		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 096 [1,2]	4 103 [1,2]	4 098	4 098	4 099	4 106	4 107	4 108	4 134
darunter Ausländer/-innen[3]	1 000	477 [1,2]	493 [1,2]	485	486	487	501	503	505	533
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 576	1 544	475	590	889	1 741	453	1 172	861
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 136	3 221	2 859	2 943	3 233	3 279	2 746	2 703	2 703
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,2	9,4	8,2	9,4	9,3	9,4	7,9	8,6	7,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	4 098	4 214	5 163	3 873	3 909	5 049	4 456	4 186	4 707
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	12,0	12,3	14,8	12,3	11,2	14,5	12,8	13,3	13,4
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	11	10	11	7	13	7	5	11	9
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,0	3,8	2,4	4,0	2,1	1,8	4,1	3,3
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-962	-994	-2 304	-930	-676	-1 770	-1 710	-1 483	-2 004
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,8	-2,9	-6,6	-3,0	-1,9	-5,1	-4,9	-4,7	-5,7
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 786	11 297	9 945	9 408	10 907	9 657	10 996	11 470	37 284
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 052	5 369	4 510	4 444	4 963	4 453	5 604	6 665	31 867
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 367	9 612	8 086	8 309	8 999	9 226	8 870	8 644	9 473
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 809	3 918	3 224	3 501	3 712	4 506	3 772	3 906	4 150
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 418	1 685	1 859	1 099	1 908	431	2 126	2 826	27 811
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	13 203	13 300	13 111	12 184	13 192	12 780	12 317	12 042	13 319

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2018	2019	2020			2021			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 412	1 435	1 429	1 454	1 447	1 445	1 454	1 478	-
* Frauen	1 000	656	667	667	678	677	674	677	689	-

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2018	2019	2020			2021			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	155	170	174	181	178	183	190	195	193
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	410	422	423	429	431	429	434	439	442
* darunter Frauen	1 000	334	342	343	347	349	347	350	354	356
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	14	15	11	13	15	15	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	434	442	436	441	436	436	436	443	439
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	312	319	316	322	320	316	319	326	325
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	227	225	223	228	228	230	233	237	236
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	425	435	440	448	451	450	450	457	460

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose	Anzahl	117 912	112 137	116 108	113 175	111 106	97 675	95 369	100 370	106 231
* Frauen	Anzahl	51 857	50 284	52 152	50 850	50 189	43 592	42 719	46 746	50 678
Männer	Anzahl	66 055	61 853	63 955	62 325	60 917	54 083	52 649	53 623	55 552
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	55 862	48 647	49 674	47 039	46 692	40 005	38 516	38 334	39 818
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	62 051	63 490	66 434	66 136	64 414	57 670	56 853	62 036	66 413
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,2	5,0	5,2	5,0	4,9	4,3	4,2	4,5	4,7
* Frauen	%	4,9	4,7	4,9	4,8	4,8	4,1	4,0	4,4	4,8
* Männer	%	5,5	5,2	5,3	5,2	5,1	4,5	4,4	4,5	4,7
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,0	4,3	4,4	4,2	4,6	3,4	3,3	3,6	4,2
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,5	3,2	3,3	3,0	3,3	2,6	2,6	3,0	3,8
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,9	4,9	5,1	5,0	4,8	4,4	4,4	4,5	4,6
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,4	5,5	5,6	5,5	5,3	5,0	4,9	5,0	5,1
* Ausländer/-innen[9]	%	13,1	12,1	12,5	12,1	11,8	10,4	9,9	11,7	13,2
Deutsche	%	4,2	4,0	4,1	4,1	4,0	3,5	3,5	3,4	3,5
* Kurzarbeiter/-innen[10]	Anzahl	104 908	66 290	83 665	51 351	35 569	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[11]	Anzahl	30 971	37 337	34 690	36 683	39 471	46 156	46 667	46 896	47 713

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[12]	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	229 300	221 882	230 283	229 639	228 182	209 338	208 203	205 800	...
* darunter Frauen	Anzahl	113 854	110 346	114 261	113 934	113 323	104 129	103 554	102 437	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	153 669	149 423	155 929	155 455	154 390	140 294	139 561	137 922	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	62 673	59 122	60 854	60 661	60 393	56 046	55 985	55 358	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	60 655	57 242	58 872	58 710	58 472	54 261	54 172	53 567	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. - 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	554	628	1 002	622	614	592	625	534	609
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	489	551	907	557	523	491	512	467	516
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	4	4	2	2	3	3	-
Unternehmen	Anzahl	70	66	77	69	79	77	78	60	81
private Haushalte	Anzahl	480	558	921	549	533	513	544	471	528
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 173	1 319	1 832	1 198	1 371	1 352	1 764	1 263	1 370
* Umbauter Raum	1 000 m^3	730	822	1 241	746	880	818	965	711	868
* Wohnfläche	1 000 m^2	135	154	229	142	163	152	182	134	158
Wohnräume	Anzahl	5 308	5 968	9 018	5 637	6 216	6 005	6 966	5 277	6 128
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	253	305	448	259	315	328	406	285	368
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	104	121	140	111	133	114	138	117	140
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	13	14	8	10	20	10	13	11
Unternehmen	Anzahl	68	76	94	72	86	61	80	68	83
private Haushalte	Anzahl	23	32	32	31	37	33	48	36	46
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	29	25	38	8	98	2	13	124	8
* Umbauter Raum	1 000 m^3	839	846	1 146	938	786	1 023	1 194	746	864
* Nutzfläche	1 000 m^2	168	117	152	166	112	107	126	969	139
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	120	127	129	105	126	113	139	103	121
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 382	1 575	2 091	1 389	1 652	1 571	2 042	1 565	1 570
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 140	7 038	10 327	6 539	7 289	7 021	8 044	6 202	7 145

Landwirtschaft

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 443	11 053	12 257	11 189	10 734	10 011	12 021	9 630	9 805
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 604	1 376	1 621	1 489	1 254	1 220	1 581	1 236	1 039
darunter										
* Kälber	t	9	7	13	7	6	6	6	8	5
* Jungrinder	t	8	9	20	6	7	7	11	12	3
* Schweine	t	9 791	9 640	10 585	9 668	9 443	8 766	10 410	8 349	8 734
* Eiererzeugung[2]	1 000	19 395	21 737	24 722	22 910	23 038	22 117	23 426	22 717	23 083

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 044	1 021	1 020	1 018	1 020	1 019	1 025	1 027	1 026
* Beschäftigte[4]	Anzahl	257 903	255 993	255 216	254 678	255 431	256 420	257 390	257 525	257 870
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 098	31 790	35 457	31 850	30 389	31 925	35 259	30 709	32 879
* Entgelte	Mill. EUR	1 127	1 157	1 101	1 161	1 206	1 128	1 161	1 260	1 595
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 021	8 263	8 927	8 102	8 064	9 637	10 934	9 787	10 324
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	3 844	4 549	4 968	4 584	4 368	5 485	6 235	5 584	6 000
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 006	2 276	2 709	2 400	2 226	2 686	2 826	2 523	2 773
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	86	92	82	91	95	123	96	103
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 086	1 352	1 157	1 037	1 379	1 370	1 751	1 585	1 448
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 092	2 543	2 780	2 618	2 427	3 118	3 449	3 162	3 358
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	980	1 106	1 365	1 191	1 120	1 579	1 494	1 261	1 423
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 905	4 658	5 027	4 658	4 433	5 500	6 027	5 430	5 900
Exportquote[6]	%	55,6	56,4	56,3	57,5	55,0	57,1	55,1	55,5	57,2
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	95,3	119,9	140,6	116,9	118,0	129,6	132,8	114,9	106,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	102,3	112,9	139,7	116,5	113,6	117,0	121,7	108,3	114,7
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	87,5	125,1	152,8	125,0	129,4	138,4	127,2	106,2	92,7

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	176,8	199,3	195,4	214,1	207,8	227,5	277,7	259,0	261,6
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	90,1	122,7	94,3	81,2	84,8	139,6	186,9	162,7	113,6
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	102,2	112,2	142,4	116,0	111,2	114,5	116,3	102,7	114,9
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	79,1	130,1	171,4	134,8	152,1	161,8	114,1	118,0	95,7
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	170	170	170	169	169	171	171	171	171
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	10 084	10 083	10 041	10 015	10 015	10 151	10 136	10 124	10 132
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 228	1 246	1 409	1 243	1 158	1 240	1 375	1 163	1 280
* Entgelte[3]	Mill. EUR	48	49	44	56	47	44	46	53	53
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	353	311	446	377	206	368	395	300	279
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	340	296	420	364	194	353	371	284	265
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	22 582	23 927	24 096	24 207	24 286	24 079	24 163	24 349	24 425
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 297	2 384	2 799	2 642	2 499	2 127	2 655	2 420	2 671
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	440	432	502	463	427	431	491	456	497
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	754	831	1 025	954	924	749	902	804	888
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 103	1 121	1 271	1 225	1 148	948	1 263	1 160	1 286
darunter Straßenbau	1 000 h	591	596	665	664	617	464	668	638	707
* Entgelte	Mill. EUR	80	85	83	86	84	75	85	89	94

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	365	363	341	362	354	281	379	363	407
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	73	68	71	65	62	67	83	83	84
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	125	135	133	153	140	99	139	125	140
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	166	160	137	143	152	115	157	155	183
darunter Straßenbau	Mill. EUR	82	83	67	75	80	53	77	81	100

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	385	485	383	379	488	487	484	480	499
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	16 524	18 926	16 635	16 235	18 767	18 816	19 137	18 985	19 750
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 859	5 610	4 949	4 712	5 610	5 606	5 652	5 571	5 745
* Entgelte	Mill. EUR	149	170	148	155	160	166	168	184	171
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	537	588	527	706	445	552	609	747	506

Handel[5]

Großhandel[p, 6]	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Beschäftigte	2015=100	102,5	103,1	102,7	103,1	103,4	103,4	103,6	103,8	104,1
* Umsatz nominal[7]	2015=100	109,9	117,6	127,4	122,3	112,7	110,3	140,4	131,4	138,6
* Umsatz real[7]	2015=100	106,8	107,8	119,7	114,3	103,8	93,7	114,2	107,0	111,5

Einzelhandel[p, 8]										
* Beschäftigte	2015=100	105,4	105,3	105,1	105,2	105,3	104,2	104,4	104,3	104,5
* Umsatz nominal[7]	2015=100	118,3	120,0	132,1	117,9	119,9	108,5	133,8	129,8	131,3
* Umsatz real[7]	2015=100	112,4	111,5	123,9	109,8	111,5	97,9	118,0	113,2	112,8

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Beschäftigte	2015=100	108,4	106,0	106,9	106,6	106,4	105,3	105,3	105,2	105,1
* Umsatz nominal[3]	2015=100	115,7	120,2	138,7	127,6	118,3	108,1	138,3	112,8	129,7
* Umsatz real[3]	2015=100	108,3	109,4	128,1	117,6	108,7	93,6	119,1	96,4	109,9

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	84,7	78,7	62,5	64,2	68,5	81,1	84,9	90,7	93,0
* Umsatz nominal[3]	2015=100	76,8	74,9	32,6	33,9	45,3	71,7	88,8	106,7	121,7
* Umsatz real[3]	2015=100	67,8	64,4	28,6	29,7	39,5	60,5	74,6	88,4	99,7

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	458	408	88	82	206	266	411	666	843
* darunter von Auslandsgästen	1 000	70	57	11	11	15	40	55	111	143
* Gästeübernachtungen	1 000	1 287	1 184	374	345	663	751	1 077	1 763	2 139
* darunter von Auslandsgästen	1 000	218	177	45	45	54	115	157	314	410

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 561	1 517	1 106	1 256	1 326	1 309	1 186	1 440	1 541
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 079	1 017	674	861	919	811	705	1 029	1 000
* Getötete Personen	Anzahl	11	10	6	12	13	10	8	13	10
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	5	4	3	2	6	4	6	4	3
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	1	4	4	3	-	4	3
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	2	2	-	-	2	1
Fußgänger	Anzahl	1	2	-	4	-	3	2	3	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 361	1 278	860	1 082	1 159	1 068	890	1 310	1 233

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
schwer verletzte Personen	Anzahl	257	227	150	203	229	166	136	232	211
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	98	93	75	95	79	99	73	104	73
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	69	57	31	55	78	11	13	51	65
Radfahrer	Anzahl	55	46	22	31	42	15	21	40	50
Fußgänger	Anzahl	20	20	11	16	17	24	16	22	17

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 034	11 070	15 250	11 762	12 028	10 013	13 347	9 710	11 146
darunter										
Krafträder	Anzahl	992	882	1 430	1 343	1 262	658	1 478	1 231	1 327
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	9 583	8 680	11 754	8 947	9 165	8 015	10 127	7 210	8 546
* Lastkraftwagen	Anzahl	980	975	1 344	917	1 060	888	1 073	833	744
Zugmaschinen	Anzahl	380	413	612	453	455	386	581	397	456

Personenbeförderung

	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	47 670	53 808	47 805	46 254	51 647	52 112	55 209	56 046	61 922
Personenkilometer[3]	Mill.	510	546	506	508	492	518	577	595	625

Binnenschifffahrt

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Güterempfang	1 000 t	1 031	1 001	879	1 241	975	1 055	1 069	984	...
* Güterversand	1 000 t	838	823	758	1 022	835	769	789	792	...

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 071	4 516	4 224	5 051	4 426	4 762	4 887	5 562	5 008
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	313	338	304	361	341	338	346	358	363
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 716	4 134	3 872	4 653	4 054	4 383	4 468	5 100	4 500

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Rohstoffe	Mill. EUR	29	31	27	32	35	29	27	43	33
* Halbwaren	Mill. EUR	144	172	158	177	163	181	200	201	235
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 543	3 931	3 687	4 444	3 857	4 173	4 240	4 856	4 232
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	906	1 099	946	1 171	1 022	1 407	1 343	1 455	1 387
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 637	2 832	2 741	3 273	2 834	2 765	2 897	3 402	2 846
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 707	3 115	2 900	3 471	3 060	3 180	3 372	3 807	3 473
darunter in/nach										
EU-Länder (28)	Mill. EUR	-	-	-	-	-	-	-	-	-
EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 195	2 514	2 406	2 860	2 517	2 592	2 794	3 178	2 941
Belgien	Mill. EUR	185	215	187	206	204	224	315	328	314
Luxemburg	Mill. EUR	50	54	46	62	51	44	51	65	56
Dänemark	Mill. EUR	45	50	45	57	49	50	52	60	55
Finnland	Mill. EUR	29	32	29	36	35	29	26	41	37
Frankreich	Mill. EUR	392	436	429	493	445	461	495	571	498
Griechenland	Mill. EUR	78	79	82	124	60	132	29	76	66
Irland	Mill. EUR	27	27	16	37	26	28	19	27	24
Italien	Mill. EUR	218	271	255	285	251	328	325	357	331
Niederlande	Mill. EUR	247	263	226	327	253	271	333	327	321
Österreich	Mill. EUR	171	190	188	213	200	179	194	210	214
Schweden	Mill. EUR	66	71	72	79	82	67	71	87	82
Spanien	Mill. EUR	176	195	185	209	202	219	219	251	238
Portugal	Mill. EUR	25	39	45	46	38	26	27	33	29
Großbritannien	Mill. EUR	213	195	180	210	186	208	203	244	206
* Afrika	Mill. EUR	97	105	92	116	94	127	131	146	124
* Amerika	Mill. EUR	583	609	548	651	630	732	698	809	748
darunter nach USA	Mill. EUR	415	407	371	412	413	482	507	549	511
* Asien	Mill. EUR	640	632	619	750	589	677	634	736	610
darunter nach China	Mill. EUR	227	199	224	258	188	178	192	227	182
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	43	54	64	62	52	46	51	64	53

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 951	3 497	3 074	3 752	3 442	3 438	3 899	4 264	3 897
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	308	331	322	366	307	276	397	391	365
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 518	2 981	2 570	3 231	2 972	3 007	3 306	3 582	3 220
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	32	41	36	43	40	35	41	42	50
* Halbwaren	Mill. EUR	204	242	221	216	217	267	375	389	336
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 283	2 698	2 312	2 972	2 715	2 705	2 891	3 151	2 834

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	501	629	509	624	601	707	791	804	...
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 782	2 070	1 803	2 348	2 114	1 998	2 099	2 347	...
davon aus										...
* Europa	Mill. EUR	2 127	2 473	2 234	2 693	2 410	2 304	2 696	2 942	...
darunter aus										...
EU-Ländern (28)	Mill. EUR	-	-	-	-	-	-	-	-	...
EU-Ländern (27)	Mill. EUR	1 804	2 130	1 892	2 329	2 070	1 958	2 319	2 536	...
Belgien	Mill. EUR	198	241	227	255	229	265	298	338	...
Luxemburg	Mill. EUR	42	43	37	43	44	32	41	58	...
Dänemark	Mill. EUR	40	47	40	44	44	46	51	42	...
Finnland	Mill. EUR	13	13	15	11	10	11	16	19	...
Frankreich	Mill. EUR	272	311	301	337	309	302	365	384	...
Griechenland	Mill. EUR	15	20	29	19	16	42	11	31	...
Irland	Mill. EUR	45	62	16	109	78	58	65	57	...
Italien	Mill. EUR	200	248	205	260	240	185	274	286	...
Niederlande	Mill. EUR	248	261	220	321	262	250	304	295	...
Österreich	Mill. EUR	138	152	143	157	177	129	136	160	...
Schweden	Mill. EUR	26	34	28	34	25	25	30	34	...
Spanien	Mill. EUR	144	167	141	160	154	116	152	157	...
Portugal	Mill. EUR	21	28	25	30	28	28	30	43	...
Großbritannien	Mill. EUR	92	74	73	82	69	64	84	102	...
* Afrika	Mill. EUR	50	58	48	77	63	72	120	118	...
* Amerika	Mill. EUR	247	291	250	351	260	264	364	356	...
darunter aus USA	Mill. EUR	189	219	209	294	181	196	299	236	...
* Asien	Mill. EUR	516	666	533	624	700	786	704	833	...
darunter aus China	Mill. EUR	260	344	275	373	370	436	375	419	...
* Australien, Ozeanien und										...
übrigen Gebieten	Mill. EUR	7	7	7	6	7	10	13	10	...

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 611	2 800	3 373	2 791	2 620	3 151	3 101	2 309	...
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	428	463	539	398	437	509	512	425	...
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 725	1 827	2 259	1 933	1 760	2 087	2 031	1 457	...
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 265	2 305	2 397	1 904	1 950	2 415	2 538	1 891	...
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	354	341	381	262	372	339	397	254	...
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 454	1 448	1 449	1 221	1 092	1 572	1 597	1 247	...

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Insgesamt	Anzahl	280	452	661	440	474	376	464	388	420
davon										
* Unternehmen	Anzahl	52	42	63	45	49	36	61	44	55
* Verbraucher	Anzahl	146	294	424	264	298	239	291	229	255
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	66	97	150	107	106	88	87	96	99
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	16	20	24	24	21	13	25	19	11
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	65	81	68	55	54	114	68	57	149

Handwerk[2]

	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte[3]	2020=100[4]	99,3	98,5	X	X	98,1	98,0	99,7	98,3	97,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2020=100[6]	100,0	100,8	X	X	81,2	101,3	104,3	116,6	94,1

Preise

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	105,3	108,6	108,1	108,5	109,5	115,1	116,3	116,2	117,2
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	106,0	107,0	106,9	106,9	107,0	108,5	108,7	108,7	108,8

Verdienste[7]

	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 186	4 328	3 858	3 919	3 867	3 970	4 017	4 053	...
* Frauen	EUR	3 761	3 894	3 528	3 548	3 527	3 602	3 661	3 698	...
* Männer	EUR	4 360	4 506	3 993	4 072	4 008	4 121	4 164	4 199	...
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	7 891	8 054	7 020	7 072	7 039	7 151	7 164	7 189	...
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 932	5 041	4 561	4 611	4 566	4 652	4 697	4 740	...
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 569	3 695	3 321	3 379	3 308	3 416	3 475	3 505	...
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 888	2 997	2 707	2 757	2 698	2 809	2 828	2 868	...
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 450	2 522	2 371	2 369	2 283	2 369	2 453	2 458	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2019	2020			2021				2022
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 990	7 715	7 774	7 769	7 786	7 561	7 487	7 165	7 282
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	106 504	104 646	106 096	106 823	108 239	109 774	111 843	113 532	115 210
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	120 662	117 565	118 828	118 999	121 013	122 220	124 234	125 171	127 715
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	113 091	109 870	111 115	111 247	113 250	114 535	116 732	117 688	120 128
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 571	7 695	7 713	7 752	7 763	7 685	7 502	7 483	7 587
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 860	2 689	2 628	2 853	2 848	2 773	2 918	2 794	3 056
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	123 655	129 485	131 266	133 504	134 822	134 646	137 653	138 529	139 990
Sichteinlagen	Mill. EUR	79 307	87 046	89 074	90 972	92 738	93 083	96 046	96 165	97 267
Termineinlagen	Mill. EUR	16 087	15 329	15 186	15 545	15 147	14 741	14 917	15 662	16 062
Sparbriefe	Mill. EUR	2 251	1 907	1 870	1 772	1 638	1 505	1 458	1 410	1 422
Spareinlagen	Mill. EUR	26 011	25 203	25 136	25 215	25 299	25 317	25 232	25 292	25 239
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	121 699	127 638	129 474	131 613	133 021	132 836	135 790	136 322	137 789
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	118 494	123 943	126 041	127 164	129 363	129 059	131 459	131 609	133 238
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 205	3 695	3 433	4 449	3 658	3 777	4 331	4 713	4 551
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 957	1 847	1 792	1 891	1 801	1 810	1 863	2 207	2 201

Steuern

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 263	5 354	4 158	5 641	3 476	9 925	5 273	2 824	11 528
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 411	1 820	860	1 457	2 395	2 425	954	1 625	3 011
Lohnsteuer	Mill. EUR	995	1 023	802	1 357	917	818	841	1 585	1 044
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	191	200	-	565	-	-	-	642	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	199	268	-5	-63	580	747	46	-23	714
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	94	220	29	59	547	57	32	55	477

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2019	2020			2021				2022
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 990	7 715	7 774	7 769	7 786	7 561	7 487	7 165	7 282
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	106 504	104 646	106 096	106 823	108 239	109 774	111 843	113 532	115 210
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	120 662	117 565	118 828	118 999	121 013	122 220	124 234	125 171	127 715
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	113 091	109 870	111 115	111 247	113 250	114 535	116 732	117 688	120 128
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 571	7 695	7 713	7 752	7 763	7 685	7 502	7 483	7 587
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 860	2 689	2 628	2 853	2 848	2 773	2 918	2 794	3 056
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	123 655	129 485	131 266	133 504	134 822	134 646	137 653	138 529	139 990
Sichteinlagen	Mill. EUR	79 307	87 046	89 074	90 972	92 738	93 083	96 046	96 165	97 267
Termineinlagen	Mill. EUR	16 087	15 329	15 186	15 545	15 147	14 741	14 917	15 662	16 062
Sparbriefe	Mill. EUR	2 251	1 907	1 870	1 772	1 638	1 505	1 458	1 410	1 422
Spareinlagen	Mill. EUR	26 011	25 203	25 136	25 215	25 299	25 317	25 232	25 292	25 239
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	121 699	127 638	129 474	131 613	133 021	132 836	135 790	136 322	137 789
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	118 494	123 943	126 041	127 164	129 363	129 059	131 459	131 609	133 238
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 205	3 695	3 433	4 449	3 658	3 777	4 331	4 713	4 551
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 957	1 847	1 792	1 891	1 801	1 810	1 863	2 207	2 201

Steuern

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 263	5 354	4 158	5 641	3 476	9 925	5 273	2 824	11 528
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 411	1 820	860	1 457	2 395	2 425	954	1 625	3 011
Lohnsteuer	Mill. EUR	995	1 023	802	1 357	917	818	841	1 585	1 044
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	191	200	-	565	-	-	-	642	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	199	268	-5	-63	580	747	46	-23	714
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	94	220	29	59	547	57	32	55	477

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	21	32	10	108	2	6	7	96	-3
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	23	-	101	-	-	-	91	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	103	277	24	-5	349	797	27	-89	779
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-18	-	-22	-	-	-	-102	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 852	3 534	3 298	4 184	1 080	7 500	4 320	1 199	8 518
Umsatzsteuer	Mill. EUR	515	579	410	746	499	363	566	559	527
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 337	2 955	2 889	3 438	581	7 137	3 754	640	7 991
Zölle	Mill. EUR	223	254	266	223	225	284	329	285	310
Bundessteuern	Mill. EUR	87	49	16	13	24	93	28	21	79
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	2	3	3	-31	11	8	1	-13
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	59	46	12	10	54	82	20	20	92
Landessteuern	Mill. EUR	104	110	96	96	131	175	96	103	151
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	27	25	26	32	38	69	26	28	27
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	56	64	51	53	69	72	50	54	55
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	17	16	15	7	21	21	15	14	64
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	2	10	2	3	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	2	2	2	3	3

	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	651	955	595	722	673	713	866	1 570	1 545
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	6	4	4	5	6	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	148	151	163	135	143	161	162	140	151
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	479	785	406	564	514	536	682	1 407	1 369
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	20	14	20	20	12	10	16	19	21

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 157	1 475	1 034	1 759	660	1 239	1 334	2 668	1 544
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	428	730	370	490	497	490	633	1 299	1 295
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	463	484	400	899	7	491	430	1 007	72
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	93	91	75	211	-4	82	87	199	1

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 136	1 386	982	1 170	1 764	930	1 255	1 143	2 003
Landessteuern	Mill. EUR	104	110	96	96	131	175	96	103	151
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	526	725	287	489	953	1 015	327	555	1 293
Lohnsteuer	Mill. EUR	336	348	261	440	258	267	278	542	363
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	85	114	-2	-27	247	317	19	-10	304
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	45	110	12	30	273	29	14	25	239
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	9	14	5	48	1	3	3	42	-1
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	51	139	12	-2	175	399	14	-45	389
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	497	541	573	583	680	-260	777	458	559
Umsatzsteuer	Mill. EUR	334	374	256	469	477	-295	359	354	482
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	162	167	317	114	203	35	418	104	77
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	19	1	-	0	39	19	-
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	8	0	-	0	16	8	-
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 140	2 631	2 073	2 717	1 591	5 082	2 655	1 261	5 855
Bundessteuern	Mill. EUR	87	49	16	13	24	93	28	21	79
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	614	811	369	624	1 085	1 094	409	689	1 373
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 433	1 764	1 670	2 078	483	3 895	2 178	532	4 403
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	19	1	-	0	39	19	-

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Juli 2022

Statistische Berichte

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung 2022
Kennziffer: C3053 202241

Rinderbestände und Rinderhaltungen im Mai 2021
Kennziffer: C3073 202221

Schweinebestände und Schweinehaltungen am 3. November 2021
Kennziffer: C3083 202122

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2022 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 202205

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Mai 2022
Kennziffer: E1033 202205

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Mai 2022
Kennziffer: E1113 202205

Bauhauptgewerbe im Mai 2022 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 202205

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke im April 2022
Kennziffer: E4023 202204

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Mai 2022
Kennziffer: F2033 202205

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im Mai 2022
Kennziffer: G3023 2022205

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Mai 2022
Kennziffer: G4023 202205

Verkehr

Binnenschifffahrt im März 2022
Kennziffer: H2023 202203

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Staats- und Kommunalfinanzen – Jahresrechnungsergebnisse 2020
Kennziffer: L1033 202000

Umwelt

Nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung 2019
Kennziffer: Q1043 201901

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im April 2022
Kennziffer: Z1013 202204

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Hebesätze der Realsteuern – Ausgabe 2021
Kennziffer: L4015 202100

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2020 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1 – Berechnungsstand: November 2021
Kennziffer: P1315 202100

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2020 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2 – Berechnungsstand: November 2021
Kennziffer: P1325 202100

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Juli 2022
Kennziffer: Z2201 202207

Schulverzeichnis der rheinland-pfälzischen Schulen, Schuljahr 2021/22
Kennziffer: B1004C 202200

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: © Jürgen Fälchle – stock.adobe.com

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2022

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.